Nr. 240.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Vorort-Ausgabe

22. Jahrg.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 13. Oktober 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Frevel der Diplomatie.

Selten konnten die furchtbaren Gefahren, welche das Ränkespiel der internationalen Diplomatie heraufbeschwört, den Völkern so eindringlich zu Bewußtsein gelangen, als durch die Ereignisse des letzten Halbjahres, durch den Marokkokonflikt und die jetzt fast vollständige Enthüllung der Hintergründe dieses Konflikts.

Da der marokkanische Streitfall zwischen der französischen und deutschen Regierung zu vorläufigem Ausgleich gelangt ist, glaubt der frühere französische Minister des Auswärtigen die Stunde gekommen, die Politik, die seinen Sturz herbeigeführt hat, öffentlich zu rechtfertigen. Es erfolgte die Enthüllung des „Matin", daß Delcassé bereit war, als Antwort auf das Eingreifen Deutschlands in die Marokkofrage ein Bündnis mit England einzugehen, durch welches sich England zum Angriff auf die deutsche Marine und zur Besetzung Schleswig-Holsteins mit 100 000 Mann verpflichtet habe. Es war unzweifelhaft, daß Delcassé selbst hinter dieser Offenbarung des außerordentlichen „Staatsgeheimnisses" steckte, und eine Erklärung, die er soeben gegen die über ihn hereinbrechenden Verdammungsurteile an den „Figaro" richtet, bestätigt nur seine Urheberschaft; er sei, so erklärt er, „nicht Richter über die Zweckmäßigkeit einer Erklärung" und er bittet, sein Schweigen zu entschuldigen. Der letzte Zweifel aber an der Tatsache jener unsinnigen und verbrecherischen Politik Delcassés erscheint beseitigt durch die Mitteilungen, welche Jaurès in einer Rede zu Limoges und in einem ergänzenden Artikel der „Humanité" soeben macht.

Wir konnten schon gestern die entscheidende Stelle der Darstellung Jaurès' mitteilen und haben bereits einige Lehren gezogen, die sich aus dieser neuen Aufhellung diplomatischer Geheimpolitik ergeben. Bei der Beurteilung des Geschehnisses ist es nötig, den Vorgang in den Ausführungen unseres französischen Parteifreundes vollständig kennen zu lernen. In der Rede zu Limoges führte er aus:

„Gestern hat der „Matin" über die Ereignisse, die den Sturz Delcassés herbeiführten, Eröffnungen gemacht, die nur von Delcassé selbst ausgehen können. Ich bin in der Lage zu bekräftigen, daß ich in der ernstesten Minute der Krisis von drei Ministern erfahren habe, daß die Dinge sich in der Tat so zugetragen haben. Ich habe bisher noch niemals so deutlich gesprochen, aber da jetzt die Presse durch Delcassé selbst damit befaßt ist, so darf ich es aussprechen, daß es in den Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland einen Moment von solcher Spannung gab, daß die Gefahr des Krieges zwischen den beiden Ländern unmittelbar drohte.

Und warum, Genossen? Wie ist es möglich, daß drei große Völker, England, Deutschland und Frankreich, welche drei Mächte der Zivilisation bedeuten, unmittelbar vor der Gefahr standen, ohne sie zu ahnen, in den heillosesten und fürchterlichsten Krieg verstrickt zu werden? Wie war es möglich? Es ist möglich geworden durch die schweren Fehler der Diplomatie der drei Länder.

Zunächst, es ist sicher, daß Delcassé die Gewohnheit angenommen hatte, seine Handlungen, seine ganze Führung der auswärtigen Politik der Aufsicht des Parlaments und der öffentlichen Meinung zu entziehen. An dieser absoluten, unverantwortlichen Macht hatte er sich allmählich berauscht, und als es ihm gelungen war, Frankreich in vertraulichere Beziehungen mit Italien und England zu bringen, gab er sich in diesem Rausch dem Gedanken hin, der Mann der Revanche werden und Deutschland zu isolieren und zernieren zu können. Er sah sich am Ziele seiner Träume in einer zugleich dunklen und blendenden Perspektive als Sieger und als Rächer des Rechts, der die Integrität und die Oberherrschaft Frankreichs wiederherstellte. So zog er uns unwissend und mit gebundenen Händen hinter sich her auf die schlimmsten Katastrophen los.

England hatte den Plan erraten, der das Gehirn unseres leitenden Ministers beschäftigte, und sich gerüstet, ihn in der Stille auszubeuten.

Die deutsche Industrie, der deutsche Handel bedrohen in stets höherem Maße auf allen Märkten der Welt den englischen Handel und Export.

Es würde ein skandalöser Zynismus sein, wollte England Krieg gegen Deutschland erklären, lediglich weil es die deutsche Kriegsflotte zerstören und den deutschen Handel auf dem Grunde der Ozeane begraben will.

Doch wenn eines Tages ein Streit zwischen Frankreich und England ausbräche, wenn Frankreich Gründe des Rechts, Forderungen der nationalen Unversehrtheit erhöbe, dann könnte die Berechnung der kapitalistischen Klassen Englands sich hinter solchem vortrefflichen Vorwand verbergen und erfolgreich werden.

So kam es, daß, als Marokkos wegen Schwierigkeiten zwischen Frankreich und Deutschland ausbrachen und Deutschland, die geheime Absicht einer englisch-französischen Koalition ahnend, barsch eingriff, um die beiden Völker zu Erklärungen zu nötigen, England — ich bin gezwungen, dies zu sagen — nur zu sehr geneigt erschien, zum Konflikte anzureizen. Es ist wahr, daß England sich an Frankreich in dem Augenblick, wo diese Ereignisse sich vollzogen, mit einem Defensiv- und Offensivbündnisantrag gewandt hat, worin es uns seine volle Hülfe versprach, worin es sich verpflichtete, nicht allein die deutsche Flotte zu vernichten, sondern auch den Nordostsee-Kanal und Kiel zu besetzen sowie 100 000 Mann englischer Truppen in Schleswig-Holstein zu landen. Wenn dieser Vertrag unterzeichnet wurde — und Delcassé wollte, daß er unterzeichnet werde —, so war das der sofortige Krieg. Deshalb haben wir Sozialisten den Rücktritt Delcassés gefordert und dadurch Frankreich, Europa und der Menschheit einen Dienst geleistet.

Ich sage nicht, daß im Verlaufe dieser Ereignisse der deutschen Diplomatie nicht ihr Teil an Verantwortlichkeit zuzumessen ist. Sie war zuerst bestürzt, dann anmaßend und voreilig. Sie war lange Zeit blind gegenüber den geheimen Plänen Delcassés und sie gab vor, daß sie ihnen keine Bedeutung beilege. Dann, als sie die Gefahr ahnte, hat sie, anstatt den Knoten zu lösen, anstatt in höflichen Formen die nötigen Erklärungen von Frankreich zu fordern, es vorgezogen, ein brutales Vorgehen einzuschlagen sowie die sensationelle und drohende Reise des Kaisers nach Tanger zu veranlassen, welche in der Tat geeignet war, den Konflikt zu vergiften.

Also gewiß, die deutsche Diplomatie hat durch ihre Blindheit in der ersten Zeit, durch ihre Brutalität später, ihren Anteil an der Krise gleich der französischen, gleich der englischen Diplomatie.

Doch es ist nötig, die ganze Wahrheit zu sagen und die Verantwortlichkeit aller festzustellen".

In der „Humanité" ergänzt Jaurès seine Rede in Limoges durch folgende, vom „W. B." übermittelte Ausführungen:

„Entweder hat Delcassé durch die verbrecherischste und tollste Erfindung versucht, seine Kollegen zu täuschen und sie zum Widerstand zu ermutigen, — doch diese Hypothese ist zu kraß —, oder England hat sich in der Tat dazu verstiegen, dem beginnenden und ungewissen Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland eine furchtbare Bestimmtheit und einen furchtbaren Umfang zu verleihen. Das ist die Wahrheit, und Frankreich hat das Recht und die Pflicht, über diese nunmehr unzweifelhafte Tatsache nachzudenken. So lange England seine Flotte versprach, konnte Frankreich mißtrauisch sagen: Was setzt England aufs Spiel? Seine Flotte wird leicht der deutschen Flotte Herr werden und wenn England den deutschen Handel vernichtet hat, wird es sich zurückziehen können und wir allein werden fast die ganze Last des Krieges zu tragen haben. Dagegen gab England durch sein Anerbieten, 100 000 Mann gegen die deutsche Armee ins Feld zu stellen, Frankreich ein gewichtiges Unterpfand und nichts konnte auf die Einbildungskraft der Franzosen besser einwirken. Wir haben es also mit einem wohlüberlegten Plane zu tun. Dieser Plan erfüllt mich mit Entsetzen. So haben wir das Einvernehmen mit England nicht verstanden. Der Ernst des von Delcassé enthüllten Zwischenfalles kann nicht geleugnet werden. Delcassé hat bei der englischen Regierung den Eindruck hervorgerufen, daß er zu allem bereit wäre, und die englische Regierung hat bei dem eitlen Exminister die Rolle des Versuchers gespielt. Die englischen Liberalen beginnen nunmehr die Gefahr zu begreifen. Das französisch-englische Einvernehmen wird nur durch diejenigen gerettet werden, die in ihm ein Werkzeug des Friedens, der allgemeinen Freiheit und des Gleichgewichtes, aber nicht des Angriffes sehen."

Nach diesen Enthüllungen ist vollends offenkundig, daß der europäische Friede tatsächlich auf das alleräußerste bedroht gewesen ist, ohne daß die Nationen, welche ihr Gut und Blut opfern sollten, davon ahnten. Die ungeheuerliche Tatsache zwingt sich in ihrer ganzen Entsetzlichkeit auf, daß die Ränke der Diplomaten die großen Nationen Westeuropas in das blutigste Verderben zu stürzen bereit waren.

Die deutschen Offiziösen nicht nur, auch die sonstige bürgerliche Presse überstürzt sich in Denunziationen gegen die englische Politik, welche durch ihre Zusage an Delcassé den Krieg zwischen Frankreich und Deutschland habe entzünden wollen, um aus dem furchtbaren Ringen der Kontinentalstaaten den eigenen Nutzen gewaltig zu fördern. Schon ziehen die „Post" und andere Zeitungen die einzige Lehre aus den bedrohlichen Vorgängen, daß Deutschland seine Flotte „auf die Höhe bringen" müsse, um gegen Gefahren gesichert zu sein. Gerade aber diese Ausnutzung der auswärtigen Ereignisse der letzten sechs Monate birgt den Keim zur Erneuerung und Verschärfung der Gefahr, der man nur mühevoll entronnen ist.

Es ist ungemein kennzeichnend, daß die deutschen „patriotischen" Blätter, welche die Mitteilungen des Sozialisten Jaurès und seine Kritik, so weit sie sich gegen Delcassé und gegen die englische Regierung richtet, eifrig aufnehmen, vor der frechsten Unterschlagung derjenigen Aeußerungen nicht scheuen, welche die deutsche Regierung treffen. Jene oben zitierten Sätze, in denen die Verantwortlichkeit auch der Bülowschen Diplomatie feststeht, werden in dreister Schamlosigkeit aus der Welt gefälscht! Nicht ein Wort unternimmt man, das die Wirklichkeit der deutschen auswärtigen Staatskunst beleuchtet! Diese Methode der jedesmaligen Beschuldigung des Auslandes und der feigen Verheimlichung der eigenen Verfehlungen ist ein charakteristisches Symptom des kapitalistischen Chauvinismus, der die internationalen Zwistigkeiten und Gefahren entstehen läßt.

Es ist die Großtat der französischen Sozialdemokraten, daß sie die falsche und verderbliche Politik ihrer eigenen Staatsmänner und der Staatsmänner des ihrem Staate befreundeten Englands unerbittlich befehdet haben, daß sie Delcassés Sturz herbeigeführt, das Netz englischer Intriguen zerrissen und so den europäischen Frieden gesichert haben. Es ist die nächste Aufgabe der internationalen Sozialdemokratie, eine der entscheidenden Ursachen der nationalen Konflikte, inkbesondere des englisch-deutschen Zwistes mit allem Nachdruck zu bekämpfen und zu beseitigen: die weltpolitischen Machtpläne und die ihnen dienenden Flottenvermehrungen!

Die Revolution in Rußland.

Die revolutionäre Situation in Moskau dauert fort. Der Generalstreik der Verkehrsarbeiter ist vollständig. Keine Straßenbahn verkehrt. Auch die Zeitungen erscheinen nicht. Offiziell wird das Blaue vom Himmel gelogen, um die scheußliche Niedermetzelung von Wehrlosen in einen an Kosaken und Gendarmen begangenen Massenmord zu verwandeln. Der amtliche „Streckenbericht" gibt 16 verwundete Polizisten und 10 verwundete Kosaken an, von denen einer gestorben; dagegen seien vom Publikum sechs Personen verwundet. Die zahlreichen Opfer der blutigen Tage werden offenbar deshalb nicht gezählt, weil sie nicht unter „Publikum" gebucht werden.

* * *

Amtliche Lügen über die Moskauer Vorgänge.

Moskau, 11. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Unruhen tragen keinen wirtschaftlichen, sondern einen politischen Charakter, da die Arbeiter an der Reichsduma teilnehmen wollen. Nach amtlichen Nachrichten fand der erste Zusammenstoß am 6. d. Mts. auf dem Strastniplatz statt, wobei ein Gendarmerie-Offizier, ein Unteroffizier und ein Gendarm durch Steine und ein Soldat durch eine Kugel verwundet wurden; von der Menge wurde niemand verletzt. Am 7. d. M. fanden neue Zusammenstöße statt. Nahe bei der Redaktion des „Moskowski Listok" wurden drei Polizisten verletzt, bei dem Nikitski-Tor einer; auf dem Nikitski-Boulevard warf die Menge mit Steinen auf eine Eskadron Dragoner, von denen einer schwer verletzt wurde. Auf dem Twerschen Boulevard wurde Gewehrfeuer abgegeben, eine Zivilperson wurde verletzt, zwei Kosaken erhielten schwere Verletzungen, niemand wurde getötet. Der Präfekt ließ den Boulevard zweimal absuchen, es wurde keine Leiche gefunden. Zwei Personen, die verwundet wurden, entfernten sich nach Anlegung eines Verbandes. Am 8. Oktober wurde in der Nähe eines Privathauses geschossen. Dabei wurden ein Kosak, ein Polizeiagent und ein Kommissar verwundet. Mehrere Bäcker erlitten Verletzungen durch Steinwürfe. Am 9. Oktober fanden keine Zusammenstöße statt. Am 10. d. M. erfolgte ein Zusammenstoß in der Nähe einer Möbelfabrik, wobei ein Kommissar tödlich verletzt und zwei Agenten verwundet wurden. Am 11. d. M. wurden bei einem Zusammenstoß zwei Agenten und ein Kutscher verwundet. **Getötet worden ist niemand während der ganzen Dauer der Unruhen.**

* * *

Ausdehnung des Streiks.

Moskau, 11. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Stadt ist ruhiger und nimmt in den zentralen Vierteln, in denen keine Ansammlung von Ausständigen und Studenten stattfindet, ihr normales Aussehen an. Die Arbeiterbewegung entwickelt sich hauptsächlich in den Vorstädten, wo lebhafte Streitigkeiten zwischen den Ausständigen und der Polizei herrschen.

Tausend Arbeiter der Moskau-Brester Eisenbahn sind im Ausstand, die Erregung greift um sich. Die Arbeiter aller mechanischen Fabriken und die Mechaniker der städtischen Trambahnen fahren fort zu feiern. Ein Ausstand der Arbeiter der Gasfabrik und der Pferdebahnschaffner wird für nahe bevorstehend gehalten.

In einer Versammlung der Besitzer der vom Ausstande betroffenen Fabriken wurde anerkannt, daß der Ausstand weit mehr politischen als wirtschaftlichen Charakter hat.

Aus **Wolkowyschki** wird von heute gemeldet, daß dort die staatlichen Branntweinläden geplündert werden. Im Flecken Dembowa Buda wurden elf solche Läden geplündert; auch in der Provinz Kowno kommen ähnliche Ausschreitungen vor.

Moskau, 11. Oktober. (Petersb. Telegr.-Ag.) Die Zeitungsverleger beschlossen, alle **Forderungen der Schriftsetzer zu bewilligen.** Die Blätter werden wiedererscheinen, wenn die Buchsetzer sich damit einverstanden erklären, ihre Forderungen von jenen der Zeitungssetzer zu trennen.

Auf dem Pretschistiensky-Boulevard kam es heute zu einer Ansammlung von Leuten, welche **von Kosaken auseinandergetrieben** wurde.

* * *

Glückliche Flucht.

Der finnländische Freiheitskämpfer Hohenthal, der den Prokurator Johnson hinrichtete, ist aus dem Kerker entronnen. Ein offizielles Telegramm berichtet darüber aus Helsingfors:

Die Flucht Hohenthals erfolgte früh etwa um 6 Uhr. Ein Mitgefangener, welcher die Flucht beobachtet hat, berichtet darüber folgendes: Nachdem Hohenthal das Fenstergitter durchfeilt hatte, kletterte er mittels einer Strickleiter aus seiner im zweiten Stockwerk gelegenen Zelle in den Hof hinab; von da aus mit Hülfe einer von einem Helfershelfer herbeigeschafften Holzleiter über die Gefängnismauer. Der Gefängnisaufseher befand sich zu dieser Zeit auf einem Rundgange auf der anderen Seite des Gebäudes. Auf dem Korridor vor Hohenthals Zelle war ständig ein Posten aufgestellt. **Bis jetzt fehlt sowohl von dem Flüchtling als auch von seinen Helfern jede Spur.**

* * *

Beschwichtigungsversuche für Finnland.

Die revolutionäre Gärung ist für den Zarismus besonders in Finnland gefährlich. Man arbeitet deshalb mit papiernen Scheinkonzessionen. In dieser Richtung meldet ein Telegramm der „Nowoje Wremja" aus Helsingfors, daß die Regierung Finnland „wichtige Zugeständnisse in der Sprachen- und Budgetfrage" gemacht habe.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Oktober.

Die Knickung des langen Möller.

Ein paar Jahre lang hat im preußischen Handelsministerium ein reich gewordener Lederindustrieller verantwortlich gesessen. Wer erfolgreich Schweine züchtet, erwirbt damit den Befähigungsnachweis, Landwirtschaftsminister zu werden. Wer sich auf den Lederprofit versteht, hat damit das Anrecht auf den Posten eines Handelsministers erworben.

Niemand wußte, warum gerade der lange Möller würdig befunden wurde, die preußische Sozialpolitik der christlichen Monarchie zu leiten. Aber er geriet einmal ins Amt und erreichte damit auch den ministeriellen Aichstrich des Verstandes.

Dieser langweilige Pedant blieb der erfolgreichste Kleinkrämer, den irgend ein Ohngefähr in die Bureaukratie geweht hat, der nun dadurch zum komischen Zwitter wurde. Die berufsmäßige Bureaukratie nahm ihn nicht für voll und seine ehemaligen Klassengenossen verließen und verhöhnten ihn in dem Augenblick, wo er gewissen Ansprüchen der Bureaukratie gerecht zu werden versuchte.

Der lange Möller hatte gerade das Pech, in einer Zeit „regierend" zu werden, wo sich die „Staatsgewalt" mit dem Großkapital in einem kleinen Konflikt befand. Das Kohlensyndikat wuchs der staatlichen Bureaukratie über den Kopf. Daraus entspann sich die Hibernia-Affäre. Als Kapitalist fühlte Möller mit dem Syndikat, als Minister mußte er in Staatsgewalt machen. Er vereinigte diese beiden Bedürfnisse auf die täppischste Weise und verließ mit dem Erfolge eines von allen Seiten begossenen Pudels den Kampfplatz.

Eine ähnliche Doppelstellung nahm der lange Möller in dem großen Bergarbeiterstreik ein. Seine erzkapitalistische und erzreaktionäre Scharfmacherseele schwankte bejammernswürdig hülflos unter den Anforderungen der christlich-monarchischen Sozialheuchelei. Nun hat man die Posse und die Possenfigur satt. Möller darf zu seinem Leder werktätig zurückkehren, das er figürlich während seiner Ministerzeit bloß redete.

Man kündigt an, daß der Nachfolger nicht aus der Industrie genommen werden soll. Herr Möller verkörperte zwar das Schmollersche Ideal, daß der Staat seine Vertrauensleute in die großkapitalistischen Unternehmungen schicken solle — denn das war eigentlich die Rolle, die er spielte, nur daß die Aufsichtsräte ihn als Eindringling empfanden und ihn kläglich düpierten —, aber man hat ein Haar in dem Experiment gefunden. Der schlichte Mann aus der Werkstatt ist ein Typ, der dazu verurteilt scheint, die ganze Regiererei lächerlich zu machen. So will man wieder zur „gelernten" Bureaukratie zurückgreifen. Der Oberpräsident der Provinz Westpreußen, ein Liebling Wilhelms II., Herr Delbrück, soll in das Handelsministerium einziehen, um den Kampf mit den Syndikaten aufzunehmen und die volle Kompottschüssel der Sozialpolitik in unbewegten Händen zu halten. —

Die Ausweisung deutscher Söldner.

Vor einigen Monaten berichteten wir, daß in Königsberg von kurländischen Baronen und Grafen deutsche Söldlinge — ehemalige Unteroffiziere und Offiziere — angeworben wurden, um in Kurland die „deutschen Güter" zu beschützen. Sie sollten Henkersdienste verrichten und auf die Revolutionäre schießen. Sechs Monate sollten sie in Rußland bleiben und Gehalt, Essen und die nötigen Schußwaffen erhalten. Eine große Anzahl von Deutschen gab sich für diesen Zweck her. **Jetzt hat man aber diese Leute aus Rußland ausgewiesen!**

Die russischen Behörden wollen nun einmal von der preußischen Freundschaft nichts wissen. Der Graf James Lambsdorff in Fregenhof in Kurland hatte 40 Deutsche zu „seinem Schutze" engagiert, und sie alle sind ausgewiesen worden. Der eine Söldling hat ein Zeugnis über seine Tätigkeit verlangt, und darauf hat ihm der Herr Graf folgendes ausgestellt:

Kurland. Fregenhof.

„Bescheinige hiermit zu Ende Unterzeichneter, daß Vorzeiger dieses H . . . . G . . . . . einen Monat **zum persönlichen Schutz** bei mir in Stellung gewesen ist und sich in dieser Zeit zu meiner Zufriedenheit geführt hat.

Der Grund der frühzeitigen Kündigung war die Erklärung des Kriegszustandes und das **polizeiliche Verbot Preußen ferner zu halten.**

Graf James Lambsdorff."
(Siegel.)

Das ist verdienter Lohn und Hohn. In Preußen befinden sich massenhaft Leute, die das „Deutschtum" in Rußland beschützen und die Revolution totschlagen wollen. Sie fahren zu Väterchen, riskieren ihr Leben, aber in dessen Augen findet das keine Gnade. Hinaus mit den verfluchten Preußen! so heißt es in Rußland.

Ob sich Bülow jetzt endlich merken wird, daß man in Rußland von der preußischen Freundschaft durchaus nichts wissen will? Oder wird man dem Zarat weiter die Freundschaft aufdrängen.

Uebrigens gibt es aus diesem Anlaß für Bülow Arbeit. Man hat die deutschen Söldlinge nicht gerade sehr zuvorkommend behandelt. Obwohl man sie auf sechs Monate fest engagiert hat, hat man ihnen nicht das Gehalt für diese Zeit gegeben, sondern man hat sie mit einer Monatsgage abgespeist. Auch war vereinbart worden, daß die Leute Kleidung erhalten sollten. Doch man hat sie ihnen nicht gegeben. Und endlich hat sich einer von den „Beschützern", ein Musiker, drei Monate Gefängnis für mir nichts, dir nichts besorgt, die er jetzt absitzenmuß. Er „diente" bei dem Baron Firks und hatte auch Waffen erhalten. Eines Tages befand er sich in einer kleinen Stadt in Rußland und zeigte den Einwohnern seinen Revolver. Das wurde der Polizei hinterbracht, die steckte ihn ein und bald darauf brummte man ihm — man behauptet, nach russischer Manier ohne Verhör usw. — drei Monate Gefängnis auf, weil er im Besitze von Waffen gewesen ist!

Ob sich Bülow dieses Menschen jetzt annehmen wird? Das sind doch wenigstens Germanen, die den guten Willen gezeigt haben, den höchsten Chef Bülows, Nikolaus II., gegen seine eigenen schnorrenden und verschwörenden Untertanen zu schützen. Uebrigens scheint Rußland wirklich zivilisierter als Preußen. Doch will man wenigstens keine ausländischen Henkersknechte dulden, bei uns aber sind die einzigen Russen, die wir schützen und fördern, Polizeispitzel! —

Unternehmerwünsche.

Der Verein mit dem langen Namen im Rheinlande erörtert in seinen von Herrn Dr. Beumer redigierten „Mitteilungen" in Nr. 4 des Jahrganges 1905 die sozialpolitischen Aufgaben der nächsten Reichstagstagung. Dr. Beumer ist der Meinung, daß die sozialpolitische Hauptaufgabe dieser Tagung die Regelung der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine sein werde. Der Gesetzentwurf soll schon seit längerer Zeit fertig sein. Dazu schreibt Herr Beumer:

„In industriellen Kreisen legt man den Hauptwert auf Bestimmungen, die eine Sicherheit dafür gewähren, daß die Rechte der Minoritäten durch die Vereine nicht vollständig unterdrückt werden. Die Industrie wünscht ferner, die Frage einer zivilrechtlichen Haftbarkeit der Berufsvereine eingehend geprüft zu sehen. Ein Urteil über die Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit des zu erwartenden Entwurfes wird natürlich erst gefällt werden können, wenn sein Inhalt bekannt gemacht sein wird. Jedenfalls kann man darauf rechnen, daß die Mehrheit des Reichstages, die einen solchen Entwurf schon seit Jahren gewünscht hat, sich nicht nur mit ihm in der nächsten Tagung eifrig beschäftigen, sondern auch alles versuchen wird, ihn zur Verabschiedung zu bringen. Auf sozialpolitischen Gebieten dieser Art arbeitet ja die Reichstagsmehrheit mit einer bewundernswerten Exaktheit."

Das heißt also, das Unternehmertum hat gegen die Erteilung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine der Arbeiter nichts einzuwenden, wenn sie dazu dient, die Gewerkschaften in ihrer Bewegungsfreiheit einzuengen und wenn die Kassen der Gewerkschaften den Unternehmern ausgeliefert werden. Das ist aber gerade das, wofür die Arbeiter sich schönstens bedanken werden. Die Arbeiter wünschen Rechtssicherheit für ihre Organisationen; an Unternehmerschutz leisten Gesetz, Rechtsprechung und Verwaltung bereits mehr als genug. —

• • •

Deutsches Reich.

Ganze Arbeit.

Wie der „Frankfurter Zeitung" aus Berlin gemeldet wird, sind die meisten der bundesstaatlichen Finanzminister, die zum Zwecke der Beratung der sogenannten Reichsfinanzreform in Berlin anwesend waren, wieder von Berlin abgereist. Man kann daraus schließen, daß in der Hauptsache nun ein Einverständnis erzielt ist und daß es sich um die Ausarbeitung im Einzelnen handelt. Wenn auch noch nicht bekannt ist, in welcher Form die höheren Steuererträge aus dem Tabak, dem Bier, der Erbschaftssteuer und der Stempelsteuer gewonnen werden sollen, so geht doch aus Aeußerungen der an der Beratung Beteiligten hervor, daß diesmal **ganze Arbeit gemacht** werden soll, d. h. daß der Gesamtbetrag der neuen Steuern und Steuererhöhungen so hoch sein soll, **daß er dem Finanzbedürfnisse des Reiches auf lange Zeit hinaus genügen kann.** Man scheint sich mit Kleinigkeiten nicht abzufinden und auch nicht abfinden lassen zu wollen und wird wahrscheinlich die verschiedenen Steuerprojekte als ein Ganzes zu behandeln suchen, aus dem einzelne Teile nicht herausgenommen werden können, ohne daß für gleichzeitigen Ersatz gesorgt wird.

Ganze Arbeit gegen die — Arbeiter! —

Freiherr v. Heyl auf dem Kriegspfade gegen die hessische Regierung.

Man schreibt uns aus Hessen:

Der Abg. v. Heyl, der zugleich Mitglied der hessischen Ersten Kammer ist, hat nun der Darmstädter Regierung offen den Kampf angesagt. Als Berichterstatter des Ausschusses über die neue, von der Zweiten Kammer im wesentlichen nach der Regierungsvorlage angenommene Gemeindesteuerreform verurteilt er das Werk des Finanzministers Gnauth in Grund und Boden hinein und beantragt im Namen der Mehrheit des Ausschusses, die Vorlage der Regierung zur — „Umarbeitung" zurückzugeben. Erhebt, was zu erwarten ist, das Plenum der Ersten Kammer diesen Antrag zum Beschluß, so ist das Reformwerk für diesen Landtag gescheitert. Die Gnauthsche Gemeindesteuerreform bedeutet insofern einen großen prinzipiellen Fortschritt, als sie die kommunale Besteuerung auf dieselbe Grundlage wie die Staatssteuer stellt. Die hessische Staatssteuer ist der Miquelschen nachgebildet; sie geht aber insofern über dieselbe hinaus, als die Progression der allgemeinen Einkommensteuer bis auf 5 Proz. steigt und auch der zurzeit geltende Satz der Vermögenssteuer (75 Pf. pro 1000 Mark) über den preußischen hinausgeht. Während man nun in Preußen für die Gemeindebesteuerung das alte System der „Realsteuern" beibehielt, will der hessische Finanzminister auch die Gemeindeabgaben im wesentlichen auf Einkommen und Vermögen basieren. Die kommunale Vermögensbesteuerung soll freilich nicht, wie die staatliche, eine für alle Arten von Vermögen einheitliche sein, sondern die Unterscheidung von Grundbesitz, landwirtschaftlichem und gewerblichem Betriebskapital und reinem Kapitalvermögen wird beibehalten. Dabei ist leider eine weitgehende Minderbesteuerung der letztgenannten Vermögensanlagen vorgesehen. Diese Begünstigung der reinen Kapitalrenten ist eine Inkonsequenz der Vorlage, gegen welche in der Zweiten Kammer von sozialdemokratischer Seite scharf protestiert wurde. Die zweite, ebenfalls von unseren Abgeordneten heftig bekämpfte Inkonsequenz ist das Verbot des Schuldenabzuges bei der Vermögensberechnung, das in seiner Wirkung besonders schwer die wirtschaftlich schwachen Elemente in Handwerk, Handel und Landwirtschaft trifft.

Frhr. v. Heyl will nun ebenfalls nichts von der Besteuerung der Schulden wissen. Insofern deckt sich seine Kritik mit der von sozialdemokratischer Seite geübten. Allein der übrige Inhalt seines Berichts verrät allzu deutlich, daß er sich dieses Arguments nur bedient, um seiner Opposition ein populäres Mäntelchen umzuhängen und Dumme einzufangen. Während die Sozialdemokratie nur die Beseitigung der erwähnten Steine des Anstoßes fordert, im übrigen aber die prinzipielle Grundlage der Reform billigt, den großen Fortschritt, der darin gegenüber dem heutigen System liegt, anerkennt und darum für das Ganze der Reform eintritt, nimmt Heyl das Verbot des Schuldenabzuges zum Vorwand, um seine prinzipielle Verurteilung der Reform auch den kleineren Landwirten und Gewerbetreibenden schmackhaft zu machen. Er will überhaupt nichts von einer kommunalen Vermögensbesteuerung nach dem „gemeinen Wert", d. h. heutigen Verkaufswert des Grundeigentums wissen. Er fordert vielmehr die Beibehaltung des alten landwirtschaftlichen Grundbesteuerungssystems, das auf starre Bonitätsklassen nach einem sogenannten „mittleren Reinertrag" aufgebaut war. Dabei sollen die Oekonomiegebäude und das landwirtschaftliche Betriebskapital ganz steuerfrei bleiben. Den Vorteil davon hätten die großen Landwirte. Mehr noch als die Landwirte aber würden die Besitzer von herrschaftlichen Landsitzen, Schlössern, Luxusgärten, Parks und Jagdgründen durch die Besteuerung nach dem „mittleren Ertragswert" geschont.

Des weiteren läuft Heyl Sturm gegen die Besteuerung der städtischen Grundstücke nach dem gemeinen Wert. Die in Aussicht genommene Wertzuwachssteuer bezeichnet er direkt als „verfassungswidrig", da sie die feierlich verbürgte Unverletzbarkeit des Eigentums antaste. Wenigstens will er den „legitimen Familienbesitz" vor der „Konfiskation" auf dem Wege der Zuwachssteuer geschützt wissen. Ob er das ausgedehnte Gelände, das er selbst im Wormser Bebauungsgebiet angekauft hat, zum alten „legitimen" Besitz rechnet, sagt er nicht.

Für die Gewerbesteuern will Heyl ebenfalls ein Tarifsystem nach dem „mittleren Ertrag" ausgearbeitet wissen. Die Besteuerung nach dem im Betriebe steckenden Vermögen ist ihm besonders auch deswegen verhaßt, weil die Deklarationspflicht damit verbunden ist. Schließlich legt er noch eine Lanze ein für eine noch weitergehende Schonung der reinen Kapitalrentner, als sie der Entwurf vorsieht, damit diese so „leichtbeweglichen" Leute nicht den hessischen Staub von den Pantoffeln schütteln.

Der Zielgedanke der ganzen Heylschen Opposition ist also die **Schonung der Reichen und Reichsten in Stadt und Land.** Den Beruf zur Führerschaft in dieser Kampagne kann man dem Herrn v. Heyl nicht absprechen. Ist er doch der reichste Mann des ganzen Großherzogtums, der in allen seinen Eigenschaften als Großindustrieller, Großgrundbesitzer und vielfacher Millionär den größten Vorteil davon hätte, wenn das Gnauthsche Reformwerk zum Scheitern gebracht würde.

Schon gelegentlich der letzten Budgetberatung hatte Frhr. v. Heyl den Finanzminister wegen des zu hohen Satzes der staatlichen Vermögenssteuer heftig angegriffen und den Vorwurf gegen ihn geschleudert, er schädige mit seiner Steuerpolitik das „monarchische Bewußtsein". Daraufhin erschien in dem Darmstädter Regierungsorgan eine Erklärung des Großherzogs selbst, in der der Person und der Steuerpolitik des Finanzministers das besondere Vertrauen des Fürsten ausgesprochen wurde. Dieser Schlag hat offenbar den Wormser Mitregenten in grimmen Zorn versetzt. Er läßt seit Monaten seinen ganzen politischen Apparat spielen, um gegen die Steuerpolitik der Regierung mobil zu machen, und hofft nun, durch ein ablehnendes Votum der Herrenkammer das Werk und mit diesem die Person des Finanzministers zu Fall zu bringen. Dieser hat sofort dem Heylschen Bericht eine Denkschrift an die Erste Kammer entgegengesetzt. Ob sie die gewünschte Wirkung hat auf die hochmögenden Vertreter des großen Grundeigentums und der industriellen Hochfinanz, erscheint uns sehr fraglich.

Am 19. d. M. tritt die Erste Kammer zusammen. Auf den gleichen Tag ist die Zweite Kammer einberufen, um ihrerseits die letzte Auseinandersetzung mit der Privilegiertenkammer wegen der Wahlreform resp. des Budgeterweiterungsantrags zu erledigen und zugleich Stellung zum Scheitern der Gemeindesteuerreform zu nehmen. Der Heylsche Vorstoß trifft auch die Führer der nationalliberalen Landtagsfraktion und bedeutet den Krieg innerhalb der nationalliberalen Partei und Presse Hessens. Voraussichtlich wird auch in den Reihen der Bauernbündler die Flamme der Zwietracht emporlodern, da der Bund der Landwirte auf seiten Heyls steht, während die Abg. Köhler, Hirschel und Genossen der Steuerreform zugestimmt haben.

Für die derzeitige Darmstädter Regierung handelt es sich bei diesem Kampfe aber um Siegen oder Fallen. Sie kann nach der Verfassung die Vorlage im nächsten Landtage auch ohne Zustimmung der Ersten Kammer durchsetzen. Ob sie dazu den Mut hat, wird sich zeigen. Um im Kampfe gegen die Erste Kammer einen zuverlässigen Rückhalt zu gewinnen, wäre die alsbaldige Durchsetzung des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts für die Zweite Kammer notwendig. Auch das könnte der Regierung, wenn sie ernstlich wollte. Allein hinter Heyl steht die kapitalistische Interessentenschaft in Stadt und Land. Diese Macht wird sich vermutlich auch innerhalb der Regierungskreise stärker erweisen als die sozialpolitische Tendenz des Ministeriums Rothe-Gnauth.

Die Sozialdemokratie kann mit dieser Gestaltung der Situation sehr zufrieden sein. Die Einsicht, daß der von ihr gezeigte Weg: **Abschaffung der Privilegiertenkammer und kautelenfreies Wahlrecht für die Volkskammer,** notwendig beschritten werden muß, wenn ernsthafte sozialpolitische Fortschritte durchgesetzt werden sollen, wird durch die reaktionären Quertreibereien der Heyl und Genossen in weiteste Kreise getragen. Der bevorstehende stürmische Ausgang der Landtagsperiode wird das Signal zu einer Wahlkampagne sein, deren Vorbereitungen unsererseits allerwärts getroffen sind und deren Verlauf den in Worms residierenden Herren von Geldsacks Gnaden die wenigste Freude bereiten dürfte. —

Militaristischer Kirchenfang.

Ueber eine ganz tolle Geschichte berichtet ganz harmlos das „Evangelische Gemeindeblatt". In Preußen besteht bekanntlich Religionsfreiheit. Es muß dem Staat gleichgültig sein, ob jemand getauft, konfirmiert oder in der Kirche getraut ist, und es geht ihn auch nichts an, ob jemand religionslos oder dieser oder jener Religionsgemeinschaft angehört. Im ersten Armeekorps (Ostpreußen) aber ist das anders. Da wird wohl darauf gesehen, daß die Rekruten alle getauft, konfirmiert und die verheirateten in der Kirche getraut sind. Es wird geachtet, daß „Versäumnisse" nachgeholt werden, obwohl in der deutschen Verfassung kein Sterbenswörtchen enthalten ist, daß die Soldaten irgend einer Religionsgemeinschaft angehören oder kirchlich getraut sein müssen. Höchst eigentümlich mutet uns an, was wir zu unserem Erstaunen im „Evangelischen Gemeindeblatt" lesen. So heißt es da:

„Unter den im Herbst 1904 eingestellten Rekruten evangelischer Konfession waren 106 bereits verheiratete, darunter **24 nicht kirchlich getraute;** 21 dieser letzteren haben bereits im ersten Dienstjahr die Trauung nachgeholt . . . Gelegentlich der Trauung wurden denn auch die etwa schon vorhandenen Kinder getauft, wenn sie nicht schon früher die Taufe empfangen hatten. Ferner gab es unter den evangelischen Rekruten von 1904 an **Nichtgetauften 9,** an **Nichtkonfirmierten 24;** ihrer 7 bezw. 22 sind inzwischen schon getauft bezw. eingesegnet worden, und zwar nach mehrmonatlichem kirchlichen Unterricht in feierlichem Gottesdienst. **Entschiedene Ablehnung von Taufe und Trauung ist nur je einmal erfolgt.** Das günstige Ergebnis, daß so zahlreich die kirchlichen Versäumnisse nachgeholt sind — 88 Proz. —, ist ebenso **dem Entgegenkommen der militärischen Vorgesetzten** wie den gewissenhaften Bemühungen der Militärgeistlichen zuzuschreiben. Bemerkt werde noch, daß in unser ostpreußisches Armeekorps nicht bloß Ostpreußen, sondern sehr zahlreich auch Leute aus anderen Gebieten eingestellt werden, darunter aus solchen, in denen die Sozialdemokratie erschreckend ausgebreitet ist, wie namentlich aus Berlin und Schleswig-Holstein. Allermeist bei diesen Mannschaften finden sich denn auch jene Versäumnisse."

Für die christliche Kirche ist diese Zusammenstellung tief beschämend. Es zeigt sich hier deutlich, in welch tiefem Verfall sich die Kirche befindet. Glaubt ein Mensch, daß die Rekruten freiwillig die kirchlichen „Versäumnisse" nachgeholt haben? Es wird ja offenherzig zugegeben, daß die militärischen Vorgesetzten mitgeholfen haben, die verlorengegangenen Schäfchen wieder in den Schoß der Kirche zurückzuführen. Und man kann sich ungefähr vorstellen, wie da vorgegangen wurde. Welch ein Rekrut wagt den Wünschen des Vorgesetzten — von einem Befehl kann ja nicht die Rede sein — nicht nachzukommen! Fürchterliches würde ihn erwarten; und nur zwei von 57 haben den großen Mut gehabt, ihrer Ueberzeugung treu zu bleiben. Die übrigen 55 sind entweder fromm geworden oder haben **heucheln müssen.** Wir befürchten leider, daß zu den letzteren sehr viele zu rechnen sind. Aber was tut's! Die evangelische Kirche hat einen „Erfolg" erzielt. Die katholische wird auch nicht müßig gewesen sein.

Es muß verlangt werden, daß in Zukunft derartiges im Heere zu unterbleiben hat, wenn man nicht Heuchler statt Christen heranbilden will. —

Die Kompottschüssel. Fürst Bülow hat, wie gestern als Telegramm gemeldet wurde, erklärt, Wilhelm II. habe zu ihm nicht das Wort von der vollen Kompottschüssel gesprochen. Die Erklärung trifft ein wenig daneben. Behauptet wurde lediglich, daß der Kaiser zu einem anderen gesagt, er hätte den Fürsten Bülow in dem Sinne der Kompottschüssel instruiert.

Daß die ganze Sozialpolitik nur die Rolle von „Kompott" spielt, mit dem das Proletariat gnädigst beglückt wird, ist durchaus richtig. Es kann deshalb auch ziemlich gleichgültig sein, ob man von dem Kompott noch mehr spenden will oder nicht. Die Arbeiter kämpfen nicht um Kompott, sondern um Brot und Leben. Es klärt nur die Situation, wenn man künftig die süßen Verzierungen des brutalen Hungers, die in dem Staate der monarchisch-christlichen Sozialreform beliebt wurden, als immer noch zu kostspielig wieder streicht! —

Wahlrechtsdebatte in Bayern.

München, 12. Oktober. (Depesche.) Kammer der Abgeordneten. In der fortgesetzten Beratung der Wahlrechtsanträge erklärt **Lerno** (Zentrum), daß seine Partei von den gestrigen Ausführungen der Regierung nicht befriedigt sei. Die letzte Wahlkreiseinteilung entspreche nicht den Grundsätzen des Rechts und der Gerechtigkeit. Auch in vielen Einzelheiten bei Bildung der Urwahlbezirke und bei Durchführung der Wahlen liege eine Beeinträchtigung der Rechte der Wähler und eine Begünstigung der Liberalen. Das Zentrum wolle lediglich ein gerechtes Wahlrecht; die Einführung der Proportionalwahl sei nicht möglich; dazu würde auch Wahlzwang und anderes kommen müssen. Redner richtet sodann an die Regierung die dringende Bitte, daß sie den Zentrumsantrag, welcher der letzten Regierungsvorlage entspreche, auch jetzt unterstütze.

Müller-Meiningen (lib.) verteidigt die liberalen Anträge unter lebhafter Polemik gegen Sozialdemokratie und Zentrum. Dem Zentrum gefalle seine jetzige Stellung in Bayern, gleichzeitig Regierungs- und Oppositionspartei zu sein, daher habe es seine früheren Bestrebungen, Minister Graf v. Feilitzsch zu stürzen, eingestellt. Die Regierung habe alle Wünsche des Zentrums erfüllt, auf Dank dürfe sie aber nicht rechnen. Aus der Wahlstatistik hätte der Minister die Konsequenz ziehen müssen, daß die Regierung ein Wahlrecht mit Proportionalwahl ihrerseits vorschlagen mußte, statt jetzt dem Zentrum die Initiative zu überlassen. Nur die Proportionalwahl sichere den Minoritäten genügenden Schutz. Auch eine Reform der Reichsratskammer sei notwendig, es müßten dort auch Städte, Handel und Industrie vertreten sein. Unbedingt müßten die Liberalen an der in ihrem Eventualantrag geforderten absoluten Mehrheit festhalten.

Redner, bei dessen Ausführungen es wiederholt zu lebhaften Zwischenrufen und Auseinandersetzungen kommt, schließt mit einem Appell an das Haus in der Hoffnung, daß in der Wahlrechtsfrage noch ein Kompromiß zustande kommen möge, dem auch die Kammer der Reichsräte zustimmen könnte.

Vollmar (Soz.) verteidigt das Wahlbündnis mit dem Zentrum, in welches die Sozialdemokraten durch die ablehnende Haltung der Liberalen gegenüber dem Wahlgesetz geradezu hineingedrängt worden seien. Diese ablehnende Haltung habe die politische Situation so verworren gemacht. Die gestrigen Ministererklärungen bewiesen, daß die Regierung bei der Wahlkreiseinteilung nicht objektiv vorgegangen sei. Um so dringender sei die gesetzliche Festlegung der Wahlkreiseinteilung. Das bayrische Volk erwarte die baldigste Schaffung eines neuen Wahlgesetzes und dann sofortige Neuwahlen.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Freitag vertagt. —

Das Zentrum obstruiert! Ein Telegramm meldet aus München: Nachdem bereits am 28. September die Wahl zweier Rechtsräte im Gemeindekollegium wegen Fernbleibens der Mitglieder der Zentrumspartei ergebnislos verlaufen war, blieb auch die heutige Wahl wiederum erfolglos, da der größte Teil der Zentrumsmitglieder fehlte und deshalb die notwendige Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wurde.

Einem Privattelegramm entnehmen wir, daß die beiden sozialdemokratischen Mitglieder weiße Zettel abgaben. Nachdem das Resultat bekannt war, beantragte der Vorsitzende Seyboth, die unentschuldigt ausgebliebenen Mitglieder in Strafe zu nehmen, was auf der Galerie lebhaften Widerspruch erweckt.

Schließlich wurden die zum erstenmal Fehlenden zu einer Geldbuße von 20 M., die zum zweitenmal Weggeblieben zu einer solchen von 45 M. verurteilt. Zugleich bemerkte der Vorsitzende, am nächsten Montag würde die Wahl wiederholt werden — sollten die **Zentrumsmitglieder auch da nicht erscheinen, so müßte er ihren Ausschluß aus dem Gemeindekollegium beantragen.** Wie verlautet, wollen die Zentrumsmitglieder gegen die zuerkannten Strafen Einspruch erheben.

Man sieht: Das Zentrum, das Geschäftsordnung und Verfassung umstürzte, weil die Sozialdemokratie eine Beratung des Zolltarifs forderte, versteht sich selbst aufs Obstruieren, trotz aller sittlichen Entrüstung über angebliche sozialdemokratische Obstruktion.

Polizei und Kirche. Zwar sind die edlen Herren der katholischen Kirche in hoher Gunst, aber die Polizei traut ihnen doch nicht. Der Straßburger „Kurier" schreibt:

Ein günstiger Zufall hat uns in den Besitz eines hektographierten Blattes gesetzt, wie solche anscheinend in Lothringen den Polizeiorganen ausgehändigt wurden, mit politischen Notizen über die einzelnen Geistlichen. Die Notizen stellen offenbar das Resümee der Berichte dar, welche von den unteren Polizeiorganen über die überwachten Geistlichen eingegangen waren. Wir lesen darin folgende Zensuren:

N. N. agitiert gern; angesehen im Klerus.
N. N. bestrebt seinem Pfarrer nachzuahmen.
N. N. leitet den deutschen Gottesdienst.
N. N. wandelt in den Fußstapfen seines Pfarrers.
N. N. ohne Einfluß.
N. N. treibt keine Politik; bezieht Unterstützung aus Landesfonds.
N. N. gilt für gemäßigt; ruhiges Verhalten.
N. N. beschäftigt sich lediglich mit der Pflege seines Gartens in Plantières.
N. N. sehr gefügig; mit Vorsicht zu nehmen.
N. N. treibt keine Politik; ein würdiger Priester, der den Altdeutschen gern ihr Recht gibt.
N. N. . . . Junge Geistliche, die politisch bis jetzt nicht bemerkbar geworden sind.
N. N. zuweilen Verwandtenbesuch aus Frankreich; politisch nicht bemerkbar.
N. N. deutsch gesinnt, treibt aber keine Politik.
N. N. Verwandte in Frankreich; politisch nicht bemerkbar geworden.

Die Polizei übertrumpft noch die Politik des Beichtstuhles. Hier werden doch wenigstens die Geständnisse von den Beichtkindern selbst erpreßt, der polizeiliche Beichtstuhl arbeitet mit Spitzeln, die genau festzustellen haben, was jeder denkt, fühlt, treibt, ißt und trinkt. —

Verhängnisvolle Kolonialtreiberei.

Unsere Kolonialfexe setzen ihr gefährliches Handwerk, in dem Kreise der Kolonialmächte Besorgnisse über die Absichten der deutschen Kolonialpolitik zu verbreiten, törichterweise fort. So heißt es in einem Leitartikel des „Hamburgischen Korrespondent", daß es klar sei, daß unser koloniales Interesse sich nicht auf unsere Schutzgebiete beschränkt. Der Gedanke, irgendwo noch ein förmliches Kolonialreich zu gründen, sei allerdings phantastisch und gefährlich, aber noch, gäbe es Gebiete, wo dem Kraftüberschuß des deutschen Volkes lohnende Arbeit bereitet werden könne, ohne daß man diese Kräfte in einem fremden Volkstum aufgehen zu lassen brauche. Diese Gebiete seien vor allem in Südamerika und Vorderasien zu suchen.

Der Verfasser dieses Artikels scheint sich gar nicht bewußt zu sein, wie gefährlich seine eigenen Auslassungen sind. Gerade das Deutsche Reich bietet ja den Beweis dafür, wie wenig Staaten geneigt sind, Enklaven fremder Nationalität in ihrem Gebiet zu dulden — man denke nur an die berüchtigte „Germanisierungspolitik" gegen Dänen, Polen und Elsässer. Und diese brutale Entnationalisierungspolitik betreibt das Deutsche Reich, obwohl diese nichtdeutschen Reichsangehörigen nicht eingewandert, sondern einfach unter dem Rechtstitel der geranzerten Faust annektiert worden sind! Und da glaubt man, südamerikanische Staaten würden es sich gefallen lassen, daß eingewanderte Deutsche sich in ihrem Lande als Staat im Staate etablierten? Ja, bildet man sich auch nur ein, die Vereinigten Staaten würden es dulden, daß sich große deutsche Siedelungen auf amerikanischem Boden bildeten, die später eine Möglichkeit boten, in Brasilien oder Argentinien ein „förmliches Kolonialreich" zu gründen? Derartige Kolonialtreibereien können nur das eine Ergebnis haben, Amerika gegen die deutsche Einwanderung und die deutsche Politik mit wachsendem Mißtrauen, wachsender Erbitterung zu erfüllen. Das offizielle Deutschland hätte doch wahrhaftig alle Ursache, die Zahl seiner Feinde nicht noch zu vergrößern! —

Ueber die Unruhen in Ostafrika

hat sich der Generalleutnant v. Liebert in sehr optimistischer Weise ausgelassen. Der ostafrikanische Aufstand könne mit dem südwestafrikanischen gar nicht verglichen werden. In Südwestafrika habe man es mit einer wohlbewaffneten und kriegstüchtigen Bevölkerung zu tun. In Ostafrika seien die Eingeborenen schlecht bewaffnet und unkriegerisch. Der Aufstand werde also leicht niedergeschlagen werden können. Wenn es sich um die Stämme des Hinterlandes gehandelt hätte, so wäre die Gefahr allerdings eine unendlich größere gewesen.

Der Herr Generalleutnant übersieht, daß auch bereits im Hinterlande, im Seengebiet, der Aufstand ausgebrochen ist. Ist auch die Bewaffnung der Ostafrikaner mit modernen Hinterladern nur eine sehr mangelhafte, so kommt ihnen doch andererseits das Klima und die schlechte Verbindung des Hinterlandes mit der Wüste zustatten. Der „Deutsche Bote" stellt denn auch auf Grund neuer Privatmitteilungen aus der Kolonie die Lage im Seengebiet als sehr ernst dar. Die erfolgte Entsendung eines kleinen Kommandos werde nicht genügen. Es gäre im ganzen Usukuma und Nyamwesi. Besonders die Station Tabora sei bedroht. Es sei dringend notwendig, daß die Regierung mindestens 1000 Mann weißer Truppen zur Besetzung der Küste und der inneren Stationen entsende und ferner beim Zusammentreten des Reichstages, mit dessen schleuniger Einberufung nicht gezögert werden dürfe, eine Vorlage über die Aufnahme einer Anleihe des ostafrikanischen Schutzgebietes von **hundert Millionen Mark** zum Bau der Bahnen Mombo-Muanza und Kilwa-Wiedhafen einbringe!

Diese Nachrichten klingen also ganz anders als das wohlgemute Gerede des Herrn v. Liebert. Wir fürchten in der Tat, daß der Aufstand in Ostafrika noch eine ganz erhebliche Ausdehnung annehmen und uns noch ganz gewaltige Summen Geldes kosten wird! —

* * *

Amtlich wird gemeldet:

Berlin, 12. Oktober. Der älteste Offizier der in Ostafrika versammelten Seestreitkräfte, Fregattenkapitän Glatzel, meldet aus Dar-es-Salam unter dem 10. Oktober: Am 6. Oktober hat „Seeadler" das Thetis-Detachement (Leutnant zur See Köhler und 20 Mann) in Kissidju gegenüber der Insel Kwale ausgeschifft, zum Schutz der Einwohner und der Telegraphenleitung gegen die Aufständischen. In Samanga zwei Detachements sowie Oberleutnant zur See Sommerfeldt und 40 Mann zum Schutz der zeitweise zerstörten Telegraphenleitungen ausgeschifft. „Bussard" hat das Süd-Detachement ausgetauscht und in Zansibar Kohlen ergänzt. Wird heute abend nach Kondutschi und Bueni gehen, weil dort Unruhen sind. Der Gesundheitszustand ist durchweg gut. (Vom Grafen Göhen liegen seit dem bereits veröffentlichten Telegramm vom 5. Oktober weitere Meldungen nicht vor.)

Wie aus diesen Meldungen hervorgeht, ist es bisher nicht einmal gelungen, die Unruhen unmittelbar an der Küste zu unterdrücken. Der Aufstand scheint vielmehr auch hier noch fortwährend an Ausdehnung zu gewinnen. Wie will man da mit den Aufständischen im Binnenland fertig werden! —

Eine Beschwerdeschrift von Kameruner Häuptlingen?

Nach einem Telegramm der „Täglichen Rundschau" veröffentlicht das „Hamburger Fremdenblatt" auszugsweise eine Beschwerdeschrift, die sämtliche Oberhäuptlinge und Häuptlinge Kameruns an den Reichskanzler und den Reichstag abgesandt haben sollen. In der Beschwerde, die die durchaus loyale Haltung der Eingeborenen gegen die deutsche Regierung betont, werde unter Ausführung eingehend geschilderter Einzelfälle lebhaft Klage geführt gegen das Regierungssystem des Gouverneurs von Puttkamer und Mißgriffe einzelner namhaft gemachter Beamter. Da die jahrelangen Beschwerden beim Gouverneur erfolglos geblieben seien, sähen sich die Häuptlinge gezwungen, direkt in Berlin Schutz zu suchen. Die Eingabe fordert die sofortige Zurückberufung des Gouverneurs als einziges Mittel zur Beruhigung der erbitterten Bevölkerung.

Die „Tägliche Rundschau" bemerkt dazu, daß die Mitteilung sehr phantastisch klinge. Es erscheine von vornherein lächerlich, daß sämtliche Oberhäuptlinge und Häuptlinge eine gemeinsame Beschwerdeschrift abgefaßt hätten. Darin dürfte die „Tägliche Rundschau" allerdings recht haben. Im übrigen halten wir die Beschwerdeschrift an sich umsoweniger für unmöglich, als uns wiederholt von Leuten, die Kamerun ganz genau kannten, Schilderungen über die Zustände in Kamerun gegeben worden sind, die sich mit dem angeblichen Inhalt der Beschwerdeschrift vollständig deckten. Man wird also den Inhalt der Beschwerdeschrift abwarten müssen. Sehr verhängnisvoll aber wäre es, wenn man dieselbe leicht nehmen würde. Eine ausgedehnte Erhebung auch der Kameruner Eingeborenen gegen ihre Bedrücker würde die Antwort auf die fernere Duldung des bisherigen aufreizenden Systems sein! —

Ausland.

Italien.

Rom, 9. Oktober. Die „Avanguardia" über den Parteitag in Jena. Während die Tagespresse aller Parteien — der „Avanti" mit einbegriffen — den Parteitag in Jena ganz unbeachtet gelassen hat, bringt die „Avanguardia" in ihrer letzten Nummer einen fast 3 Spalten langen Artikel über ihn. Das Organ der Mailänder Syndekalisten der Fraktion Labriola schreibt dem Kongreß von Jena eine ausschließlich nationale Bedeutung zu. Seine Verhandlungen hätten nur für die besonderen politischen Verhältnisse in Deutschland Wert und Gültigkeit. Vielleicht werde gerade von diesem Kongreß der Verfall der moralischen Hegemonie datieren, die der deutschen Partei seit Jahren im internationalen Sozialismus zugefallen ist.

Die Art, wie über den Generalstreik diskutiert worden ist, haben für die Syndekalisten keinerlei Interesse. Für diese sei der Generalstreik das Werkzeug der großen proletarischen Eroberungen. In Deutschland hätte man ihn als eine Hülfswaffe der parlamentarischen Aktion, als ein Mittel zur Verteidigung des allgemeinen Stimmrechtes in Erwägung gezogen. Der Artikel gibt zu, daß in einem halb absolutistischen Staate wie Deutschland diese Auffassung berechtigt ist, sie käme aber in politisch entwickelten Ländern nicht in Betracht.

Aber auch in der deutschen Partei beginne die Ueberzeugung sich Bahn zu brechen, daß die ganze politische Tätigkeit der Partei sich in einem unheilbaren Widerspruch bewegt. Die politische Lage in Deutschland nötigt die Partei, die demokratischen Institutionen des Parlamentarismus und des allgemeinen Stimmrechts zu vertreten, aber der Erfolg dieser Taktik könnte nur der sein, der Bourgeoisie endlich das Ruder in die Hand zu geben, das bis heute in Händen der Hofcliquen und der Bureaukratie liegt. Andererseits aber würde die zur Herrschaft gelangte Bourgeoisie dem Proletariat eine viel schwerere Last auflegen, als es heute schon trägt. In dieser Situation sieht sich die Partei zu einer Politik der Vorsicht und der Sammlung gezwungen.

„Die politische Hülle der mächtigen Reiche steht in vollem Widerspruch nicht nur zu den Hoffnungen der sozialistischen Partei, sondern auch zur gegenwärtigen Wirklichkeit, zu dem kraftvollen Kulturleben des ganzen Landes; andererseits fehlt der Masse vollständig die psychologische Vorbereitung (und dies zum großen Teil infolge der Art der Propaganda, die die sozialistische Partei in Deutschland getrieben hat), um das Bedürfnis zu dem Kraftaufwand zu fühlen, der die bestehende Ordnung der Dinge umgestaltet."

So sei die deutsche Partei trotz ihrer drei Millionen Stimmen zu einer puren Defensivaktion verurteilt. Dieser Zustand der Impotenz mache sich in der Politik ganz Europas geltend.

Der Artikel schließt mit folgenden Worten: „Uns bleibt nur übrig, zu wünschen, daß die deutsche sozialistische Partei eines Tages in ihrer Kühnheit und ihrem Wagen so weit gehen möge wie heute in ihrer Vorsicht. Ihre Verantwortung gegenüber dem zivilisierten Europa ist außerordentlich groß, sicherlich größer als die irgend einer anderen parlamentarischen Partei der Welt."

Augenscheinlich rührt der Artikel aus der Feder Arturo Labriolas. —

Die Organisation der italienischen Klerikalen.

Rom, 5. Oktober. So lange der Vatikan in dem Wahn lebte, die weltliche Herrschaft des Papsttums wieder herzustellen, konnte er nicht daran denken, seine Getreuen an den politischen Kämpfen des geeinigten Königreichs teilnehmen zu lassen. Einzig eine Eroberung der städtischen Verwaltungen wurde von dem heil. Stuhl gebilligt. Daß es unter dem neuen Papst anders geworden ist, ist bekannt. Pius X. hat den Klerikalen die Teilnahme am politischen Leben des Landes freigestellt. Diese Annahme der neuen Machtverhältnisse ermöglicht dem Vatikan, sich offen zur Eroberung der politischen Macht in Italien, wo er bereits eine starke wirtschaftliche Macht besitzt, zu rüsten.

Wie sich die Kirche die Organisation der Klerikalen in Italien denkt, ersieht man aus dem unlängst dem Papst vorgelegten Statut, das bereits als Ganzes die Billigung Pius X. gefunden hat. Dieses Statut erkennt als autonome klerikale Organisationen nur den Verein der katholischen Jugend und den Verband der katholischen akademischen Vereine an; beide unterstehen der Kontrolle der Bischöfe. Alle anderen Energien im klerikalen Lager haben sich einer der drei neu zu schaffenden großen Landesorganisationen einzuordnen.

Die erste dieser Organisationen ist die „Katholische Volksvereinigung", die in jedem Orte einen Zweigverein haben soll und deren Zweck es ist, „in der sozialen Ordnung die christliche Kultur nach den Lehren der Kirche und den Leitsätzen des heil. Stuhles zu verfechten und in den Institutionen und dem praktischen Leben der Italiener zu verwirklichen." In den Vorstand sind nur Nichtpriester wählbar, aber in den Beiräten können die Priester Sitz und Stimme haben.

Der „Katholische Verband der wirtschaftlichen und sozialen Institution" ist der zweite dieser großen Vereine. Es handelt sich hier darum, katholische Gewerkschaften, Genossenschaften, Hülfskassen, Banken, Sparkassen ꝛc. zu gründen und zu fundieren. Mit den pekuniären Mitteln, über die der Vatikan verfügt, wird er gerade auf diesem Gebiete erfolgreich sein, da man die organisatorische Befähigung der Klerikalen nicht gering anschlagen darf.

Die dritte Organisation ist der „Katholische Verband der Wahlvereine", der die bestehenden Wahlvereine verbinden und neue organisieren soll. Alle drei Organisationen unterstehen der Kontrolle der Bischöfe. Ihre drei Präsidenten wählen alle drei Jahre den Präsidenten der allgemeinen katholischen Kongresse Italiens.

Mit diesen Mitteln hofft die „besiegte" katholische Kirche ihres Siegers Meister zu werden. Sie glaubt Italien zurückzuerobern auf dem Wege der „friedlichen Penetration". Vielleicht wird dieses neue Element dem Konfusionismus im politischen Leben Italiens entgegenwirken, zu einer festeren Abgrenzung der Parteien führen und der heuchlerischen freisinnig-klerikalen Politik der Regierung ein Ende machen. Damit wäre schon etwas gewonnen. —

Ferri über die italienische Abgabenreform.

Rom, 7. Oktober. (Eig. Ber.) Für die bevorstehende Diskussion über eine radikale Abgabenreform, die die italienische Parteifraktion beschäftigen wird, zeichnet Ferri im „Avanti" die Grundlinien vor, die seiner Ansicht nach die Partei ihren Forderungen zugrunde legen sollte.

Zunächst sei weniger an der Entlastung der direkten Steuerlast der kleinen Grundbesitzer gelegen, als vielmehr daran, diesen die Möglichkeit zu geben, die Produktion zu heben und zu verbessern. Daher sei die Organisierung des landwirtschaftlichen Kredits zu fordern, um den von den Wucherern ausgesogenen 3 800 000 kleinen Grundbesitzern (mit weniger als 2 Hektor Land) Geld zu 2 Prozent Zinsen zur Verfügung zu stellen.

Zweitens müsse die Reform nicht auf Kosten des lokalen Finanzwesens, das sehr zerrüttet ist, sondern auf Kosten des staatlichen beginnen, da das Staatsbudget jährlich einen Ueberschuß von 25 bis 30 Millionen aufweist.

Drittens müßten die Erleichterungen deutlich und vor allem sofort von der Masse fühlbar sein.

Diesen drei Grundsätzen entsprechen für Ferri die folgenden Forderungen:

a) Herabsetzung des Kornzolls von 7,50 Lire auf 3,50 pro Doppelzentner, Herabsetzung des Petroleumzolles von 48 auf 24 Lire den Hektoliter, der Zuckerfabrikationssteuer von 70 Lire pro Doppelzentner auf die Hälfte und schließlich Reduktion des Kochsalzes (Staatsregie) von 40 auf 20 Cent das Kilo. Ausfall für das Staatsbudget gleich 130 Millionen im Jahr.

b) Aufnahme einer neuen Staatsanleihe zu 4 oder $4\frac{1}{2}$ Proz. in der Höhe von 1 Milliarde, die der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion zu 2 Proz. Kapitalien liefern. Die Zinsen dieser neuen Staatsanleihe — die zur Hälfte durch die Zinsen der diese Kapitalien Entleihenden gedeckt würde, erhöhen die Mehrbelastung des Staatsbudgets auf 155 Millionen.

Um diese Mehrbelastung auszugleichen, hält Ferri es für utopistisch, auf die Konvertierung der Rente zu hoffen. Er schlägt vor, die Steuer auf der aus den 4 proz. Konsols kommenden Kapitalrente zu erhöhen, so daß die Zinsen effektiv von 4 auf 3 Proz. sinken. Dies ergibt eine Ersparnis von 100 Millionen im Jahre; 20 weitere Millionen werden durch den jährlichen Ueberschuß gedeckt, 20 Millionen aus dem normalen Wachstum der Staatseinnahmen. Die zum Gleichgewicht des Budgets noch fehlenden 15 Millionen will Ferri durch höhere Versteuerung der höchsten Einkommen — über 10 000 Lire jährlich — sowie durch Verstaatlichung verschiedener Unternehmungen, namentlich des Versicherungswesens, aufbringen.

Es ist leicht zu sehen, daß dieser Entwurf der Kritik viel Ansatzpunkte bietet. Er vergißt, daß dieselben Interessen, die der Konvertierung der Rente entgegenstehen, sich der denselben Zwecken dienenden Erhöhung der Kapitalrentensteuer widersetzen. Wenn diese Erhöhung nur für die jetzt bestehenden 4 proz. Konsols gilt, so ist nicht einzusehen, warum die neue Milliarde wieder zu 4 Proz. ausgegeben werden soll. Gilt aber die Erhöhung für alle Staatspapiere, so stimmt die Rechnung nicht; es sind dann 10 Millionen zu viel dem Staatsbudget zur Last gelegt. Soll ferner die Milliarde aus dem Inland kommen, so hebt sie den beklagten Kapitalmangel nicht, da ja heute die Kapitalien auch nicht in den Kassenschränken schlafen. Kommt sie aus dem Ausland, so ist es unerhört, daß der finanziell so große

Garantien bietende italienische Staat vierprozentige Staatspapiere ausgibt bei dem heutigen niedrigen Stand des Zinsfußes. Zu einem so umfassenden Projekt der wirtschaftlichen Regeneration eines Landes sind tiefgehende Studien nötig, für die in unserer Parlamentsfraktion wohl noch die Kräfte fehlen und wozu man billigerweise von einer so kleinen Partei wie der unseren nicht die Initiative erwarten darf. —

Norwegen.

Das Karlsbäder Uebereinkommen ist vom Storthing in der Nacht vom 9. zum 10. Oktober ½2 Uhr mit 101 gegen 16 Stimmen angenommen worden. Es stimmten dagegen 12 von der linken Partei, 2 von der Rechten, 1 Sammlungsparteiler und 1 Sozialdemokrat (Erikssen). — Am Montagabend hatte sich eine große Volksmasse vor dem Storthingsgebäude versammelt und als in so später Nachtstunde endlich die Entscheidung fiel, standen noch mehrere hundert Personen dort. Die Mitglieder der Regierung und Präsident Berner verließen unbemerkt von der Menge das Gebäude auf einem Nebenwege. Konow, der Führer der Opposition, wurde, als er auf die Straße trat, teils mit Hochrufen, teils mit Mißfallsäußerungen und dem Ruf: „Nieder mit ihm!" empfangen. — Daß nur 16 Abgeordnete gegen das Uebereinkommen stimmten, ist übrigens ein Beweis dafür, daß die heftigen Reden der Opposition wenig Eindruck gemacht haben.

Die Eröffnung des Storthing fand am Donnerstagmittag statt. Staatsminister Michelsen verlas im Namen der norwegischen Regierung die Eröffnungsrede, in der es heißt: Der neu zusammengetretene Storthing wird in erster Linie seine Aufmerksamkeit auf die Arbeit zur Errichtung und Konsolidierung des neuen Norwegens zu lenken haben. So werden die Repräsentanten der Nation nun das Unabhängigkeitswerk zu vollziehen haben, indem sie Beschlüsse fassen, welche dasselbe voraussetzt und notwendig macht. Norwegen wird jetzt offiziell in die Reihe der absolut unabhängigen Staaten eintreten und konsularische Vertretung zu ordnen haben. In Uebereinstimmung hiermit wird dem Storthing ein Gesetzentwurf zur endgültigen Regelung des Konsularwesens vorgelegt werden. Aber auch nach innen liegen große und wichtige Aufgaben zur Förderung der geistigen und materiellen Entwickelung des Landes und der nationalen Arbeit vor. Unsere Aufgabe muß sein, auf allen Gebieten mit vereinigten Kräften die Arbeit aufzunehmen und fortzusetzen, welche auch kleinen Völkern Ansehen und Rang unter den Nationen gibt. Von neuen Gesetzentwürfen, welche dem Storthing vorgelegt werden sollen, werden genannt ein Steuergesetz, Handelsgesetz und ein Gesetz betreffend die neue Heeresorganisation. —

Asien.

Ueber die Volkserhebung in Japan

erhält das Scherlblatt aus Yokohama einen ausführlichen Bericht. Danach wären die eigentlichen Exzesse und Straßenkämpfe auf das allzu schneidige Vorgehen der Regierung, namentlich aber die provozierende Haltung der Polizei zurückzuführen. Die Protestbewegung gegen den Friedensvertrag würde niemals so lebhafte Formen angenommen haben, wenn die Regierung nicht durch Versammlungsverbote Erbitterung in die Bevölkerung getragen hätte. Hätte man die Leute protestieren lassen, so wäre alles gut gewesen. Statt dessen habe man das Volk durch Versammlungsverbote gereizt. Der Bewegung hätten sich nunmehr allerhand Elemente angeschlossen, denen die politische Bedeutung des Friedensvertrages an sich gleichgültig gewesen sei. Die Rikscha-Kulis seien längst über die elektrische Straßenbahn, die ihnen den bisherigen Erwerb genommen habe, empört gewesen. Sie hätten die Gelegenheit benutzt, um die Straßenbahnwagen in Brand zu setzen. Dieser Ausschreitung seien dann andere gefolgt. Da nun die Polizei mit besonderer Schneidigkeit vorgegangen sei und im Eifer des Gefechtes auch Unschuldige niedergesäbelt habe, sei die Erbitterung immer größer geworden, man habe die hölzernen Wachthäuschen der Polizisten mit Petroleum begossen und angesteckt. Zusammenstöße zwischen dem Volke und dem Militär seien nirgends erfolgt. Die Bevölkerung habe mit den Soldaten sympathisiert, und die Soldaten umgekehrt hätten wohl verstanden, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages die Unzufriedenheit des Volkes zu erregen geeignet gewesen seien. Ja das Militär selbst sei von der Unzufriedenheit ergriffen gewesen. So sei es auch keineswegs unmöglich, daß nicht der leidenschaftliche Fanatismus die Ursache an der Katastrophe des Panzerschiffes „Mikosa" gewesen sei. Dies Ereignis habe denn auch seinen Eindruck auf die Regierung nicht verfehlt, und der Belagerungszustand sei so mild als möglich gehandhabt worden. Die versöhnlichere Politik der Regierung habe das ihrige dazu beigetragen, daß wiederum die Ruhe in den Hauptstädten eingekehrt sei.

Diese Darlegungen klingen nicht unwahrscheinlich. Sie widerlegen allerdings durchaus nicht unsere Auffassungen, daß die ganze soziale Lage und die ganze politische Gestaltung des Landes im Grunde die Ursache der Unruhen gewesen seien. —

Versammlungen.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer hielt am Sonntag eine Generalversammlung ab, in der zunächst die Diskussion über die in der Feenpalast-Versammlung angenommene Resolution fortgesetzt wurde. Der erste Redner Ludwig bemerkte unter anderm, mit dem ersten kritischen Teil der Resolution könne man einverstanden sein, der zweite Teil aber fordere die Kritik heraus. Es sei zweckmäßig, wenn die Resolution so geändert werde, daß der Generalstreik nicht gleichsam als Allheilmittel, sondern als wichtiges Kampfmittel bezeichnet werde. — Beschke wünschte demgegenüber die Resolution unverändert zu erhalten. Friedeberg habe nicht gemeint, daß der Parlamentarismus überhaupt abgeschafft werden solle. Für den Generalstreik müsse mehr Propaganda gemacht werden; den Massen müsse man klar machen, was er bedeute. Die Kinder müßten im sozialistischen Geiste erzogen werden; selbst christlich gesinnte Mütter könnten wohl ihre Kinder lehren, daß das vierte Gebot auch verbiete, auf Vater und Mutter zu schießen. — Kling meinte, es sei bezeichnend für die Zentralverbände, daß ihre Führer nicht für Bebels Massenstreik-Resolution gestimmt hätten. Allerdings sei der Parlamentarismus immer noch eine gute Waffe, besonders in zurückgebliebenen Gegenden; der Generalstreik aber müsse mehr propagiert werden und dazu müßten mehr öffentliche Versammlungen einberufen werden. Ferner müsse unter den Mitgliedern mehr für den Anschluß an die politischen Organisationen gewirkt werden; zu bedauern sei es, daß einzelne sich anderen Organisationen und auch dem Anarchismus angeschlossen hätten. — Zechlin bemerkte, viele Versammlungen hätten sich mit dem Generalstreik befaßt, auch der Tabakarbeiter-Kongreß; in den Berichten aber gehe man darüber hinweg. In der Feenpalast-Resolution stehe nicht, daß man den Parlamentarismus durchaus ablehnen solle. Die Kräfte aber, die heute im Parlament sitzen, sollten herausgezogen werden, um zu agitieren und für die Vertiefung der proletarischen Ueberzeugung zu wirken. Der Redner stellte dann den Antrag, daß die Versammlung sich neben der Feenpalast-Resolution auch mit der in der Sitzung des Gewerkschaftskartells vom 31. August angenommenen Resolution einverstanden erkläre. Er führte weiter noch aus, Ledebour habe die Frage in der Generalversammlung des sechsten Kreises nicht mit dem nötigen Ernst behandelt, mit ganz gewöhnlicher Ironie Rehbein mit Friedeberg verglichen und diesen lächerlich zu machen gesucht. Mit Ströbels Ausführungen könne er sich, abgesehen von dem Rat auf Anschluß an die Zentralverbände, einverstanden erklären. Mit dem was der Parteitag über den Generalstreik beschlossen habe, könne man vorläufig zufrieden sein; wenn die Idee in derselben Weise Fortschritte mache, werde man bald zum Ziele kommen. — Ernst Witte erklärte, wenn die Arbeiterschaft ihr Ziel erreichen wolle, müsse sie den Kampf mehr auf das wirtschaftliche Gebiet verlegen. Es komme darauf an, kraftvolle Persönlichkeiten zu bilden, und an Stelle der Disziplin müsse der Charakter treten, das wünsche Friedeberg. Die bayerischen Genossen, die für Zentrumsmänner stimmten, hätten damit ebenso disziplinfest wie charakterlos gehandelt. Wenn die Führer der Zentralverbände auch noch so sehr gegen den Generalstreik seien, sie würden doch, wie man jetzt wieder sehe, von den Unternehmern dazu gezwungen. Wenn man nicht mit aller Kraft der Gedanke der Solidarität propagiert werde, müsse man mit Zittern und Zagen in die Zukunft blicken. Der Redner erklärte sich für volle Zustimmung zur Feenpalast-Resolution. — Panzer meinte, man müsse nun in öffentlichen Versammlungen die Ideen in die Massen schleudern. Zwei Herren könne man nicht dienen. Gegen den Parlamentarismus, wie er in den achtziger Jahren war, wäre nichts einzuwenden. Nun aber müsse man reinen Tisch machen. Der Redner sprach sich im übrigen für die Feenpalast-Resolution aus. — Nachdem die Diskussion nun ungefähr eine Stunde gedauert hatte, wurde ein Antrag auf Debatteschluß angenommen. Der Referent Gehl bemerkte in seinem Schlußworte, die Diskussion habe gezeigt, daß die Generalstreikidee noch viel mehr diskutiert werden müsse, es müsse noch viel mehr untersucht werden, ob man sich damit identifizieren könne. Mit dem Beschlusse des Parteitages über diese Frage könne man, wie Friedeberg mit Recht gesagt habe, vorläufig zufrieden sein. Man habe keine Ursache, sich von der Partei abzuwenden, im Gegenteil müsse man innerhalb der Partei wirken. Man sei nun auf bestem Wege und habe keine Ursache, von der Feenpalast-Resolution irgend etwas zurückzunehmen. Die Idee des Generalstreiks marschiere. Die Unternehmer würden die Führer der Gewerkschaften dazu drängen und, wenn man da noch ein bißchen nachschiebe, werde die Arbeiterschaft wohl dahin kommen. — Hierauf wurde die Feenpalast-Resolution samt der im Kartell angenommenen gegen eine Stimme gutgeheißen.

Dann befaßte sich die Generalversammlung mit einigen Anträgen des Ausschusses und Vorstandes. Eine längere Debatte rief die Frage hervor, ob den Mitgliedern, die auf dem Bau in der Lindowerstraße die Arbeit ohne Genehmigung des Vorstandes eingestellt hatten, Streikunterstützung gewährt werden solle. Im Vorstand und Ausschuß war man darüber nicht einig geworden und hatte sich entschlossen, der Generalversammlung die Entscheidung zu überlassen. In der Debatte wurde nun auch die allgemeine Frage erörtert, ob das geltende Regulativ, das die Streikunterstützung von der Genehmigung des Streiks abhängig macht, zweckmäßig sei oder nicht. Unter Hinweis auf Aeußerungen Friedebergs und auf einen Artikel der „Einigkeit", in dem verlangt wird, daß Solidaritätsgefühl und Charakter an Stelle der Disziplin trete, Disziplin als „Hundsfötterei" bezeichnet wird, wurde jene Bestimmung des Regulativs bekämpft. Der Vorsitzende Meyke brachte einen Antrag ein, wonach das Regulativ in Zukunft streng innegehalten werden, in diesem besonderen Fall aber wegen der eigenartigen Verhältnisse die Unterstützung dennoch gezahlt werden sollte. — Dieser Antrag wurde in seinem ersten Teil abgelehnt, der zweite Teil jedoch angenommen. Der Vorsitzende erklärte hierauf, die Versammlung habe mit der Abstimmung bekundet, daß das Regulativ nicht mehr zutreffe. Gehl stellte den Antrag, in der nächsten Versammlung das ganze Regulativ zur Diskussion zu stellen. Dieser Antrag kam jedoch nicht mehr zur Abstimmung.

Der Verein der Lehrlinge und jugendlicher Arbeiter Berlins und Umgegend hielt am Sonntag, den 8. Oktober, seine Generalversammlung ab. Als erster Punkt auf der Tagesordnung stand der Bericht des Vorstandes über dessen Tätigkeit im letzten Vierteljahr. Das Wirken des Vereins war in dieser Zeit ein mehr innerliches, organisatorisches. Durch Abhalten zahlreicher Abteilungsversammlungen und Diskutierabenden wurde die Vereinsarbeit neu belebt. Auch für Bildung und Aufklärung der Mitglieder hat der Vorstand Sorge getragen. Lehrreiche Vorträge wurden abgehalten, Museumsbesichtigungen veranstaltet. Der Plan des Vorstandes, vom Oktober ab selbständige Unterrichtskurse einzurichten, konnte leider noch nicht verwirklicht werden, die enormen hohen Mietspreise, sowie die Honorare der in Aussicht genommenen Lehrer machten dies vor der Hand unmöglich. Um aber den Mitgliedern Gelegenheit zur möglichst billigen Ausbildung zu geben, hat der Vorstand mit der „Arbeiter-Bildungsschule" ein Abkommen getroffen, dahingehend, daß die Mitglieder des Vereins an allen Kursen dieser Schule — ausgenommen die Fortschrittskurse — gegen eine Hörgebühr von 1 M. pro Kursus teilnehmen können. — Zur besseren Pflege des Jugendschutzes hat der Vorstand eine Beschwerdestelle, in der Klagen über das Arbeitsverhältnis entgegengenommen und für Abhülfe der Mißstände gesorgt wird, errichtet. Dieselbe befindet sich im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, II, Zimmer 16, und ist geöffnet an jedem Sonntag, vormittags von 11 bis 12 Uhr. — Der Vorstandsbericht wurde beifällig ohne Diskussion entgegengenommen. — Darauf gab der Kassierer den Kassenbericht des 3. Quartals. Die Einnahme betrug (einschließlich eines Kassenbestandes von 118,43 M. am 1. Juli) 934,43 M., die Ausgabe 668,20 M., so daß ein Kassenbestand von 266,23 M. verbleibt. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Decharge erteilt. — Zum Punkt „Ersatzwahlen" wurden in die Bibliothekskommission die Kollegen Blasing, Bollreit und Liebrandt und in die Bildungskommission die Kollegen Willi Schulz und Lübnitz gewählt. Die Kollegen Bardeleben, Helbig, F. Schneider und Wenzel, die als provisorische Abteilungsleiter von der Verwaltung eingesetzt waren, bestätigte die Versammlung. — Unter „Verschiedenes" wurde auf einen Antrag von 12 Kollegen beschlossen, die Vereinszeitung „Arbeitende Jugend" achtseitig erscheinen zu lassen. — Koll. Paul Heinrich brachte arge Mißstände, die bei dem Schneidermeister Petz, Kraustraße 15, herrschen, zur Kenntnis der Versammlung. Dies Lehrlingsidyll wird in nächster Nummer der „Arbeitenden Jugend" näher betrachtet werden. — Auch wurde von mehreren Anwesenden geklagt, daß Lehrer in den Fachschulen während des Unterrichts die Schüler vor den Eintritt in den Lehrlingsverein warnen, weil er nur „hetze" und „wühle". Der Vorstand wird diesbezügliche Schritte unternehmen und den Lehrern klarmachen, wozu die Fachschulen da sind. —

Der Kampf in der Elektro-Industrie.

Die Stellung der Vertrauensleute zu dem Ergebnis der letzten Verhandlungen.

Gestern abend befaßten sich die Vertrauensleute der Streikenden und Ausgesperrten mit dem Resultat der Verhandlungen, die am Mittwoch nochmals zwischen den Obleuten der Arbeiter-Ausschüsse und den Direktoren der Elektrizitäts-Gesellschaften geführt worden sind. Wie bereits mitgeteilt, haben die Direktionen erweiterte Zugeständnisse nicht gemacht. Dies bestätigten auch die Teilnehmer an den Verhandlungen bei ihrer Berichterstattung. Es ist von den Direktoren geradezu Wert darauf gelegt worden, auf das bestimmteste zu erklären, daß sie über den Rahmen der bisherigen Zugeständnisse auf keinen Fall hinauszugehen gewillt seien. Dagegen haben sie zugesichert, daß bei Wiederaufnahme der Arbeit Maßregelungen nicht stattfinden und keine betriebsfremden Arbeiter eher eingestellt werden sollen, bevor nicht nach Lage der Betriebsverhältnisse die Streikenden und Ausgesperrten wieder in den Betrieben plaziert worden sind.

Die Zugeständnisse haben jetzt jedoch eine präzisere Auslegung erfahren wie bei den früheren Verhandlungen. So sollen die zugestandenen erhöhten Löhne der Lagerarbeiter im Kabelwerk Schöneweide als Mindestlöhne betrachtet werden und auch die Erhöhung der Akkordsätze für die Schraubendreher um 5—6 Proz. eine Durchschnittserhöhung darstellen. Im übrigen aber haben die Verhandlungen keinen Zweifel darüber gelassen, daß am Sonnabend die Aussperrung auch auf die anderen Betriebe der dem Metallindustriellen-Verbande angehörigen Fabrikanten ausgedehnt werden soll, falls die Arbeiter diese Zugeständnisse bis Freitagabend nicht akzeptieren würden.

Von den Vertretern der Zentralstreikleitung sprachen sich Cohen, Bruns, Brey-Hannover und Zernicke dafür aus, **daß die Vertrauensleute den Streikenden die Wiederaufnahme der Arbeit zu den jetzt formulierten Bedingungen empfehlen möchten.** Begründend führten die Redner aus, daß es ihnen lediglich Pflicht und Gewissen gebieten, als verantwortliche Organisationsleiter den Vertrauensleuten den Vorschlag der Arbeitsaufnahme jetzt zu machen. Maßgebend für diesen Vorschlag sei die rein sachliche Erwägung, daß das wirkliche Kampfobjekt mit den Opfern und Entbehrungen eines ins Ungemessene ausgedehnten Riesenkampfes tatsächlich in keinem Verhältnis stände. Auch müsse den streikenden Schraubendrehern und Lagerarbeitern sehr ernsthaft die Frage vorgelegt werden, ob sie es vor sich selbst verantworten könnten, daß wegen ihrer etwa nochmaligen Ablehnung der wenn auch minimalen Zugeständnisse noch weitere Zehntausende von Arbeitern und Arbeiterinnen aufs Pflaster gesetzt würden. Bei objektiver Würdigung der ganzen Sachlage und bei richtiger Abwägung der Kräfteverhältnisse müsse sich jeder Klardenkende sagen, aus rein taktischen Gründen sei es richtiger, den Abbruch dieses Kampfes jetzt zu empfehlen. Die Wiederaufnahme der Arbeit bedeute auch durchaus keine Niederlage für die Arbeiter, sondern lediglich einen geordneten Rückzug, wie er mitunter auch für die besten Heere zeitweilig notwendig wäre.

In der sehr ausgedehnten Debatte wandte sich ein großer Teil der Diskussionsredner gegen den gemachten Vorschlag, teilweise unter scharfen Angriffen auf die ganze bisherige Taktik der Streikleitung. Vor allem wurden Garantien dafür verlangt, daß auch die Maschinisten und Heizer, sowie sämtliche andere Arbeiter und Arbeiterinnen, die an den Solidaritätsstreiks zugunsten der Ausgesperrten teilgenommen haben, wieder an ihre alten Plätze gestellt würden. Es erfolgten hierzu beruhigende Zusicherungen. **Die vorgenommene geheime Abstimmung aber ergab, daß 326 Stimmen für die Empfehlung der Arbeitsaufnahme und nur 147 Stimmen dagegen waren.**

Damit haben also die Vertrauensleute beschlossen, den Streikenden die Annahme der Zugeständnisse der Direktionen und damit die Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen.

Am heutigen Freitag werden nun die streikenden Lagerarbeiter und Schraubendreher in ihren Versammlungen über Annahme oder Ablehnung des Vorschlags der Vertrauensleute endgültig Beschluß fassen.

Die Maschinisten und Heizer

nahmen gestern abend in einer vollzählig besuchten Versammlung einstimmig folgende Resolution an:

Die heutige Versammlung der Maschinisten und Heizer fordert ihren Verbandsvorstand auf, bei der Centralstreikkommission dahin zu wirken, daß, sollte die Arbeit in den Elektrizitätswerken wieder aufgenommen werden, die anderen Verbände ihre Kollegen die Arbeit nicht eher aufnehmen lassen, bis alle Maschinisten und Heizer wieder an ihre alten Plätze eingestellt sind.

An der komischen Oper am Schiffbauerdamm

haben heute sämtliche Bauarbeiter die Arbeit niedergelegt und zwar handelt es sich darum: Aus Schwerin wurden acht Arbeitswillige herübergeholt, um die elektrischen Leitungen zu machen. Die Bauarbeiter verlangten, daß die Streikbrecher nicht auf dem Bau arbeiten sollten. Da diesem Verlangen nicht nachgegeben wurde, haben sämtliche Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Die acht Arbeitswilligen arbeiten noch.

Die Firma Gebrüder Siemens u. Co. in Charlottenburg

soll, wie in einer Versammlung des Fabrikarbeiter-Verbandes zu Charlottenburg berichtet wurde, unter Zahlung von 80 000 M. Konventionalstrafe aus dem Kühnemänner-Verbande ausgetreten sein und ihren Arbeitern eine Lohnzulage zugebilligt haben. Die Firma ersucht uns, unseren Lesern mitzuteilen, daß diese Angaben unrichtig sind. Sie sei aus dem Verband der Berliner Metallindustriellen nicht ausgetreten, habe demgemäß auch keine Konventionalstrafe gezahlt und sei bis jetzt überhaupt nicht in der Lage gewesen, an irgend einem Tage Arbeiter aussperren zu sollen.

Herr Mosse.

Herr Mosse bedenkt uns im „Tageblatt" wieder einmal mit einer Blütenlese von Höflichkeiten wegen unseres die Berliner Elektrizitäts-Aussperrung behandelnden Artikels in unserer Mittwochsausgabe. Unsere Ausführungen müssen also den Nagel auf den Kopf getroffen haben. Da Herr Mosse sich ihnen gegenüber nicht anders zu helfen weiß, greift er, wie stets in solchen Fällen, zu persönlichen Verdächtigungen und Unterstellungen. Dabei passiert dem Blatt des Herrn Mosse das Mißgeschick, in seinem ohnmächtigen Zorn uns als ein dem „Kapitalisten" Singer dienstbares Blatt zu bezeichnen. Herr Mosse vom „Tageblatt" ist aber selbst Kapitalist. Herr Mosse, der Großkapitalist, täte besser daran, damit zu beginnen, vor der eigenen Tür zu kehren. Es ist noch nicht allzu lange her, daß die Angestellten des Herrn Mosse in unserem Blatt bittere Klage über „konstitutionelle Unzuträglichkeiten" im Verkehr zwischen der Firma Mosse und ihren Arbeitern führen mußten. Im „Tageblatt" oder in der „Volkszeitung" dürfen sie das natürlich nicht. Wer im Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Kattowitz, 12. Oktober. (Privat-Depesche des „Vorwärts".) Pole 23 200, Zentrum 8102, Nationalliberal 7614, Sozialdemokrat 4780. **Korfantz gewählt.**

Berlin, 12. Oktober. Amtliche Meldung. Heute am 12. Oktober mittags streifte eine offenstehende Wagentür des Steinschlagzuges, der zwischen Erkner und Fangschleuse auf seiner Strecke entladen wurde, den vorüberfahrenden Posener Personenzug. Dabei wurden die Türgriffe 2. Klasse abgerissen und mehrere Fensterscheiben zerbrochen. Durch die umherfliegenden Splitter wurden zwei Reisende, Herr Kohn aus Fürstenwalde und Frau Superintendent Riese aus Perleberg, leicht verletzt.

Triest, 12. Oktober. (Meldung des Wiener Telegraphen-Correspondenzbureaus.) Nach einer Meldung aus Port Said stieß der auf der Fahrt von Triest nach Durban begriffene Lloyddampfer „Afrika" mit dem englischen Dampfer „Goentoer" zusammen. Der der „Afrika" zugefügte Schaden ist bedeutend. Auch die „Goentoer" wurde leicht beschädigt. Beide Dampfer konnten die Reise fortsetzen.

Dover, 12. Oktober. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der neue Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie „Amerika" lief auf seiner ersten Reise nach Amerika heute den hiesigen Hafen an. Eine große Menschenmenge erwartete das Schiff am Pier. Der Bürgermeister und andere Amtspersonen begaben sich an Bord des Schiffes. Nach ½ stündigem Aufenthalt fuhr der Dampfer wieder ab, nachdem er 143 Passagiere aufgenommen hatte.

Gibraltar, 12. Oktober. (W. T. B.) Das Werkstattschiff „Assistance" ist in der Tetuanbucht gestrandet. Ein Linienschiff und Schlepper sind zur Hülfeleistung dahin abgegangen. Das Schiff befindet sich wegen des stürmischen Wetters in einer gefährlichen Lage.

Verantw. Redakteur: Paul Büttner, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

28. Sitzung vom Donnerstag, den 12. Oktober, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung um 5½ Uhr. Die Tribünen sind überfüllt.

Die Ausschüsse zur Vorberatung der Anträge Arons betr. die Bildung von 16 (statt 48) Wahlbezirken auch für die 3. Abteilung und betr. die Berechtigung zur unentgeltlichen städtischen Krankenhauspflege sind gebildet; dem ersteren gehören unter anderem die Stadtvv. Borgmann, Bruns und Singer, dem letzteren die Stadtvv. Bernstein, Heimann, Stadthagen (Soz.) an.

Die Wahl des Herrn Kerfin (Soz.) zum Stadtverordneten ist vom Ober-Verwaltungsgericht für ungültig erklärt worden.

Am 9. dieses Monats sind folgende Anträge Dr. Arons und Genossen eingereicht worden:

1. Die Versammlung ersucht den Magistrat, Mittel zu ergreifen, um die Beschäftigung von Feuerwehrleuten aus Anlaß der Aussperrung in der Berliner Elektro-Industrie zu verhindern.

2. Die Versammlung ersucht den Magistrat, aus bereiten Mitteln 500 000 M. zur Unterstützung der Familien der in der Berliner Elektro-Industrie ausgesperrten Arbeiter der beteiligten Arbeiterorganisationen zur Verfügung zu stellen.

Stadtv. **Singer**: Wir haben erfahren, daß behufs Beilegung der Differenzen zwischen den Interessenten Verhandlungen schweben. Da wir keine Neigung haben, in irgend einer Weise störend darin einzugreifen (Beifall), würden wir, wenn der Gegenstand auf der Tagesordnung herankommt, die Absetzung beantragen, unter vollem Vorbehalt unserer Entschließungen als Antragsteller. (Beifall.)

Stadtv. **Cassel** (A. L.): Wir unsererseits hatten beschlossen, diese Anträge noch heute zu verhandeln, weil wir uns ihrer Verhandlung nicht entziehen wollen. Wenn aber Herr Singer es mit Rücksicht auf schwebende Vergleichsverhandlungen für angemessen findet, die Anträge heute abzusetzen, so werde ich dem persönlich zustimmen, denn ich glaube nicht, daß es gut ist, eine Debatte stattfinden zu lassen, wenn Aussicht besteht, die Differenzen durch Verhandlungen zu beenden. (Beifall.)

Ohne Widerspruch wird darauf die Beratung der beiden Anträge von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

Die lebhafte Unterhaltung, welche im Saale herrscht, dauert auch nach diesem Beschlusse fort und übertönt trotz wiederholter Glockensignale des Vorstehers die folgende Verhandlung zeitweise vollständig.

Ueber die Verhältnisse des Berlinischen

Gymnasiums zum Grauen Kloster

und des bei diesem vorhandenen Kommunitätsfonds hat der Magistrat aus Anlaß eines vor beinahe Jahresfrist von der Versammlung zum Beschluß erhobenen Antrages Arons eine ausführliche Denkschrift übersandt, welche auch das betreffs der künftigen Verwaltung des Fonds mit dem Direktor Bellermann neu vereinbarte Statut enthält.

Stadtv. **Wallach** (A. L.) beantragt Ausschußberatung.

Stadtv. **Arons** (Soz.): Im Jahre 1901 fiel der Kommunitätskasse ein großer Geldbetrag, 1½ Millionen, zu durch Verkauf eines Grundstücks. Die Kasse hatte bis dahin keinerlei Statut, es stand aber fest, daß ihre Einkünfte zu Stipendien für befähigte mittellose Schüler Verwendung finden sollten. 1901 waren nun Direktor und Magistrat in schöner Uebereinstimmung der Meinung, daß eine solche Summe unmöglich zu diesem Zweck verwendet werden könnte. Wir haben diese Unmöglichkeit nicht anerkennen können. Eine Million wurde zu anderen Zwecken verwendet, im wesentlichen zu Bauzwecken. Von dieser Sachlage haben wir Jahre hindurch nichts erfahren können; erst 1904 erfolgte eine Vorlage, als sich ergab, daß aus dem Verfahren des Herrn Direktors gewisse Ausgaben erwuchsen, welche durch die Versammlung zu genehmigen waren. Bedauern müssen wir, daß auch in der neuesten Vorlage behauptet wird, der Stadt seien tatsächlich erhebliche Kosten erspart worden, denn diese Vorteile sind eingetreten auf Kosten der Unbemittelten, denen diese Summen mit Recht gehören. Das uns jetzt vorgelegte Statut scheint uns nur zur Kenntnisnahme unterbreitet zu sein; immerhin wäre möglich, in dem Ausschuß, für den wir stimmen werden, Aenderungen an diesem Statut vorzunehmen. Wir müssen vor allem dagegen protestieren, daß der Magistrat als Patron der Anstalt bezeichnet wird. Das Patronat über Kirchen ist ein völlig anderes als das Patronat über eine Schule. Das „Graue Kloster“ ist ein städtisches Gymnasium wie alle anderen, nur daß man ihm die Rechte einer juristischen Person belassen hat. Was den Inhalt des Statuts betrifft, so hätte ich für richtiger gehalten, wenn der Magistrat Mittel und Wege gefunden hätte, das für 850 000 M. erworbene bisher ertragloze Grundstück selbst zu übernehmen. Die Stadt würde damit gewiß ein gutes Geschäft machen und dazu besser in der Lage sein als die Kasse. Vielleicht kommen wir im Ausschuß in diesem Punkte zu einem positiven Ergebnis. Auch muß geprüft werden, ob es richtig ist, Stiftungsfonds auf Grundstücke außerhalb Berlins, z. B. in Dalldorf, hypothekarisch anzulegen, wie es jetzt der Fall ist. Empört hat uns seinerzeit die seltsame doppelte Buchführung über das Vermögen der Kasse durch den Direktor und die städtische Hauptstiftungskasse. Jetzt soll die Verwaltung der Kasse dem Direktor und den beiden ältesten Professoren übergeben werden, so daß der Magistrat gar nichts mitzureden hätte! Damit können wir auch nicht einverstanden sein. Besondere Bedenken haben wir gegen die neue Bestimmung, daß die Schüler der Anstalt mindestens ein halbes Jahr derselben angehören sollen, ehe sie Anspruch auf Unterstützung aus dem Fonds hätten. Damit ist die Möglichkeit, Kinder von der Volksschule dem Gymnasium zuzuführen, aufgehoben! Wir schließen uns dem Antrage auf Einsetzung eines Ausschusses von 15 Personen an. (Beifall.)

Stadtv. **Wallach** hält Ausschußberatung ganz besonders auch aus dem Grunde für notwendig, um die vom Direktor Bellermann gegebene Abrechnung einer gründlichen Kritik zu unterziehen. Er legt dann ausführlich dar, daß u. a. die Herstellung des Lehrer-Wohngebäudes, wie sie unter Verantwortung des Direktors Bellermann erfolgt sei, sehr stark zur Bemängelung herausfordere, und daß die Verwaltung des Kommunitätsfonds nicht stiftungsgemäß wahrgenommen werde. Es liege ihm natürlich jede Absicht des Angriffs fern; für die unhaltbaren Zustände sei der Magistrat verantwortlich zu machen.

Nachdem Stadtsyndikus **Weise** den Magistrat gegen die Vorredner in Schutz zu nehmen versucht hat, wird nach dem Antrage Wallach beschlossen.

Die Zweckmäßigkeit der Verlegung des Friedrichs-Gymnasiums in die Räume des bisherigen Friedrichs-Realgymnasiums in der Albrechtstraße wird von den Stadtvv. **Esmann** (Fr. Fr.) und **Rosenow** (N. L.) bestritten. Stadtschulrat **Michaelis** ist der Meinung, daß sich in der beantragten Ausschußberatung die vorgebrachten Zweifel beseitigen lassen werden. Stadtschulrat **Gerstenberg** tritt ebenfalls den Zweiflern entgegen, wobei er sich auf seine achtjährige Erfahrung als Direktor der Anstalt in der Albrechtstraße beruft. Nachdem Stadtv. **Cassel** noch empfohlen hat, daß der Ausschuß seine Beratung an Ort und Stelle abhalten möge, wird ein Ausschuß für die Vorlage eingesetzt.

Zur Verhandlung steht hierauf der Antrag Arons:

Die Versammlung ersucht den Magistrat, die

Errichtung von Waldschulen

für schwächliche Kinder in Erwägung zu ziehen, und sieht einer bezüglichen Vorlage entgegen.

Vom Stadtv. **Jacobi** (A. L.) ist Ausschußberatung beantragt.

Stadtv. **Heimann** (Soz.): Unser Antrag ist schon in der letzten Sitzung vor den Ferien in Gestalt einer Resolution hier zur Sprache gebracht worden. Aus Geschäftsordnungsgründen, die wir unsererseits nicht für stichhaltig ansehen, wurde damals die Debatte darüber nicht zugelassen. Bekanntlich hat Charlottenburg vor zwei Jahren als erste Kommune eine sogenannte Waldschule errichtet. Zweifellos ist es für jede Gemeinde von größter Wichtigkeit und größtem Interesse, sämtlichen Gemeindeschülern das nötige Maß von Wissen und Bildung zukommen zu lassen und dieses planmäßig abzuschließen und nicht an irgend einer Stelle abzubrechen. Gerade in diesem Punkte aber ist es bei uns und anderswo schlecht bestellt. Wiederholt ertönt lebhafte Klage darüber, daß ein so großer Prozentsatz der Volksschüler die Schule verläßt, ohne das Ziel der Schule erreicht zu haben. Man gibt zum Teil dem achtklassigen Schulsystem die Schuld. Demgegenüber hat schon Kollege Borgmann mit Nachdruck hervorgehoben, daß nicht sowohl dieses System, als die Ueberfüllung der unteren Aufnahmeklassen die Schuld an diesem Uebelstand trägt. Daneben kommt in Betracht, daß sehr viele unserer Volksschüler in so schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen leben oder von Hause aus so schwächlich sind, daß man sie als minderwertig bezeichnen muß. Um diesen körperlich etwas aufzuhelfen, ist man in vielen Gemeinden zu den sogenannten Ferienkolonien übergegangen. Die Zahl der Kinder, die einer Erholung bedürfen, ist aber stets unendlich viel größer als die Zahl der in diesen Kolonien vorhandenen Plätze. Sehr viele Kinder bleiben also unversorgt. Der Ausweg der Vor- und Nachkolonien hat wieder den Nachteil, daß die Kinder wochen- und monatelang der Schule entzogen und unfähig werden, die entstandenen Lücken jemals auszufüllen. Alle diese Verhältnisse haben in Charlottenburg gründliche Erwägung gefunden und zur Einrichtung der ersten Waldschule geführt. Der Stadtschulrat Neupert äußert sich über die Ergebnisse sehr günstig, namentlich auch über die gute Wirkung der geringen Klassenfrequenz von 20. (Redner zitiert einzelne Abschnitte des betreffenden Berichts.) Auch die Schulärzte sind von den Erfolgen sehr befriedigt. Die äußere Einrichtung der Waldschule habe ich schon im Juni geschildert, die Schule wird auch von den Charlottenburger Herren gern gezeigt. Die Kinder bleiben von früh 7½ Uhr bis Sonnenuntergang in der Schule und erhalten täglich fünf Mahlzeiten. Die Kosten der ersten Einrichtung betrugen 21 000, die laufenden Kosten für die ersten drei Betriebsmonate 9380 M. Wir wollen mit unserer Resolution anbahnen, daß dem guten Beispiele Charlottenburgs Berlin bald nachfolgt. Wir sind uns wohl bewußt, daß man hier kaum etwas Dümmeres tun kann, wenn man neue Ideen zum Durchbruch bringen will, als auf das Beispiel anderer Städte hinzuweisen. (Hört! Hört! und Heiterkeit.) Trotzdem hebe ich hervor, daß Schuldeputation und Magistrat den Plan des Herrn Neupert sofort einstimmig angenommen haben, und daß die Stadtverordneten-Versammlung den entsprechenden Magistratsantrag auf Bewilligung von 32 000 M. ohne Ausschußberatung votierte, so daß schon nach kaum drei Monaten die Schule mit 95 Kindern eröffnet werden konnte. (Beifall.)

Stadtschulrat **Gerstenberg**: Daß durch die Waldschule eine Abnahme der Frequenz in den unteren Klassen eintreten wird, glaube ich nicht. (Zuruf: Ist ja auch nicht gesagt worden!) Wir gehen planmäßig mit der Verminderung der Frequenz in den untersten Klassen vor. Wir haben 800 Aufnahmeklassen, 700 siebente Klassen; wenn wir auch nur 10 000 Kinder annehmen, die in Waldschulen untergebracht werden sollen, welche Schwierigkeiten würden da entstehen und wie wenig Einfluß auf die Frequenz würde das haben! Die Ferienkolonien dürfen durch die Waldschule nicht geschädigt werden. Was man in Charlottenburg machen kann, können wir in Berlin noch lange nicht. (Bewegung.) Wo soll die Waldschule hin? In den Plänterwald geht es nicht; man könnte an die Rieselgüter oder an Buch denken. Der Gedanke der Kinderheilstätten mit städtischem Unterricht ist mindestens ebenso erwägenswert. Die Ausschußberatung wird die auch uns erwünschte Klärung bringen.

Stadtv. **Jacobi** (A. L.): Wir zeigen gewiß nicht mit Mitteln, zurückgebliebene Kinder zu fördern. Die dem Antrage entgegenstehenden Schwierigkeiten sind aber nicht zu unterschätzen. Wir halten deshalb Ausschußberatung für angezeigt.

Stadtv. **Ullstein** (soz.-fortschr.) ist dem Antrage geneigt und bedauert die scharfe Opposition des Stadtschulrates dagegen.

Stadtv. Prof. **Hartmann** (A. L.) verweist auf die günstigen Resultate der Betätigung der Schulärzte. Für die Walderholungsstätten gebe die Stadt Berlin schon jetzt über 20 000 M. aus.

Stadtv. **Rosenow** fragt, wann denn die Berichte der Schulärzte der Versammlung zugänglich gemacht werden würden.

Stadtschulrat **Gerstenberg**: Bisher liegt erst einer derselben dem Magistrat vor.

Im Schlußwort führt Stadtv. **Heimann** aus, daß es ihm natürlich nicht in den Sinn gekommen sei, zu behaupten, daß durch die Einrichtung der Waldschulen die Frequenz in den Aufnahmeklassen herabgedrückt werde. Was die Platzfrage betreffe, so liege ja auch die Charlottenburger Schule nicht auf städtischem Terrain. Buch komme tatsächlich seiner guten Luft wegen in Betracht, aber auch Tegel, Johannisthal oder die Jungfernheide.

Der Antrag geht an einen Ausschuß.

Hierauf stellt Stadtv. Dr. **Preuß** einen Antrag, die Vorlage wegen der Projekte der

Großen Berliner Straßenbahn

vor den nächsten 19 Gegenständen der Tagesordnung vorwegzunehmen.

Der Magistrat hat den Schriftwechsel zwischen der Großen Berliner Straßenbahn und der Verkehrsdeputation betr. den Antrag auf Erteilung der Konzession für die Unternehmungen der ersteren und der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn auf die Dauer von 90 Jahren und betr. die Herstellung von Untergrundbahnen im Zuge der Leipzigerstraße und der Straße Unter den Linden zur Kenntnis unterbreitet. Wir haben das bez. Material in der Sonntagsnummer vollständig veröffentlicht. Am 9. Oktober hat inzwischen die Direktion der „Großen“ der Verkehrsdeputation geantwortet, daß sie die rechtlichen Schlußfolgerungen der letzteren aus den bestehenden Verträgen nach wie vor als unzutreffend bezeichnen müsse; die Absicht, der Stadtgemeinde den Betrieb von Ende 1919 an als städtisches Unternehmen zu ermöglichen, sei nie zu erkennen gegeben worden, denn sie habe nie bestanden. Die „Große“ vermöge daher das verlangte Anerkenntnis (daß die Stadt zu diesem Zeitpunkt das Unternehmen in eigenen Betrieb zu nehmen berechtigt sei) nicht auszusprechen. — Gleichzeitig teilt sie mit, sie habe dem Schreiben der Deputation „mit Interesse entnommen, daß die geehrte Verkehrsdeputation gern bereit sein würde, die beabsichtigten Umgestaltungen unserer Unternehmungen nach Möglichkeit zu fördern, falls sich nach Prüfung der — inzwischen übersandten — Pläne ihre Nützlichkeit und Ausführbarkeit ergeben sollte“.

Stadtv. **Preuß** meint, die Beratung sollte heute noch erledigt werden, wozu keine Aussicht sei, wenn man in der Tagesordnung fortfahre. In der Bürgerschaft sei die Ansicht verbreitet, daß in dieser Angelegenheit die Versammlung überhaupt zu wenig sich habe vernehmen lassen.

Stadtv. **Cassel**: Die Erörterung des Gegenstandes soll und muß mit aller Gründlichkeit erfolgen; dagegen ist es durchaus unrichtig, daß es Eile hat, die Beratung heute vorzunehmen. Eine Verzögerung entsteht in keiner Weise, wenn die Verhandlung einen Aufschub von 8 Tagen erleidet. Wie diese Versammlung zu dem Schreiben der Verkehrsdeputation steht, darüber wird niemand einen Zweifel haben. Die Klage im Publikum geht auch nicht dahin, daß hier in der Frage zu wenig verhandelt worden ist, sondern dahin, daß hier nicht zeitiger Beschlüsse gefaßt worden sind.

Nach unerheblicher weiterer Debatte beschließt die Versammlung, in der Reihenfolge der Tagesordnung fortzufahren und nimmt schließlich einen Antrag an, wonach die Straßenbahn-Angelegenheit für heute abgesetzt wird.

Zur Entlastung des Blücherplatzes und der Bellealliance-Brücke soll zwischen Mittenwalder- und Alexandrinenstraße eine geradlinige Verbindung von der Blücher- zur Johanniterstraße geschaffen und die Festsetzung der Fluchtlinien tunlichst beschleunigt werden.

Die Versammlung stimmt zu.

Nachdem ohne Diskussion eine weitere lange Reihe kleinerer Vorlagen angenommen sind, schließt die öffentliche Sitzung um 8 Uhr.

Aus der Partei.

Eine Hausagitation unternahm am Sonntag der sozialdemokratische Verein in Breslau. Die Genossen suchten straßenweise die Abonnenten der „Volkswacht“ auf, die noch nicht organisiert waren, um ihnen die Notwendigkeit der politischen Organisation klarzulegen. Diese Tätigkeit war auch insofern von Erfolg gekrönt, als 523 neue Mitglieder gewonnen wurden.

Die Augsburger Genossen haben beschlossen, sich an der diesmaligen Gemeindewahl zu beteiligen. Nachdem bei der letzten Gemeindewahl die Genossen sich wegen zu geringer Aussicht auf Erfolg an der Wahl nicht beteiligt hatten, erscheint diesmal ein Erfolg nicht ausgeschlossen, nachdem das liberale Stadtregiment die Gebühr für Erwerbung des Wahlrechtes ein klein wenig ermäßigt hat.

Zur Taktik der amerikanischen Sozialdemokratie. Seit einigen Monaten wird innerhalb der sozialistischen Partei eine heftige Polemik über die bei Wahlen einzuschlagende Taktik geführt. Viktor Berger, Redakteur des „Socialdemokratie Herald“ von Milwauke, war bei einer lokalen Wahl für den republikanischen Kandidaten eingetreten. Berger wurde hierauf aus dem Nationalkomitee der Partei (Parteivorstand), dessen Mitglied er war, ausgeschlossen. Nach heftigen Auseinandersetzungen hat nun eine Urabstimmung stattgefunden über folgende zwei Fragen: Soll Berger aus dem Nationalkomitee ausgeschlossen werden? und: Sollen die Parteigenossen von Wisconsin aus der allgemeinen Partei-Organisation ausgeschlossen bleiben, bis sie sich den allgemein geltenden Grundsätzen bezüglich der Organisation 2c. gefügt haben? Die erste Frage wurde mit 4718 gegen 4215 Stimmen verneint, die zweite mit 4518 gegen 4496 Stimmen bejaht. Die Genossen von Wisconsin haben selbst an der Abstimmung teilgenommen und in beiden Fällen zirka 1000 Stimmen zu Bergers und ihren Gunsten in die Wagschale geworfen. An der Abstimmung nahmen zirka 60 Prozent teil. Die Partei-Organisation von Wisconsin hat gegen die Abstimmung Protest eingelegt, weil diese dem Statut widerspreche.

Ein treuer Genosse und eifriger Gewerkschaftler ist vorige Woche in Köln in der Person des Hutmachers Wilhelm Kinzel zu Grabe getragen worden. Die näheren Umstände des Todes des Genossen Kinzel scheinen uns eine schwere Anklage gegen die Kölner Polizei zu enthalten, die leicht geneigt ist, auf der Straße plötzlich Erkrankte mit Betrunkenen zu verwechseln. Ein Freund und Kollege des Verstorbenen teilt unserem Kölner Parteiblatt über diesen Fall folgendes mit:

„Am Sonntag früh gegen 6 Uhr schickte die Frau meines Kollegen Kinzel zwei ihrer Kinder in meine Wohnung und ließ fragen, ob ich nicht wisse, wo ihr Mann geblieben sei; er sei diese Nacht nicht nach Hause gekommen. Für mich stand sofort fest, daß Kinzel entweder ein Unglück zugestoßen oder er überfallen worden sei, da er stets ein solider und pünktlicher Mensch und zu Ausschreitungen durchaus nicht veranlagt war. Kurz nach 9 Uhr erfuhr ich auf dem Polizeipräsidium auf meine Nachfrage und nachdem ich das Portemonnaie Kinzels, das nach meiner Schätzung etwa 80 bis 100 M. an vereinnahmten Vereinsgeldern enthalten haben mußte, und den vorgelegten Schlüsselbund gesehen hatte, daß Kinzel die Nacht auf dem Präsidium zugebracht hatte. Gleichzeitig wurde mir dort mitgeteilt, daß der Gesuchte soeben ins Augustahospital übergeführt worden sei. Im Augusta-Hospital fand ich Kinzel noch vollständig ohne Bewußtsein im Bette liegend, und der diensttuende Arzt erklärte mir, Kinzel sei gerade ins Hospital eingebracht worden, er sei dem Polizeipräsidium als total betrunken auf der Straße aufgefunden übergeben worden. Nach einer ziemlich eingehenden Untersuchung konstatierte der Arzt Gehirnschlag. Ich protestierte natürlich sofort dagegen, daß Kinzel betrunken gewesen sein könne. Der Arzt erklärte jedoch, er könne nichts anderes sagen, als was ihm mitgeteilt worden sei. Weitere Untersuchungen ergaben aber, daß sich kein Alkohol im Körper des Patienten befand.

Der Sachverhalt ist nun folgender: Kinzel verließ am Sonnabend gegen halb 10 Uhr, nachdem er als Kassierer des Zentralvereins deutscher Hutarbeiter seine Kassenstunde beendet hatte, das Lokal zur Glocke auf dem Waidmarkt, um nach Hause zu gehen. Alkoholische Getränke hatte er nicht genossen! Weit ist er nicht gegangen, denn an der Ecke der Hohepforte und Agrippastraße ereilte ihn schon das Unglück, und trotzdem er seinen Kollegenkreis in völlig nüchternem Zustande verlassen hatte, wurde er als total Betrunkener dem Polizeipräsidium übergeben, als solcher bis zum anderen Morgen liegen gelassen und dann erst, da er noch nicht zum Bewußtsein gekommen — in welchem Zustande er auch, nebenbei bemerkt, verblieb, bis er in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch seinen Geist aufgab — ins Hospital gebracht. Es ist dies jedenfalls eine Handlungsweise, die scharf gerügt werden muß und die Polizei schwer belastet. Wäre hier zeitig genug ärztliche Hülfe zur Stelle gewesen, es wäre fraglich, ob dies Mißgeschick zu einem so schnellen und traurigen Ende geführt und die Familie in so großes Elend gekommen wäre. Hierbei ist noch weiter zu erwähnen, daß Kinzel mehrere Legitimationen über seine Person bei sich führte, aber weder auf dem Präsidium noch im Hospital fand man es der Mühe wert, danach zu sehen, man nahm ihm lediglich Geld und Schlüssel ab.“

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Echt sächsisch. Aus dem sächsischen Versammlungsleben wird wieder ein originelles Stückchen bekannt. Im Schützenhause zu Annaberg sollte eine Buchbindereiarbeiter-Versammlung stattfinden. Als die Versammlungsbesucher erschienen, war im Saale noch nichts vorgerichtet, auch kalt war es, da nicht geheizt worden war. Das Versäumte wurde nachgeholt, auch ein Ofen geheizt. Etwa zehn Minuten vor der zum Beginn der Versammlung angesetzten Zeit erschien der zur Ueberwachung beorderte Beamte. Er fand die Temperatur im Saale zu ungemütlich und erklärte dem Einberufer und dem als Referenten anwesenden Gauleiter für Sachsen vom deutschen Buchbinderverband, es sei zu kalt im Saale, da könne er nicht schreiben. Es wurde der Vorschlag gemacht, den Beginn der Versammlung um eine halbe Stunde hinauszuschieben; während dieser Zeit könne auch der zweite Ofen geheizt werden. Darauf ging aber der Beamte nicht ein. Er sagte kurz, er lasse die Versammlung nicht stattfinden (!) und wenn doch versucht würde, die Versammlung stattfinden zu lassen, so werde er sie einfach auflösen (!!). Die Versammlung konnte nicht abgehalten werden. Was ist da weiter dabei. Wenn den Ueberwachenden friert, wird die Versammlung einfach verboten. Das ist eben einfach sächsisch!

Aus Industrie und Handel.

Kanonenfabrikation.

Die Beendigung des russisch-japanischen Krieges und der durch sie entfachte Eifer für Neurüstungen hat den Kruppschen Werken große Aufträge eingebracht. Die Gußstahlfabrik in Essen ist augenblicklich mit so reichlichen Aufträgen versehen, daß der Betrieb noch

nie flotter ging. Auch in der ersten großen Aufschwungsperiode der Firma, in den Jahren nach dem deutsch-französischen Kriege, war der Geschäftsgang nicht reger als jetzt. Nach der Aufnahme vom 1. April 1904 betrug die Gesamtzahl der auf allen der Firma Krupp gehörigen Werken tätigen Arbeiter und Beamten 45 289; am 1. April 1905 war die Zahl 55 816. Davon waren auf dem Hauptwerk in Essen 29 903 beschäftigt, gegen 25 041 im Vorjahre. Wöchentlich werden in dem Kanonenressort an 2 oder 3 Tagen je einige Ueberstunden gemacht. In den Hammer- und Walzwerken ist allgemein Doppelschicht mit verstärkter Belegung eingeführt. Die Aufträge an Kriegsmaterial sind so erheblich eingelaufen und müssen auch wohl noch derart umfangreiche Bestellungen in Aussicht gestellt sein, daß die Errichtung einer neuen Kanonenwerkstatt geplant wird. In dem Kanonenressort herrscht Mangel an Spezialarbeitern. Der Bedarf an Hülfsarbeitern kann durch den Zentralarbeitsnachweis des Etablissements reichlich gedeckt werden.

Die Firma Krupp hat sich als eine der ersten die Vorteile des kombinierten Betriebes zunutze gemacht. Seit 1863 besitzt sie eigene Gruben und Hochöfen; die große Kohlenzeche „Hannover" bei Gelsenkirchen mit etwa 4000 Arbeitern erwarb Krupp 1868. Das Martinverfahren führte die Firma 1869 ein. 1889 kaufte sie die Kohlenzeche „Sülzer und Neuack" mit guter Kokskohle. 1892 gliederte sich das Grusonwerk bei Magdeburg der Gußstahlfabrik an, womit eine bedeutende Anlage für die Weiterverarbeitung und Fertigfabrikation gewonnen wurde. 1896 kam die Schiffswerft und Maschinenbau-Anstalt „Germania", Berlin und Kiel, hinzu; damit wurde Krupp unabhängig von den Schiffbau-Anstalten und trat in die Reihe der großen Schiffbauer ein. Nachher ist noch das große Hochofenwerk „Rheinhausen" errichtet worden, das seit 1904 zu einem modernen Stahl- und Walzwerk ausgebaut ist und vier der größten Hochöfen besitzt. Zu der Gußstahlfabrik, dem Mutterwerk, gehören jetzt drei Kohlenzechen im Ruhrgebiet, zahlreiche Eisensteingruben in Siegen-Nassau, Lothringen und in Spanien, Kalkstein- und Dolomitgruben am Mittelrhein, vier Hüttenwerke mit Hochöfen, Bessemer-, Thomas-, Martin- und Siemensöfen, Eisengießereien, Walzwerken und Maschinenbauabteilungen in Rheinland-Westfalen; ferner die Maschinenbau- und Schiffsbauwerke in Magdeburg, Kiel, Berlin. Die Firma Krupp hat sich so gut wie unabhängig von den Rohstofflieferanten gemacht; in ihren Werken wird das eigene Erz verarbeitet bis zum restlos vollendeten Fertigfabrikat. In den Kruppschen Werken ist die zurzeit vollkommenste Gestalt eines gemischten kombinierten Betriebes erreicht.

Die Maschinenbauanstalt Humboldt in Kalk bei Köln schließt ihr Geschäftsjahr 1904/05 mit einem guten Ergebnis ab. Der in der gestrigen Aufsichtsratssitzung vorgelegte Abschluß weist einen Betriebsgewinn von 1 898 196 M. gegen 1 673 400 M. im Vorjahre auf. Nach Bestreitung der Unkosten sowie Abschreibungen in Höhe von 402 109 (390 103) M. verbleibt ein Reingewinn von 868 062 (452 041) M. Es wird eine Dividende von 7 Proz. (i. V. 5 Proz.) verteilt.

Außerdem wurde beschlossen, eine Erhöhung des Aktienkapitals um nominal 4 500 000 M. durch Ausgabe von ab 1. Juli 1905 dividendenberechtigten Aktien vorzuschlagen, von welchen den Aktionären durch Vermittelung des A. Schaaffhausenschen Bankvereins etwa 4 000 000 M. zufallen.

Die Verhandlungen über den neuen russischen Riesenpump, die die bisher in Petersburg stattfanden, haben noch immer zu keinem Ergebnis geführt und sollen deshalb in Paris fortgesetzt werden. Wie die „Frankf. Ztg." aus Petersburg meldet, handelt es sich um eine 4prozentige Anleihe von 2 Milliarden Frank. Hiervon sollte anfänglich Frankreich 1200 Millionen übernehmen, jedoch sei von der französischen Regierung der Wunsch ausgesprochen worden, den Betrag auf 900 Millionen Frank herabzusetzen. Von derselben Seite wünschte man auch die Zurückzahlung der seinerzeit in Deutschland begebenen Schatzscheine im Betrage von 300 Millionen Mark. Der Restbetrag der ganzen Anleihe würde auf Deutschland, Holland, England und Amerika entfallen. An Stelle von Rothschild solle das Bankhaus Baring Brothers in London in das Uebernahme-Konsortium eintreten und an Stelle von Lippmann Rosenthal u. Co. in Amsterdam die Firma Hope u. Co. In Amerika würde Morgan an der Emission teilnehmen. Vorläufig gehen die Ansichten über die Modalitäten der Anleihe-Emission noch weit auseinander. Man beabsichtigt, für die verschiedenen Länder verschiedenartige Bedingungen festzusetzen, damit nicht wieder besonders Amerika und England die dort gezeichneten Beträge auf andere Länder abschieben können. Die deutschen, holländischen und englischen Beteiligten möchten die Emission wegen der schwierigen Geldverhältnisse bis Januar verschieben, während die französische Gruppe für sofortige Subskription ist. Es sei, heißt es in der Meldung der „Frankf. Ztg.", leicht möglich, daß sich die Besprechungen noch in die Länge ziehen werden, wodurch sich naturgemäß der gegenwärtige Stand der Verhandlungen verändern könnte.

Neue japanische Anleihe. Auch Japan sucht, wie schon seit längerer Zeit bekannt ist, eine neue Anleihe aufzunehmen, und zwar sollen nach einer Londoner Meldung die Verhandlungen bereits so weit gediehen sein, daß der Abschluß bevorsteht, wenn er nicht gar schon erfolgt ist. Wie der „Frankf. Ztg." berichtet wird, steht an der Spitze des internationalen Bankenkonsortiums, das die Anleihe auflegt, das Londoner Haus Rothschild. Auch der Brüsseler „Moniteur des Intérêts" nennt als führende Firmen die Häuser Rothschild in London und Paris. Ferner sollen vornehmlich die Hongkong and Shanghai Banking Corporation, die Parr's and Alliance Bank und die Yokohama and Specie Bank beteiligt sein.

Wie hoch sich die neue Anleihe stellt, ist noch nicht bekannt, niedrig wird jedoch die Summe kaum sein. Zum mindesten wird sie auf 30 Millionen Pfund Sterling (zirka 600 Millionen Mark) veranschlagt. Die Schuldenlast Japans schwillt dadurch immer mehr an. Sie beträgt ohnehin schon 1870 Millionen Yen (ungefähr 3927 Millionen Mark) und zu ihrer Verzinsung sind jährlich über 200 Millionen Mark erforderlich. Da trotz der in den letzten Jahren eingeführten Monopole die Jahreseinnahmen Japans nur zirka 300 Millionen Yen betragen, hat also schon jetzt Japan fast ein Drittel seiner Reichseinnahmen für den Zinsendienst aufzuwenden.

Indiens Baumwollernte. Nicht nur in den Vereinigten Staaten von Amerika haben sich die Aussichten der Baumwollernte wesentlich günstiger gestaltet, auch in Indien rechnet man mit einem guten Ertrag. Der Direktor der Abteilung für Landwirtschaft in den Zentralprovinzen erhofft für dieses Jahr eine sehr ergiebige Baumwollernte. Man berechnet, daß dieses Jahr 8 Proz. mehr Land mit Baumwolle bepflanzt worden sind, als im vorigen Jahr. Das späte Einsetzen des Monsuns hat zur Folge gehabt, daß die Aussaat später als sonst stattgefunden hat, im übrigen sind jedoch die Aussichten gute.

Gewerkschaftliches.

„Christlich-nationale" Arbeiterführer.

Der neugewählte Reichstags-Abgeordnete für Essen, Herr Giesberts, hatte sich in seinen Wahlreden mächtig gerühmt als prinzipieller Freund und praktischer Förderer der Tarifverträge. Unser Genosse Hue teilte darauf mit, die „Westdeutsche Arbeiterzeitung" des Herrn Giesberts sei bis 1900 von unorganisierten Setzern in einer tarifwidrigen Druckerei hergestellt worden, obgleich Giesberts in seiner Zeitung schon vor 1900 den Buchdrucker-Tarif als nachahmenswert und unterstützungswert gerühmt habe. Herr Giesberts stritt diese Darstellung nicht nur ab und nannte Genossen Hue einen „Lügner", sondern bestellte sich auch ein „Oeffentliches Dankschreiben" von dem Setzerpersonal der „Westd. Arbeiterzeitung" des Inhalts: Giesberts sei stets ein eifriger Tariffreund gewesen, was Hue behaupte, sei unwahr.

Diesem Dementi hat nun die Versammlung des Ortsvereins M.-Gladbach, Verband der deutschen Buchdrucker, einen kalten Wasserstrahl folgen lassen. In der Buchdruckerversammlung wurde konstatiert, daß nicht etwa schon 1900, wie Hue angenommen, sondern erst ab 1902 die Druckerei des Giesbertschen Organs den Buchdrucker-Tarif anerkannt hat! Also hat Herr Giesberts noch zwei Jahre länger den „unentwegten" Befürworter des Buchdrucker-Tarifs und den unerbittlichen Kritiker der tarifwidrigen Druckereien gespielt, obgleich ihm bekannt war, daß sein eigenes Blatt tarifwidrig hergestellt wurde. Die M.-Gladbacher Buchdruckerversammlung beschloß folgende Resolution:

„Die heutige Versammlung des Ortsvereins M.-Gladbach des Deutschen Buchdrucker-Verbandes hält die von Herrn Hue aufgestellte Behauptung, daß die „Westdeutsche Arbeiterzeitung" seinerzeit (bis zum Jahre 1902) in einer nicht tariftreuen Druckerei von nichtorganisierten Gehülfen hergestellt wurde, **vollständig als der Wahrheit durchaus entsprechend, aufrecht;** sie erklärt sich mit der von neun Kollegen der „Westd. Arbeiterztg." abgegebenen, in der „Essener Volksztg." veröffentlichten Erklärung nicht nur nicht einverstanden, sondern verurteilt dieselbe ganz entschieden."

Damit ist Herrn Giesberts attestiert, daß er wissentlich die Unwahrheit verbreitet und Personen der „Lüge" bezichtigt hat, die die Wahrheit sagten. Giesberts ist ein waschechter Zentrumsmann.

Ein noch schöneres Früchtchen „christlich-nationaler" Arbeitererziehung ist der Zentrums-Abgeordnete A. Brust, bis vor dreiviertel Jahren Vorsitzender des „Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften Deutschlands". Dieser Mustermensch ist bekanntlich plötzlich als Vorsitzender des christlichen Bergarbeitergewerkvereins abgesägt worden. Die Generalversammlung des Gewerkvereins setzte ihm überraschenderweise 1500 Mark Jahrespension aus, ohne daß dies in den Gesundheits- oder Vermögensverhältnissen begründet wäre. Jetzt kommt heraus, warum Brust die 1500 Mark erhält. Der durch den Generalstreik bekannt gewordene christliche Gewerkvereinssekretär Effert hat nämlich erklärt: „Brust bekommt das Geld, solange er den Mund hält!"

Worüber Brust den Mund halten soll, hat er angedeutet in einer internen Versammlung von Gewerkvereinsmitgliedern; hier sagte Brust gegenüber den Vorwürfen, die ihm wegen seiner Vereinsführung gemacht wurden:

„Sie dürfen nicht glauben, daß ich die von mir geschaffene Schöpfung (!) so leicht verlasse. Ich habe auch Minen gelegt, die zur gegebenen Zeit platzen werden!!! . . .

„Wenn ich reden will, ich habe Briefe von vor zehn Jahren, die ich als Waffe benutzen kann. (!!!) Aber schweigen wir lieber davon im Interesse des Gewerkvereins."

Das läßt tief blicken. Ohne Zweifel wird Brust manchen Beitrag liefern können zur Naturgeschichte der Arbeiterpolitik des Zentrums. Da er aber nun 1500 Mark bekommen, wird er wohl dafür den Mund halten.

Welche sittliche Höhe die „christlich-nationalen" Arbeiterführer erkletterten, erhellt die Ausplauderung eines anderen christlichen Bergarbeiterführers, der Herrn Brust vorwarf: er habe gesagt: „Ein Arbeiterführer darf niemals die Wahrheit sagen, auch wenn er unrecht hat!!!" Brust erwiderte, mit diesem Sittenkodex müßten seine Ankläger doch wohl nicht unzufrieden gewesen sein, denn sie hätten ihm (Brust) vor wenig Monaten noch Gehaltserhöhung angeboten! Das ist ja eine saubere Sippschaft. Diese Enthüllung erlangt aber erst die rechte Bedeutung für die Oeffentlichkeit, indem ferner herauskommt, daß Brust gegangen wurde, weil sein „Ton" zu rauh sei. Darauf verteidigte sich Brust mit folgenden klassischen Worten:

„Der Ton, den ich im „Bergknappen" (Organ der christl. Bergleute) schrieb, ist nötig, um die christlichen Arbeiter von der Sozialdemokratie fernzuhalten. Wenn die Sozialdemokraten nicht so geschildert werden, dann gehen die christlichen Arbeiter über zur Sozialdemokratie. (!!!) Die Sozialdemokraten machten dann noch mehr Fortschritte."

Mit diesem Eingeständnis halte man zusammen das andere, Brust handele nach dem Grundsatz, nicht die Wahrheit zu sagen, auch wenn er unrecht habe, dann hat man einen herrlichen Zusammenklang von Zynismus, bewußter Lüge, roher Beschimpfung, wissentlicher Entstellung der sozialdemokratischen Prinzipien. Der Mann, der sich selbst so charakterisiert, ist der am meisten gerühmte „christlich-nationale" Arbeiterführer und Mitglied der Zentrums-Fraktion im preußischen Landtag.

Berlin und Umgegend.

Lohnbewegung der Gips- und Zementarbeiter. Am Donnerstag vormittag tagte in Kellers Saal eine außergewöhnlich stark besuchte Generalversammlung der Sektion der in der Gips- und Zementbranche beschäftigten Arbeiter. Der Branchenleiter Fritzsch erstattete Bericht über die Verhandlungen, welche nach der Sonntagsversammlung mit den Unternehmern stattgefunden haben. Der Referent konnte mitteilen, daß nach längeren Debatten mit den Vertretern des Betonvereins eine Vereinbarung zustande gekommen ist, wonach die Unternehmer in allen wesentlichen Punkten das bewilligen, was die Arbeiter in der Sonntagsversammlung als die äußerste Grenze ihrer Forderungen bezeichnet haben. Der Betonverein ist demnach bereit, einen Vertrag auf zwei Jahre abzuschließen, nämlich bis zum 1. Oktober 1907. Unter dieser Voraussetzung sollen folgende Lohnsätze sofort in Kraft treten: Luginoputzer 95 Pf., Rabitzputzer 88 Pf., Spanner 72 Pf., Zementierer und Flechter 70 Pf., Einschalter 60 Pf., Luginoträger 75 Pf., Putzerträger 70 Pf., Arbeiter für Beton 53 Pf., sonstige Hülfsarbeiter 50 Pf. Diese Sätze sollen bis zum 1. April 1906 gelten, von da bis zum 1. Oktober 1907 sollen folgende Löhne gezahlt werden: Luginoputzer 95 Pf., Rabitzputzer 90 Pf., Spanner 75 Pf., Zementierer und Flechter 72½ Pf., Einschaler 62½ Pf., Luginoträger 75 Pf., Putzerträger 72½ Pf., Arbeiter für Beton 55 Pf., sonstige Hülfsarbeiter 50 Pf. — Diese Vereinbarung bedeutet, daß die von den Arbeitern geforderte Lohnerhöhung für die Luginoputzer, Luginoträger und sonstigen Hülfsarbeiter sofort bewilligt werden, während die übrigen Kategorien zunächst die Hälfte, und vom 1. April ab die andere Hälfte der geforderten Lohnerhöhung erhalten. Die für die Gipsbranche geforderte Verkürzung des Arbeitstages auf 8½ Stunden ist gleichfalls bewilligt.

Fritzsch sowie andere Mitglieder der Streikleitung empfahlen den Abschluß eines Vertrages auf der angegebenen Grundlage. Sie seien überzeugt, daß durch Verhandlungen nicht mehr erreicht werden könne. Das zweijährige Vertragsverhältnis werde Gelegenheit bieten zum Ausbau der Organisation. — Die Redner aus den Reihen der Versammlung wandten sich fast ohne Ausnahme gegen den Vorschlag der Streikleitung, besonders wurde gegen den Abschluß eines Vertrages auf zwei Jahre opponiert. Auf so lange Zeit dürften sich die Arbeiter nicht binden, weil ihnen dadurch die Möglichkeit genommen werde, bei weiter steigenden Lebensmittelpreisen entsprechende Lohnaufbesserungen zu fordern. — Nach langer Debatte, und nachdem die Streikleitung nochmals ihren Vorschlag empfohlen hatte, weil der Abschluß des Vertrages unter den angegebenen Bedingungen das günstigste sei, was man nach Lage der Verhältnisse bekommen könne, nahm die Versammlung gegen wenige Stimmen das von der Streikleitung empfohlene Angebot der Unternehmer an. Es wird also ein Vertrag für zwei Jahre abgeschlossen. — Die Versammlung nahm das Ergebnis der Abstimmung mit lebhaftem Beifall auf.

Allgemeiner Streik der Etuiarbeiter Berlins. Ihrem Beschlusse vom Mittwoch entsprechend, haben gestern die Etuiarbeiter Berlins einmütig in allen Werkstätten die Arbeit niedergelegt. Vor Zuzug wird gewarnt.

Die Arbeiterpresse wird um Abdruck dieser Notiz ersucht.

Deutsches Reich.

Der Kampf in der mitteldeutschen Textilindustrie.

Gera, 11. Oktober. (Eig. Ber.) Nach mehrfachen Beratungen sind heute die Fabrikanten der Ortsgruppen Gera vom sächsisch-thüringischen Webereiverband zu dem Beschluß gekommen, ihre Weber auszusperren. Heute nachmittag wurde in den Webereien folgender Anschlag gemacht:

Nachdem bei den Firmen Bardski u. Oeser, W. Theodor Gey, Alfred Münch, Ernst Fr. Weißflog Kündigungen seitens der Arbeiter in größerem Umfange vorgekommen sind, geben wir hiermit bekannt, daß wir uns genötigt sehen,

am 13. Oktober d. J.

gegenüber allen unseren Stuhlarbeitern die **Kündigung für den 27. Oktober** auszusprechen, falls nicht bis **Donnerstag, den 12. Oktober,** abends in den genannten vier Betrieben eine genügende Zahl von Arbeitern sich zur Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses bereit erklärt hat.

Gera, den 11. Oktober 1905.

Verband sächsisch-thüringischer Webereien. Ortsgruppe Gera.
Ruckdeschel, Vorsitzender.

Entsprechend der neueren Taktik des Unternehmertums, Lohnforderungen einzelner Gruppen von Arbeitern mit einer Aussperrung im großen Stile zu beantworten, haben also auch die Fabrikanten beschlossen, den Stuhlarbeitern aller Betriebe (zirka 28) zu kündigen. Bei den Betrieben der Ortsgruppe Gera sind zirka 2800 Weber und Weberinnen beschäftigt, davon haben am vergangenen Freitag 920 gekündigt und werden am 20. Oktober in den Streik eintreten. In den Kreisen der Geraer Weber beiderlei Geschlechts hat man lange gehofft, die Fabrikanten würden einsichtig genug sein, um der Pfennigforderungen der Weber wegen es nicht zum Aeußersten kommen zu lassen. Als alles nichts half, mußte man zur ultima ratio greifen. Wer der entscheidenden Versammlung beiwohnte, wird gefunden haben, daß der Streikbeschluß von den Arbeitern als eine Erleichterung aufgefaßt wurde. Man freute sich, einmal soviel Energie gewonnen und die eigene Gleichgültigkeit überwunden zu haben.

Nun ist der Kampf da; er dürfte bedeutenden Umfang annehmen. Wie die „Geraer Ztg.", das Unternehmerorgan, ankündigt, würde nächste Woche die Kündigung seitens der Fabrikanten in den anderen Ortsgruppen in Greiz und im Voigtland erfolgen. Es dürften dann in den Webereien allein 15 000—18 000 Arbeiter in Frage kommen. In der bürgerlichen Presse regen sich geschäftig alle Federn, die Arbeiter ins Unrecht zu setzen. Die von den Fabrikanten bewilligten Lohnerhöhungen werden ins ungemessene vergrößert, aus dem dürren Spatz wird ein fettes Huhn gemacht, das man jedem Arbeiter in den Topf legen wolle.

Jetzt versuchen die Fabrikanten die Arbeiter gegeneinander sowie gegen die Arbeiterpresse zu hetzen. In der Weißflogschen Weberei bestand eine „Wohltätigkeitskasse", aus der alljährlich die Arbeiter je nach der Länge der Beschäftigung „Prozente" erhielten. Diese Einrichtung war doch wie alle derartigen dazu bestimmt, sich einen festen Stamm von Arbeitern zu sichern, die alles ruhig und willig über sich ergehen lassen, um die „Prozente" nicht einzubüßen. Nachdem aber 80 Prozent der Weber gekündigt haben, hat die Firma diese Kasse schleunigst aufgehoben und diesen Akt mit einem recht harmlosen Artikel in der Arbeiterpresse „motiviert". Nun wollen die Arbeiter erst recht streiken, denn sie wollen keine „Wohltaten", sondern auskömmlichen Lohn.

In den Bürgerkreisen hat es einen schlechten Eindruck gemacht, daß die Fabrikantenorganisation nicht mit der Arbeiterorganisation verhandeln will. Der Webereiverband läßt offiziös erklären: Die Unternehmer wissen wohl, daß es leichter sei, mit der Organisation zum Einverständnis zu kommen und den Frieden herzustellen, allein damit würde nur die Sozialdemokratie gestärkt, und deshalb lehnten die Fabrikanten es ein für allemal ab, mit dem Textilarbeiter-Verbande zu verhandeln, das heißt, möge die Arbeiterschaft und auch die Allgemeinheit noch so schweren Schaden erleiden, wenn nur der Nimbus des Herrentums gewahrt bleibt. Unter diesem Gesichtspunkte gewinnen diese jetzigen Kämpfe an Bedeutung, denn die Arbeiter haben die historische Aufgabe, den Industrie-Absolutismus zu brechen und an dessen Stelle zunächst ein konstitutionelles System zu bringen.

Eine neue Metallarbeiter-Aussperrung.

Der Ausstand, der in der Bielefelder Maschinenfabrik Dürkopp u. Co. ausgebrochen war, hat sich jetzt verschärft, nachdem gestern auch die Anschläger ausständig geworden sind, weil sie keine Streikarbeit verrichten wollten. Der Verein der Bielefelder Fabrikanten beschloß, am 21. Oktober den Betrieb in den Nähmaschinenabteilungen sämtlicher Bielefelder Fabriken zu schließen, wenn die Arbeit nicht bedingungslos wieder aufgenommen wird. Hierdurch würden gegen 7000 Arbeiter ausgesperrt werden.

Die Pflasterer in Köln befinden sich im Streik, da die Unternehmer sich weigern, die geforderten bescheidenen Löhne zu gewähren und da die mit dem Unternehmerverband gepflogenen Verhandlungen hingeschleppt wurden.

Der Kölner Holzarbeiterstreik ist beendet. Die Ausständigen haben am Mittwoch abend beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Es hatte sich ergeben, daß nicht weniger als 57 Proz. der Stellen durch Streikbrecher besetzt waren. Infolge dessen beschloß eine Vertrauensmännersitzung mit 52 gegen 45 Stimmen, den Streikenden die Beendigung des Kampfes zu empfehlen. Eine Versammlung lehnte in geheimer Abstimmung mit 213 gegen 158 Stimmen die Wiederaufnahme der Arbeit ab. Angesichts dieser starken Minderheit beschloß dann aber die Versammlung durch Händeheben gegen wenige Stimmen unter den gegebenen Umständen den Kampf zu beenden. Von den insgesamt etwa tausend Streikenden sind nur vielleicht zwölf zu Streikbrechern geworden. Die Erfolglosigkeit des Kampfes ist lediglich dem Verrat des christlichen Streikbrecherverbandes zu danken. Wir kommen auf die Sache noch zurück.

Der Streik in der Rauchwarenzurichterei und Färberei Louis Walter Nachfl. Akt.-Ges. zu Markranstädt dauert unverändert fort. Es befinden sich, wie zu Anfang, 260 Personen mit zirka 315 Kindern im Ausstande. Trotz der Lockungen der Fabrikleitung ist kein Abtrünniger zu verzeichnen. Dagegen haben sich zur Aushülfe und um den Streikenden in den Rücken zu fallen, Individuen hauptsächlich aus solchen Betrieben der Branche gefunden, über welche von den Kürschnern, Arbeitern und Arbeiterinnen längst die Sperre verhängt ist und großer Arbeitsmangel herrscht. Diese von der Fabrikleitung zusammengeholten resp. sich hier eingefundenen höchst fragwürdigen und minderwertigen Elemente genießen aber die größte Fürsorge der hiesigen Polizei, ebenso auch der königl. preußischen Eisenbahnverwaltung, denn diese Rausreißer erhalten hier in Markranstädt von keinem Einwohner Schlafgelegenheit; infolgedessen müssen sie jeden Abend nach Leipzig und morgens zur Arbeitsstätte zurück die Eisenbahn benutzen. — Auf dem Wege von und zur Bahn werden sie von der hiesigen gesamten Polizei in geschlossenen Trupps transportiert.

Wir warnen dringend vor jedem Zuzug und bitten alle arbeiterfreundlichen Blätter um Abdruck.

Die Streikleitungen. J. A.: Emil Kemnitz.

Der Holzarbeiterstreik in Fürth. Der Beschluß der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Organisation, die Arbeit zu den von den Unternehmern angebotenen Bedingungen — 55½stündige Arbeitszeit

und Abgabe der Versicherung, innerhalb dreier Jahre keine allgemeinen Forderungen mehr zu stellen — wieder aufzunehmen, hat auf den Stand des Streiks keinerlei Einfluß, um so weniger, als sich von den 130 in Betracht kommenden Arbeitern nur 68 dem Beschluß gefügt haben und in die Fabriken zurückgekehrt sind. Vierzig bisherige Mitglieder des Gewerkvereins haben sich dem Holzarbeiterverband angeschlossen, weil sie nunmehr eingesehen haben, daß die Interessen der Arbeiter ernsthaft nur von den freien Gewerkschaften vertreten werden. Trotz seiner zweimonatlichen Dauer steht der Streik immer noch gut, da sich außer den abgefallenen Christlichen und Hirschen nur wenig Streikbrecher gefunden haben.

Ausland.

1800 Arbeiter der Bundesbahnwerkstätten waren am Sonntag in Zürich versammelt zur Besprechung ihrer Arbeits- und Lohnverhältnisse. Nach einem Referat Greulichs, an das sich lebhafte zustimmende Diskussion knüpfte, gelangte eine Resolution zur Annahme, in der gegen die Beschimpfungen der Arbeiter durch die Millionäre in der Bundesversammlung und die Bespitzelung der Eisenbahner protestiert, das Eintreten für den sozialdemokratischen Kandidaten erklärt und sodann gefordert wird: Lohnaufbesserung, Regelung des Akkordwesens, Neunstundentag, Schutz gegen Lohnabzüge bei älteren Arbeitern, bezahlter Ferienurlaub, Einführung einer einheitlichen Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung.

Die Aussperrung im Baugewerbe Amsterdams umfaßt, soweit sich die Ausgesperrten bei der Baufach-Föderation gemeldet haben, 112 „Heier", 210 Maurer, 273 Bauhülfsarbeiter und 7 Fuhrleute. Wie groß die Zahl derer ist, die sich dort nicht gemeldet haben, läßt sich nicht feststellen. — Die dem bekanntlich noch nicht in Tätigkeit getretenen neuen Verband der niederländischen Gewerkschaften provisorisch angeschlossenen Organisationen halten am Sonntag eine Konferenz ab, um über ihre Stellung zu der Aussperrung zu beraten.

Streiks und Lohnbewegungen in Dänemark. Die Wagenführer der Straßenbahn in Aarhus haben am Dienstag mittag die Arbeit eingestellt. Der ganze Straßenbahnverkehr ruht. Die Ursache des Streiks ist Maßregelung eines Wagenführers. Die Bevölkerung ist entrüstet über das rücksichtslose Auftreten der Straßenbahngesellschaft.

Ueber den Streik der dänischen Textilarbeiter sind dieser Tage wiederum Verhandlungen angebahnt worden, und zwar durch die Vorsitzenden des Verbandes der Gewerkschaften und der dänischen Arbeitgeber-Vereinigung. Es ist ein gemeinsamer Ausschuß von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gebildet worden, der Aufklärung über die im Textilgewerbe und verwandten Berufen üblichen Löhne schaffen soll, um damit eine Grundlage für die weiteren Verhandlungen zu gewinnen.

Die Fuhrleute von Kopenhagen haben beschlossen, am 14. Oktober in den Streik zu treten, falls die Fuhrherren sich nicht inzwischen bereit erklärten, in Verhandlungen zur Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzutreten. Nun haben jedoch die Fuhrherren am Montag beschlossen zu verhandeln, wodurch der Streik wahrscheinlich vermieden wird.

Aus der Frauenbewegung.

Frauenarbeit in Amerika.

Der „American Federationist" behandelt in seiner Septembernummer die Frage der Arbeiterinnenorganisation. Zurzeit sind etwas über 100 000 Frauen in Amerika organisiert, das heißt: Mehrere Millionen Arbeiterinnen sind noch nicht Mitglieder irgend einer Organisation!

Unter der Million Landarbeiterinnen kann aus den bekannten Ursachen (örtliche Zerstreutheit, Unregelmäßigkeit der Beschäftigung usw.) von Organisation noch nicht die Rede sein. Aehnlich steht es mit den $1^1/_4$ Millionen Dienstboten, und die Handlungsgehülfinnen und sonstigen Kopfarbeiterinnen sind auch noch so gut wie gar nicht organisiert.

Besser ist es mit den Industriearbeiterinnen bestellt, obwohl auch hier die Verhältnisse so verschieden sind, daß die Organisation in einigen Berufszweigen noch sehr viel zu wünschen läßt.

Während es schwierig ist, die bei Privaten beschäftigten Dienstboten zu organisieren, sind unter den Hotel-, Gasthaus- und Wäscherei-Angestellten immerhin Frauen in nennenswerter Zahl organisiert. Auch die Pförtnerinnen und Scheuerfrauen — besonders die der Dienstgebäude in größeren Städten — sind für die Organisation gewonnen.

Kaum nennenswert ist die Zahl der Organisierten unter den Journalistinnen und Schauspielerinnen — letztere soweit sie in Betracht kommen, die Vorstellungen in Arbeiterkreisen geben!

Es gewinnt den Anschein, als wollten die Lehrerinnen anfangen, sich zu organisieren, und in größeren Städten (wie Chicago z. B.) haben sie sich mit den Trades-Unions verbündet, ohne indessen ihre Selbständigkeit aufzugeben.

Da, wo Frauen in größerer Zahl zusammen arbeiten und einem und demselben Unternehmer dienstbar sind, macht es natürlich viel weniger Schwierigkeit, sie in die Organisation zu bekommen. Sind doch sogar Telegraphistinnen und Telephonistinnen zurzeit organisiert, denen sich allmählich auch die Maschinenschreiberinnen und Stenographistinnen anzuschließen beginnen.

Etwa $1^1/_2$ Millionen Frauen sind in den Fabrikationsbetrieben tätig, davon ungefähr eine halbe Million in Handbetrieben, wo die Organisierung sehr großen Schwierigkeiten begegnet. So gibt es zurzeit etwa 350 000 Damenschneiderinnen und 100 000 Putzmacherinnen, die für die Organisation noch nicht zu haben sind!

Die Textilindustrie beschäftigt gut 300 000 Frauen. Von guter Organisation kann aber selbst in diesem Berufe nur an den Orten die Rede sein, die man speziell als Textil-Orte bezeichnet. Es liegt dies daran, daß unter den amerikanischen Textilarbeiterinnen sich Angehörige zu vieler Nationen befinden: Engländerinnen, Irinnen, Französinnen, Portugiesinnen, Griechinnen, Armenierinnen usw., die zum großen Teile nicht einmal des Schreibens und Lesens kundig sind!

Die Bekleidungsindustrie beschäftigt über 100 000 Frauen, die zum größten Teil als Maschinennäherinnen tätig sind. Hier hat die Organisation im Laufe der Jahre gute Fortschritte gemacht, und je nach den Verhältnissen an den einzelnen Orten sind 10—90 Prozent aller im Berufe beschäftigten Frauen organisiert. Im Schuh- und Stiefelgewerbe sind etwa 50 000 Frauen beschäftigt. Diese Industrie ist vornehmlich in den kleinen Städten von Massachusetts und anderen Städtchen des Westens lokalisiert. Von allen amerikanischen Organisationen hat diese, die Frauen zu denselben Bedingungen aufnimmt wie Männer, die meisten weiblichen Mitglieder. Hervorzuheben wären noch: Druckereigewerbe, Tabak-, Back-, Konditorei-, Pappschachtelindustrie, die insgesamt an 100 000 Frauen beschäftigen, deren Frauenorganisation aber bis jetzt kein erfreuliches Bild bietet, obwohl die in denselben Berufen beschäftigten Männer recht gut organisiert sind.

In der Papier-, Leder-, Handschuh-, Juwelen-, Uhren-Industrie sind je 5000 und mehr Frauen tätig. Mit Ausnahme der Papier-Industrie ist die Frauenorganisation in diesen Berufen recht mäßig, allerdings lassen es hier auch die Männer leider recht sehr an sich fehlen.

Das Resultat der Betrachtung lautet: Es steht fest, daß in absehbarer Zeit fast alle in Maschinenbetrieben tätigen Frauen organisiert werden können. Auch in allen anderen Berufen ist eine bessere Organisation unschwer durchzuführen, wenn erst die Männer in größerer Zahl gewonnen sind und die verschiedenen Organisationen mehr mit einander in Verbindung treten. Nur in der Landwirtschaft und beim Dienstpersonal, soweit es in der Familie und nicht in öffentlichen Betrieben tätig ist, scheint eine Organisierung unter den gegenwärtigen Verhältnissen in absehbarer Zeit undurchführbar.

Schöneberg. Der Verein für Frauen und Mädchen für Schöneberg und Umgegend hielt am 9. Oktober seine regelmäßige Vereinsversammlung im Klubhause ab. Herr Dr. Röder hielt einen Vortrag über: „Lungentuberkulose". Der Vortrag war sehr lehrreich; nach Beendigung desselben wurde dem Redner reicher Beifall gespendet. Es folgte hierauf eine Diskussion. In Vereinsangelegenheiten wurde bekannt gegeben, daß am 4. November in Obsts Festsälen ein Vereinsvergnügen stattfindet. Eintritt für Herren inkl. Tanz 20 Pf., für Damen 10 Pf. Außerdem findet am dritten Weihnachtsfeiertage ein Weihnachtsvergnügen statt. Zur Aufführung gelangt „Der Sultan und seine Kinder". Die Verteilung der Rollen für die mitspielenden Kinder findet Sonnabend, den 14. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im Tunnel bei Obst statt. Aufgenommen wurden in der letzten Versammlung 26 neue Mitglieder.

Soziales.

Christliche Liebestätigkeit von Sozialdemokratie wegen.

Um ihrer selbst willen soll nach der christlichen Lehre Nächstenliebe und Wohltätigkeit geübt werden; wenn auch nicht um ihrer selbst willen, so doch wenigstens nur um Gottes willen rühmen sich alltäglich die Patentchristen Charitas zu üben und wehe dem, der nüchtern prüft, was wirklich die Triebfeder des tugendhaften Tuns ist: er ist ein hämischer Verleumder der edelsten Gemütsäußerungen guter Menschen...

Die „Kölnische Volkszeitung" in Verbindung mit dem Zentrumsabgeordneten Dr. Faßbender erwerben sich jetzt das Verdienst, die wahren Gründe christlicher Liebestätigkeit offen zu bekennen. Dr. Faßbender hat vor einiger Zeit in Dortmund auf einen „Charitastage" geredet. Darüber berichtet jetzt die „Kölnische Volkszeitung" und leitet den Bericht so ein:

> Wer die Berichte der „Köln. Volksztg." über den Berliner Mangel an Seelsorgegeistlichen in den letzten Jahren verfolgt und wer die Tätigkeit der inneren Mission der Protestanten und Heilsarmee usw. mit offenen Augen betrachtet, wird sofort einsehen, ein wie überaus wichtiges Thema von höchst akutem Interesse von Professor Faßbender angeschnitten worden ist. Es ist die behandelte Frage wichtig auch im Kampfe gegen die Sozialdemokratie und wichtig vom allgemeinen politischen Standpunkte aus.

Herr Dr. Faßbender hat eine lange Reihe Leitsätze aufgestellt, in denen er ein mächtiges Bumbum von tatkräftiger Nächstenliebe schlägt, die in wahrer Gottesliebe wurzelt, aber — die Einleitung seiner Leitsätze lautet:

> Gegenüber dem stetig wachsenden Einfluß der durch die Sozialdemokratie genährten Illusionen . . . erscheint es dringend notwendig usw.

Hier wird also von berufener Stelle, nämlich von den Machern selber zugestanden, daß die christliche „Nächstenliebe" geübt wird aus Furcht vor der Konkurrenz der „Nächstenliebe" der anderen Konfession, und in der Absicht, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, aus politischen Rücksichten.

Wenn's den Beglückten was nützt — wir haben nichts dagegen; aber man nenne es doch nicht Nächstenliebe und prunke nicht mit edlen Gefühlen, wo nüchterne Berechnung die einzige Triebfeder des Handelns ist. Auch von Religion sollte man nicht reden bei dem politischen Geschäft; man erweist der Religion keinen Dienst damit.

Bekämpfung des Mädchenhandels.

In Bremen tagt gegenwärtig eine „Nationalkonferenz zur Bekämpfung des Mädchenhandels". Zweck der Konferenz ist die Gründung eines festen Vereins mit dem Namen „Deutsches Nationalkomitee zur Bekämpfung des Mädchenhandels". Der Berliner Propst v. d. Goltz legte ein Statut vor, das als Aufgabe des Vereins bezeichnet:

> 1. Die Bekämpfung des Mädchenhandels durch Bekämpfung seiner sozialen Ursachen; 2. Schutz der volljährigen und minderjährigen weiblichen Personen gegen die Gefahren des Mädchenhandels; 3. Sorge für Unterbringung und weiteres Fortkommen der Geretteten; 4. Auskunftserteilung an alle im Interesse Gefährdeter um Rat und Information bittenden Personen; 5. Verfolgung der Mädchenhändler; 6. Bekämpfung der dem Mädchenhandel dienenden Agenturen und solcher Einrichtungen, die den Mädchenhandel begünstigen und veranlassen; 7. Ueberwachung der in- und ausländischen Presse; 8. Aufklärung der öffentlichen Meinung durch die Presse und durch Vorträge; 9. Zusammenwirken mit deutschen Vereinen, deren Arbeit sich mit der Bekämpfung des Mädchenhandels berührt, und 10. Verständigung und Zusammenwirken mit gleichartigen Organisationen des Auslandes.

Es ist sicher eine fortschrittliche Erkenntnis, der sich heut kaum noch jemand verschließt, daß soziale Schäden durch Beseitigung der sozialen Ursachen am besten zu bekämpfen sind, aber gerade darum ist es nichts als eine banale Phrase, wenn man sagt, man wolle den Mädchenhandel bekämpfen durch Bekämpfung seiner sozialen Ursachen. Wenn man da wirklich etwas sagen und etwas tun will, so ist die Frage zu stellen, welches sind die sozialen Ursachen des Mädchenhandels und welches sind die Mittel zur Bekämpfung dieser Ursachen? Darüber sagt das Statut nichts, denn alle Einzelheiten, von denen es spricht, sind rein polizeiliche Mittel, abgesehen etwa von dem Punkt 8: Aufklärung. Der Mangel an Aufklärung begünstigt ohne Zweifel das Geschäft der Mädchenhändler, er ist aber doch nur eine sekundäre Ursache. Die Not ist die tiefste Ursache dieser Nebenerscheinung der Prostitution.

In der Verhandlung machte der Berliner Polizeikommissar v. Treskow Mitteilungen über die Tätigkeit der Berliner Polizei im Kampfe gegen den Mädchenhandel.

Dem Berliner Polizeipräsidium untersteht zum Zwecke der Bekämpfung des Mädchenhandels in Deutschland eine eigens errichtete staatliche Zentralpolizeistelle. Sie wurde zuerst nur für Preußen errichtet; ihre Wirksamkeit wurde nach Zustimmung sämtlicher Bundesregierungen am 1. August v. J. aber auf das Reich ausgedehnt. Sie besteht aus 2 Kommissaren, 1 Wachtmeister und 15 Schutzleuten. Die letzteren haben die Bahnhöfe zu untersuchen, auf verdächtige Fremde zu wachen und die Bahnhofsmission zu unterstützen. Ferner stellen die Schutzleute Recherchen in verrufenen Häusern an. In der kurzen Zeit seit Bestehen der Polizeistelle sind bereits die Personalien von 162 des Mädchenhandels verdächtiger Personen gesammelt worden, außerdem 40 Photographien. Diese Photographien werden vervielfältigt und an die Grenzkommissariate versandt. Hand in Hand arbeitet die Polizeistelle und das Komitee bei der Nachforschung verdächtiger Inserate. Diese Zeitungsinserate spielen beim Mädchenhandel überhaupt eine große Rolle. Eine sehr wertvolle Arbeit hat das deutsche Nationalkomitee geleistet mit der Herausgabe eines Wegweisers, der sichere Adressen im Auslande enthält. Für die Popularität spricht die Tatsache, daß viele junge Mädchen, ehe sie eine Stelle im Auslande annehmen, sich bei ihr vorher erkundigen. Im ganzen ist es im vergangenen Jahre gelungen, 28 des Mädchenhandels verdächtige Personen festzunehmen und 32 verschleppte Mädchen ihren Eltern zurückzugeben.

Die Zentralpolizeistelle würde sich ein Verdienst um ihre Aufgabe erwerben, wenn sie die Namen der Blätter, die solche verdächtige Inserate aufnehmen, veröffentlichte.

Von der Haftpflicht des Arbeitgebers bei Unfällen seiner Angestellten.

Der § 618 B. G. B. verlangt, daß der Arbeitgeber tunlichst alle Gefahren abwende, die einem seiner Angestellten während der Beschäftigung bei ihm treffen könnten. Im allgemeinen wird das Gesetz auch dahin auszulegen sein, daß die dem Arbeitgeber gehörigen Zugänge zu den Arbeitsräumen keine gefahrvollen sein dürfen. Bei allen derartigen Vorkommnissen von Unfällen mit etwaigem Anspruch auf Schadensersatz wird es aber immer davon abhängen, ob nicht dem Geschädigten ein überwiegendes Selbstverschulden beizumessen ist. (§ 254 B. G. B.)

Ein diesen Fall berührender Rechtsstreit hat kürzlich vor dem Reichsgericht seine endgültige Entscheidung gefunden.

Kläger war bei dem Kaufmann K. in Köpenick seit kurzer Zeit als Buchhalter in Stellung. Als er nun an einem Septemberabend des Jahres 1902 das Kontor verlassen hatte, um durch die nach dem Hofe führende Treppe ins Freie zu gelangen, kam er auf letzterer zu Fall, sich dabei eine Versteifung des Mittelfingers der rechten Hand zuziehend. Für den Unfall und die dadurch eingetretene Verminderung seiner Erwerbsfähigkeit suchte nun Kläger den Geschäftsführer verantwortlich zu machen, da die Treppe zur Zeit der Dunkelheit nicht beleuchtet war. Landgericht und Kammergericht Berlin entschieden aber auf Abweisung des Klägers. In den Gründen ist ausgeführt, daß der Beklagte auf Grund des § 618 B. G. B. wohl in Anspruch genommen werden kann, wenn ein Zusammenhang zwischen dem Verschulden des Beklagten und dem Unfall bestände. Dies ist jedoch hier nicht der Fall; denn Kläger ist nicht gleich nach dem Heraustreten aus dem Kontor, sondern erst in der Mitte der Treppe zu Fall gekommen. Wollte er sich nicht in die Gefahr begeben, die das Betreten einer finsteren Treppe mit sich bringt, so konnte er als Angestellter des Hauses die im Flur befindliche Gaslaterne anbrennen oder den Chef von der Dunkelheit des Flures in Kenntnis setzen. Da er aber trotz der Finsternis die Treppe betreten, ist sein Verschulden mit dem Unfall kausal geworden.

Die vom Kläger gegen das Urteil des Kammergerichts eingelegte Revision hatte keinen Erfolg und wurde vom dritten Zivilsenat des Reichsgerichts zurückgewiesen.

Das Urteil berücksichtigt offenbar nicht, daß der Chef wahrscheinlich aus Sparsamkeitsrücksichten die Beleuchtung der Treppe unterlassen hat und der Buchhalter befürchten mußte, angeschnauzt zu werden, wenn er die Beleuchtung verlangt oder selbst die Laterne angebrannt hätte.

Wetterwendische Sozialpolitik. Die Regierung von Mittelfranken hatte im Mai eine Verfügung erlassen, wonach in Nürnberg der Sonntags-Ladenschluß für den Handel mit Eß- und Trinkwaren auf 1 Uhr nachmittags festgesetzt wurde. Diese Verordnung rief einen Petitionssturm zunächst der Konditoreibesitzer hervor, die sich geberden, als ob der frühere Ladenschluß den Untergang ihres ganzen Gewerbes zur Folge haben müsse. Die Regierung war gnädig und gestattete vorläufig das Offenhalten bis 7 Uhr abends. Das machte auch den Bäckern Mut, die Regierung mit Petitionen zu bombardieren, und so wurde jetzt auch für sie der Vollzug jener Verfügung „bis auf weiteres" ausgesetzt und ihnen das Offenhalten der Läden bis 7 Uhr abends erlaubt.

Sind Seminaristen Schüler? Der Gastwirt Prochazki in Peiskretscham war vom Gleiwitzer Landgericht zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil er an drei über 20 Jahre alte Seminaristen vom dortigen Lehrerseminar Bier verkauft hatte. Er sollte dadurch die Regierungs-Polizeiverordnung vom 1. Juni 1904 in der Bestimmung übertreten haben, wonach es Gastwirten und Kleinhändlern unter anderem verboten ist, geistige Getränke einschließlich Cyder und Bier an Schüler ohne Erlaubnis der Lehrer zu verabfolgen. Das Landgericht erachtete die 21jährigen jungen Herren für Schüler im Sinne dieser Bestimmung. — Das Kammergericht gab jedoch der vom Rechtsanwalt Dr. K. Löwenthal vertretenen Revision am 9. Oktober statt und sprach den Angeklagten mit folgender Begründung frei: Die Verordnung sei rechtsgültig. Aber das Landgericht verkenne den Begriff „Schüler". Seminaristen seien nicht als Schüler anzusehen. Es sei nicht jeder ein Schüler, der etwas lerne. Man spreche zwar von Hochschulen mit Bezug auf gewisse höhere Bildungsanstalten und auch von Hochschülern hinsichtlich der Studenten. Das dürfe aber nicht verleiten, sie unter den Begriff des Schülers im Sinne jener Verordnung zu bringen. Schließlich käme man sonst ja dazu, von Studenten, welche im Regierungsbezirk Oppeln reisten, zu verlangen, daß sie einen Erlaubnisschein zum Biertrinken sich vorher von ihrem Professor ausstellen ließen und ihn mit sich führten. Nur Schulen für die Jugend und deren Zöglinge kämen in Betracht.

Vermischtes.

Ein ermordeter Brauereidirektor. Um einen Mord handelt es sich, wie jetzt festgestellt, bei dem Auffinden der Leiche des Brauereidirektors Alexander Hindenberg, des älteren Bruders des Kommerzien- und Stadtrats Hindenberg in Kolberg i. P.; der Unglückliche wurde bei der Neumannschen Waschanstalt nahe der Chaussee tot aufgefunden. Bei der gerichtlichen Leichenschau wurde festgestellt, daß der Tod infolge Bruchs des Halswirbels eingetreten ist, es kann teilweise auch noch Erstickung stattgefunden haben, da die Leiche auf dem Gesicht lag. Die 13 Zentimeter lange Kopfwunde ist durch ein scharfes Instrument herbeigeführt worden. Der Bruch des Halswirbels ist vermutlich durch einen heftigen Schlag mit der Faust veranlaßt. Einige andere Verletzungen scheinen von flachen Hieben herzurühren. Eine Beraubung der Leiche hat jedoch nicht stattgefunden. Die Polizei ist bemüht, des oder der Täter habhaft zu werden, doch waren die bisherigen Nachforschungen ohne Erfolg.

Typhus-Epidemie. Aus Allenstein, Ostpreußen, wird uns telegraphisch gemeldet: In der Artilleriekaserne sind neun Soldaten an Typhus erkrankt. Wahrscheinlich ist die Seuche aus dem Manöver eingeschleppt worden. Alle Maßregeln wurden getroffen, um das Uebergreifen auf die Zivilbevölkerung zu verhindern.

Vom Eisenbahnzug getötet. Zwischen Brandenburg-Altstadt und Brielow wurde am Uebergang Fohrderweg die mit fünf Personen besetzte Droschke des Geschirrführers Schlüter von einem Zuge der Kreisbahn überfahren. Schlüter wurde getötet. Die übrigen Insassen wurden schwer verletzt, auch ein Pferd wurde getötet.

Ein New Yorker Geheimnis. In New York beobachtete man am Montagabend einen Mann, der mit einem Ruder ein Ruderboot auf dem Flusse im Kreise herumtrieb. Er rief zwei Arbeitern der Werft zu, daß eine Frau ertrunken sei. Die Arbeiter fuhren zu ihm hinaus, fanden aber nichts, was eine Spur von der Verunglückten gegeben hätte. Der Mann in dem Boote war ein Deutscher namens Hahn. Er erzählte, daß er bei einer deutschen Familie namens Dürr wohne. Herr Dürr habe ihn gebeten, mit Frau Dürr einen Spaziergang zu machen. Bei der Rückkehr über den Fluß sei Frau Dürr durch die Wellen eines Dampfers aus dem Boote gewaschen worden. Er habe ihr ein Ruder zugeworfen und der Wegtreibenden mit dem anderen Ruder zu folgen versucht, was sich als unmöglich herausstellte. Die Polizei, der die Werftarbeiter den Mann übergaben, hat festgestellt, daß Frau Dürr verschwunden ist. Sie war erst 18 Jahre alt. Im Alter von $16^1/_2$ Jahren war sie mit Dürr nach Deutschland entlaufen, wurde aber von den Eltern zurückgebracht und mit ihm verheiratet. Die Eltern der jungen Frau behaupten, daß Dürr und Hahn gemeinsam geplant hätten, die junge Frau, die viel unter der Brutalität ihres Mannes zu leiden hatte, auf die Seite zu schaffen. Dürr ist infolgedessen ebenfalls verhaftet worden.

Eingegangene Druckschriften.

„Die Neue Gesellschaft." Sozialistische Wochenschrift. Herausgeber Dr. H. Braun und Lily Braun. Heft 28. Einzelheft 10 Pf. Pro Monat 40 Pf. Vierteljährlich 1,20 M. — Verlag der „Neuen Gesellschaft", Berlin W. 15.

Der Weg. Wochenschrift für Politik und Kultur. Preis: Einzelnummer 24 Heller, Quartal 3 Kr. Wiener Verlag, Wien IX, Garelligasse 2.

Max Schippel. Amerika und die Handelsvertragspolitik. 133 Seiten. Preis geh. 2,50 M., geb. 4,— M. — Verlag, Sozialistische Monatshefte, Berlin, Lützowstr. 105.

M. Proesler. Das Börsenspiel und das davon abgeleitete Wirtschaftsbild der Gegenwart und der Zukunft. 54 Seiten. Preis 2,— M. Kgl. Universitätsdruckerei H. Stürtz, Würzburg.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Rixdorf

Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes Solidarität.

Vereinslokale:
H. Thiel, Bergstr. 150/151 und
F. Hoppe, Hermannstr. 49.

Sitzung der 1. Abteilung jeden ersten Dienstag im Monat, der 2. Abteilung jeden zweiten Dienstag im Monat. 27/3

Am 24. Oktober: **General-Versammlung** in **Hoppes Festsälen**, Hermannstr. 49.

Mitglieder werden in jeder Versammlung aufgenommen.

Am 14. Oktober findet in **Thiels Festsälen** unser **8. Stiftungs-Fest** mit vielen Ueberraschungen statt, wozu Freunde und Gönner unseres Vereins herzlich willkommen sind.

Touren:
Am 15. Oktober, 2 Uhr, nach Alt-Glienicke. Start: Thiel.
Am 22. Oktober, früh 10 Uhr, nach Rüdersdorfer Kalkberge. Start: Thiel.
Am 29. Oktober, 1 Uhr, nach Pichelswerder zu Freund. Start: Thiel.
Am 5. November, 1 Uhr, nach den Müggelbergen (Teufelsee). Start: Thiel.

Am 22. November, abends 5 Uhr, findet bei Thiel, Bergstr. 150/151, unser 1. Vortragsabend mit gemütlichem Beisammensein statt.

Am 25. November findet unser Pfanner-Abend mit Preisverteilung für die Originalpfanne statt. Gäste willkommen.

Der Vorstand.

Soeben ist erschienen:

Protokoll

des Parteitages in

Jena.

Die Verhandlungen des diesjährigen Parteitages haben in weitesten Kreisen lebhafte Aufmerksamkeit erregt. Waren doch diese Verhandlungen von grundlegender Bedeutung für unsere Partei. Die Referate und die Debatte über **die Organisation, die Maifeier, den Massenstreik** sind im Protokoll ausführlich enthalten. Ferner enthält es die **Berichte** des **Parteivorstandes** und der **Reichstagsfraktion**. Ein umfassendes Sachregister und ein Sprechregister erleichtern das Nachschlagen.

235/16

Preis 70 Pfg.,
gebunden 1 Mark.
Porto 20 Pf.

Buchhandlung Vorwärts,
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

□ □ **Diese hervorragende Sumatra-Zigarre** □ □

kostet pro 100 Stück nur 5 Mk. Nach auswärts von 300 Stück an **portofrei.** Ausführliche Preisliste **kostenlos.**

Bewährte Qualitäten für Konsum- und Kantinen-Zwecke.

Reinhard Hellmich Engros-Lager Berlin W. 64 Behrenstraße 52.

Kein Laden. — Eingang im Flur rechts. — Kein Laden.

Empfehlen unser helles u. dunkles

Tafelbier:

Gambrinusbräu (Münchener)
Nepomukbräu (Pilsener)

Böhmisches Brauhaus NO.

Faß-Abteilung: **Landsberger Allee 11/13.** T. VII. 5068.
Flaschen- „ **Frieden-Straße 93.** T. VII. 1670.

Unsere **Original-Abzug-Flaschenbiere** in fast allen **Kolonialwaren-Handlungen.** 4510L*

Alten Kottbuser
engros. **Getreidekorn** endetail.
empfiehlt **H. Mrose, Naunynstraße 67. Amt IV, 3444.** *

Hüte in allen Preislagen.
R. Weidner, Hutmacher
Dresdnerstr. 100, an der Prinzenstr.

Stuhlflechtrohr in vorzüglicher Qualität.
Stuhlrohrlager **Wallstr. 16.** *

H. Zimmermann
Berlin SO. **Juwelier** Oranienstr. 206
Gold- und Silberwaren-Fabrik,
Uhren-Großhandlung. 4122L*
Eigene Werkstatt für Neuarbeit u. Reparatur.
Streng reell. — Billigste Preise.

Auf Teilzahlung!!!
kaufen Sie am besten, wöchentl. nur 1 M.,
Herren- und Damenuhren, Standuhren, gr. Standuhren, Regulateure, Freischwinger, Broschen, Ringe, Ketten, Zithern, Harmonikas, Mandolinen, Phonographen, Plattensprechmaschinen, gr. Auswahl in Platten, echte Edison- und Columbia-Apparate und Walzen zu **Original-Preisen.**

Juhre & König
Warschauer-Straße 72, I. Etage.

Jedes Wort: **5** Pfennig. Das erste fettgedruckte Wort 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstrasse 69 bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1†

Deckbett, Unterbett, Kissen mit glattrotem Inlett, zusammen 10,50, nur (Pfandleihe) Andreasstraße 38. *

Rotrola-gebreitetes Deckbett, Unterbett, zwei Kissen, 18,00, Andreasstraße 38. 817R*

Pommersches Bauernbett, Deckbett, Unterbett, zwei Kissen, 27,00. Großes Laken, Stück 1,00. Pfandleihe Andreasstraße 38. Elektrische nach überall. 818R*

Bettenlagerei. Brautleute, Privatleute, Ausnahmepreise. Pfandleihhaus, Weidenweg neunzehn. †30*

Brautbetten, Bettinlette, Aussteuerwäsche spottbillig. **Pfandleihhaus,** Weidenweg neunzehn. †30*

Gardinenverkauf. Steppdecken, Tischdecken, Teppichverkauf. Pfandleihhaus, Weidenweg neunzehn. †30*

Bekanntmachung. Spiegelverkauf, Regulatoren, Freischwinger, Taschenuhren, Uhrketten. Pfandleihhaus, Weidenweg neunzehn. †30*

Garderoben, Verschiedenes, verfallene Pfänder spottbillig. Pfandleihhaus, Weidenweg neunzehn. †30*

Vermietungsbett neun Mark, Möbelstücke, verkauft Pfandleihhaus, Weidenweg neunzehn. †30*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 254/12*

Fahrräder, Teilzahlungen. Invalidenstraße 148 (Eingang Bergstraße), Große Frankfurterstraße 56, Skalitzerstraße 40. 889R*

Gardinen, Stores, Bettdecken, enorm billig. Reste 1 bis 3 Fenster Extraermäßigung. Gardinen-Versandhaus Jerusalemerstraße 11/12. 887R*

Leihhaus Küstrinerplatz 7, billige Einkaufsquelle für Waren aller Art, großes Lager in Wäsche, Betten, Uhren, Goldsachen, Teppiche, Steppdecken, Gardinen, Hosen, Anzüge 2c. *

Sofas, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Andreasstraße 38. 890R*

Sofa wie neu 21,00. Meicke, Große Hamburgerstraße 18/19. 255/20

Mahagoni-Trumeau, Kleiderspind, Zylinderbureau, Taschensofa, Chaiselongue, Muschelbetten, elegante Matratzen. Andreasstraße 57, vorn Keller, Lozarus. 999R*

Herrenanzüge, Ueberzieher, wenig getragene Monatsgarderobe von 5 Mark an, große Auswahl, für jede Figur, auch neue, elegante, nicht abgeholte Maßsachen kauft man am billigsten aus erster Quelle direkt nur beim Schneidermeister Fürstenzelt, Rosenthalerstraße 15 nur 3 Treppen. *

Sprechmaschinen, Prenzlauerstraße 42. 888R*

Monatsanzüge und Winterpaletots von 5,00 an, Joppen von 4,50 an, Hosen von 1,50 an, Gehrockanzüge von 12,00 an, Fracks von 2,50 an, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen, kauft man am vorteilhaftesten bei Natz, Mulackstraße 14. 2189b*

Break, 150 Mark, sofort zu verkaufen, Stillbald Alexstraße 24.

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Nähmaschinen. Vergütet bis 10,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Woche 1,00 ohne Anzahlung. Alle Systeme. Postkarte. Brauser, Lüllerstraße 90. 33*

Hochvornehme Herrenanzüge, Winterpaletots, feinsten Maßstoffen herrührend, 18—38,00. Täglich, auch Sonntags Verkauf. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, 1 Treppe. 2482b*

Betten, Stand 11,00, zweischläfrig 16 Mark Pfandleihe Gubenerstraße 3. †33*

Nußbaummöbel, Taschensofas, englische Garnitur, Küchensachen, Bilder, Teppiche, wie neu. Pankow, Brehmestraße 52, Hauswirt. †137*

Gardinenzweig 57 I Rosenthalerstraße 57 I. (Bonnes femmes-Brise bise) Kongreßstoffe, Rouleauxstoffe, Tülldecken, Läufer, Teppiche in allen Größen zu außergewöhnlich billigen Preisen. Kein Laden. 280/20*

Gardinenzweig 57 I Rosenthalerstraße 57 I. Spezialhaus für Gelegenheitskäufe. Neu eingetroffene Tülldeckendecken von 2,25 bis 20 Mark. Gardinen Meter von 8 Pfennig bis 1,65 Mark, Köperdraperien 1,75 bis 8,50 Mark, Reste 25 Pfennig bis 50 Pfennig. Kein Laden. Außergewöhnlich billige Preise. 280/19*

Salongarnitur, Umbausofa, Büfett, Paneelsofa, Ausziehtisch, Bücherspind, Schreibtisch, Kleiderspind, Vertiko, Säulentrumeau, Bettstellen spottbillig. Landsbergerstraße 77, Beletage. *

Zentralleihhaus, Abteilung Damenkonfektion, Jägerstraße 70 (Laden). Große Auswahl in Paletots, Jacketts, Röcken, Blusen, Pelzstolas zu sehr billigen Preisen. 2502b*

Kanarienhähne, Selbstzucht, Seifertstamm, billig. Mahnke, Görlitzerstraße 32, II. Hausflür. †10*

Möbelverkauf in meiner Möbelfabrik Wallstraße 80/81, nahe Spittelmarkt. Infolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurückgesetzte und verliehen gewesene Möbel, die wie neu sind, Kleiderspind, Vertiko 27,00, Ausziehtisch 16, Muschelbettstelle mit Federmatratze und Kopfkissen 36, Taschensofa 50, Paneelsofa 70, Waschtoilette 20, Ruhebett 25, ganze Einrichtungen billigst. Transport frei. 44/11*

Schöne große Federbetten, Stand 20 Mark. Dresdenerstraße 38, vorn II. links. 44/12*

Gänse! Gänse! frischgeschlachtet, in großer Auswahl verkäuflich Samariterstraße 21. Bettfedernverkauf. Paul Hoff. 44/8*

Teppiche, Steppdecken spottbillig Leihhaus, Grünerweg 113. 44/6*

Betten, Tischdecken spottbillig Leihhaus, Grünerweg 113.

Gardinen, Portieren spottbillig Leihhaus, Grünerweg 113.

Winterpaletots, Remontoiruhren, Regulatoren, Gaskronen, Bilder, Spiegel, spottbillig. Leihhaus Grünerweg 113.

Teilzahlung! 50 Pfennig wöchentlich Möbel, Uhren, Steppdecken, Tischdecken, Gardinen, Teppiche, Portieren, Bettbezüge 2c. Besuch eventuell Postkarte. Goldstein, Gipsstraße 22. *

Linoleum, Tapeten, alle Sorten Reste spottbillig. Müller, Große Frankfurterstraße 45. †25*

Metallbetten, 2 hochelegante, 110,00, Kinderbett 33,00. Ritterstraße 112 II. 43/7

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Nähmaschinen, hohe Vergütigung, wer kauft oder nachweist Ringschiffchen, Bobbin, Schnellnäher, Woche 1,00, Postkarte genügt. Köpenickerstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Prenzlauerstraße 59/60. †88*

Vogelhandlung. Käfighandlung. Winterfeldtstraße 19, am Winterfeldtplatz. †104*

Restauration wegen Krankheit zu verkaufen Rixdorf, Reuterstraße 52, bei Spiekermann. †119*

Möbelfabrik. Ganze Wohnungseinrichtungen auf Teilzahlung bei geringer Anzahlung liefert die Möbelfabrik, Schützenstraße 73/74. 896R*

Möbelsuchende kaufen preiswerte Möbel unter Garantie in der Möbelfabrik Hirschowitz, Mariannenstraße 7a. Besichtigung erbeten. 801R*

Schlesinger, Turmstraße 85, ist der billigste und reellste Lieferant für Herrenanzüge. 896R*

Nähmaschinen, gebrauchte, Wheeler-Wilson von 8 Mark und Langschiff von 10 Mark an. Bellmann, Gollnowstraße 26. 904R*

Pfandleihe, Oranienstraße 177, Ecke Adalbertstraße, verkauft billig Uhren, Betten, Bettwäsche, Steppdecken, Teppiche. 847R*

Hochvornehme Herrenhosen aus feinsten Maßstoffen 9—12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Filialen. 917R*

Junge Frau verkauft 3 Zimmer Möbel, wie neu, elegantes Plüschsofa 41,00, Paneelsofa 70,00, Salonbilder 5,00, Trumeau, Steppdecken, Stores, Perserteppich 5,00, Verschiedenes jeden Preis. Landsbergerstraße 42, II.

Schleunigst verkauft Dame Kleiderschrank, Vertiko 45,00, Salongarnitur 58,00, Uhr, Bilder 5,00, Stühle 3,00, Köpenickerstraße 39a, I. 2533b

Fahrräder, neu und wenig gebraucht, große Auswahl, spottbillig. Großer Gelegenheitskauf. Wienerstraße 87, Lokal. †10

Ritterstraße 125: Taschenuhren reinigen 0,75, Feder 0,75, Wecker 0,60, Wanduhr 1,00, Regulator 1,50. 44/15

Stellmacherei mit Werkzeug, Holzvorrat, guter Dorfkundschaft, massiven Gebäuden, ohne Konkurrenz, ist altershalber preiswert zu verkaufen. Näheres erteilt Zerbe, Straßburgerstraße 14, Kohlengeschäft.

Zwei Mark vierteldutzend Damenhemden, Herrenhemden 3,30. Große Bettlaken 1,30, Bettbezug, zwei Kopfkissen 3,90, Handtücher, Tischtücher, Servietten, Normalwäsche, Arbeiterhemden spottbillig. Wäscheausstattungs-Fabrik Adolf Salomonsky, Dircksenstraße 21 (Alexanderplatz).

Graupapageien, sprechend, 30 bis 120 Mark. Grundmann, Kommandantenstraße 52. 44/18

Krimmer, Double, Buckskin, Tuche, Kammgarn, sehr preiswert. Zange, Resterhandlung, Turmstraße 84. [†73

Restauration, Parteilokal, Zahlstelle, passend für Genossen, für Anfänger, umständeheber sofort zu verkaufen. Auskunft Kohlengeschäft, Schreinerstraße 61. †131

Verschiedenes.

Aufpolsterung! Sofa 5,00, Matratze 4,00, auch außerm Hause. Bachmann, Andreasstraße 38. 891R*

Unserem Freunde und Genossen, dem besseren Budiker Otto Götze zu seinem 37 jährigen Geburtstage ein dreimal donnerndes Hoch, daß die ganze Wallstraße wackelt. Seine Stammgäste. Otto laß gießen, na Emilie schenk ma noch 'ne Lage in. O. St., A. B., K. O., H. K., K. M., J. H., A. S., O. L., P. B., M. A., F. D. 2518b

Pfandleihe Heinersdorferstraße, Ecke Greifswalderstraße. †135*

Pfandleihe, Prinzenstraße 68, täglich 8—8, Sonntags bis 2. 892R*

Kunststopferei von Frau Kokosky, Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *

Beleihung, allerhöchste, Möbel, Wirtschaften, Pianinos, Fahrräder, Nähmaschinen, Warenposten, Lagerspeicher, Schwedterstraße 11. 886R*

Wer Stoff hat? Fertige Winterpaletots und Herrenanzüge mit Futtersachen 15,00. Wagner, Schneidermeister, Lichtenbergerstraße 9 (Pallisadenstraße). 44/3*

Platinabfälle, alte Goldsachen, Bruchgold, Silber, Gebisse, alte Uhren, Kehrgold Staubgold, photographische Rückstände, Schokoladenpapier sowie alle gold- und silberhaltigen Abfälle kauft Goldschmelze Broh, Brangelstraße 4. Telephon Amt 4, 6958. 44/2*

Wernans Festsäle, Schwedterstraße 23/24. Mein kleiner Saal mit Bühne und Parkett, 150 Personen fassend, zu Hochzeiten und Festlichkeiten bestens zu empfehlen. 937R*

Von seiten eines Kollegen wird das Gerücht verbreitet, ich hätte für das Kabelwerk Zentrale Oberspree Waren geliefert. Ich erkläre diese Behauptung für unwahr und erwarte von dem Verbreiter, daß er diese Verdächtigung widerruft, widrigenfalls ich andere Maßnahmen ergreifen werde. Wilhelm Gobel, Schankwirt, Ober-Schöneweide. 2521b*

Herrenanzüge nach Maß fertigt aus modernsten Stoffen, besten Zutaten von 30 Mark an, Schneidermeister Boczek, Münzstraße 17. Großes Stofflager. 255/9*

Wäsche wird sauber schonend gewaschen, Freien getrocknet, Leibwäsche 0,10, drei und vier Handtücher 0,10, vier Taschentücher 0,10. Abholung Montags. Frau Ober, Köpenick, Schloßstraße 27. 938R

Wäsche wird sauber und schonend gewaschen, Freien getrocknet, Garantie chlorfrei, Bettwäsche, Leibwäsche a 10 Pfennige. Abholen Montag und Dienstag. R. Rückert, Köpenick, Kaulsdorferstraße 2a. 939R

Zitherunterricht. Schultze, Prenzlauerallee 26. 2523b*

Vermietungen.

Wohnungen.

Kleinwohnungen, gesunde, allerbilligst, sofort, später, Rixdorf, Kopfstraße 15, Wanzlickstraße 12 (Hermann-Platz). 280/16*

Versetzungshalber große Stube, Küche, sehr billig Frankfurter Allee 16a.

Zwei Stuben, Küche, Zubehör, sofort billig Gartenhaus, Eckertstraße 9. †34

Kleine freundliche Hofwohnung sofort billig Rüdersdorferstraße 64, Weber. †34

Weserstraße 203 (Reuterplatz) 2 Stuben, Küche, Zubehör vermietet sofort Wernig. †119

Zimmer.

Leeres Zimmer billig. Rixdorf, Thomasstraße 27, vorn IV geradeaus.

Besseres Zimmer erhält Herr bei alleinstehender Dame. Offerten (Genossin) Annahmestelle Demminerstraße 32. †127

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle Wilhelm Stolhstraße 19, Hof II., Kühne. †34*

Möblierte Schlafstelle sofort zu vermieten, Herrn oder Dame. Elisabethkirchstraße 8, vorn II rechts. †93*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Bierabzieher sucht noch Stellen. Dunckerstraße 70, Restaurant, Amt III. 3763. †60

Gerhardys Volkssänger-Gesellschaft, Brangelstraße 22. †10*

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Gläser, Mulackstraße 27. 1468b

Stellenangebote.

Nebenverdienst für jedermann. Auskunft kostenlos. H. Wolf, Zwickau, Elsässerstraße 40. 881R*

Laufenden hohen Nebenverdienst erhält jeder für Nachweisung von Feuer- und Diebstahls-Versicherungen bei Subdirektion, Ritterstraße 61, I, an der Lindenstraße. 2039b*

2 Bauanschläger bei gutem Akkord für Bau sofort verlangt Charlottenburg, Gerickestraße 20. †73*

Bauanschläger für die Beamten-Wohnhäuser in Charlottenburg verlangt Schlosserei R. Blume, Charlottenburg, Schillerstraße 97. 2509b*

Gute Rock- und Paletotschneider finden dauernde Beschäftigung. H. Ellrott, Behrenstraße 22 I. 2515b*

Klavierspieler für Sonnabends und Sonntags verlangt Löwenstein, Stralsunderstraße 26. 2524b

Goldleisten. Tüchtiger Versilberer, der auch farbig machen kann, gesucht. Lohn. H. Birnich, Köpenickerstr. 111.

Kreissägenschneider und Kistenmacher sucht Kistenfabrik Lausitzerstraße 31. 2530b

Muschelschleifer und Ausschneider auf Perlmutter verlangt Crosinsky, Köpenickerstraße 154. 2531b

Vergolder, Farbigmacher verlangt Lamfried, Charlottenstraße 93.

Rahmenmacher, Schneider und Leimer sucht Pfeimer, Alexandrinenstraße 99. 2532b

Rahmenmacher, tüchtige, verlangt Bilderfabrik Lechner, Alexandrinenstraße 93/94. 2525b

Klavierspieler verlangt Mertens, Charlottenburg, Krummestraße 43.

Mädchen für leichte Arbeit verlangt Schein, Dresdenerstraße 58.

Mädchen, geübt im Aufnageln von Beschlägen auf Holzphotographierahmen, gesucht Alexandrinenstr. 111.

Kartonarbeiterinnen, geübte, für dauernde Beschäftigung Greifenhagen, Stallschreiberstraße 58. 44/16*

Schürzen-Näherin, Lehrmädchen, Georgenkirchstraße 52 parterre.

Perfekte Schneiderin verlangt Botz, Brangelstraße 88. †10

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Rahmenmacher
für sofort gesucht.
Schütt, Michaelkirchstr. 17.

Perfekte Polsterer, Hefter
finden dauernde Arbeit. **Schauerte, Kurfürstenstr. 131.** 281/1

Tüchtige Versilberer
finden dauernde Beschäftigung bei **Heldt u. Hoffmann, Sirolitz** in Mecklenb., Goldleistenfabrik. *

Tüchtige Metalldrücker,
möglichst mit Aluminium vertraut, erhalten nach auswärts sofort dauernde und lohnende Arbeit. Angebote unter **F. C. 4391** an **Rudolf Mosse, Cassel,** erbeten. 44/13

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Tischler u. Einsetzer!

Die **Bautischlerei Schneider, Görlitzer Ufer,** und der **Bau Schneider in Südende, Lichterfelderstraße,** Ecke Potsdamerstraße, sind wegen Differenzen gesperrt.

Zuzug ist fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung.

Verband der Wäsche- u. Krawattenbranche.

Bis auf weiteres sind die Firmen: **Stein Söhne,** Grüner Weg 5, **Paul Jsaak,** Michaelkirchstr. 23a, **A. Wertheim,** Rosenthalerstr. 28, **Carstens u. Lachmann,** Zimmerstr. 29, **Kirchstein u. Michaelis,** Märkischer Platz 1, für alle Zuschneider, Näherinnen, Plätterinnen sowie alle Arbeiterinnen **gesperrt.** *

Die Sperre über die Firma Gebr. Borchardt, Neue Königstraße, ist aufgehoben. Die Ortsverwaltung.

Stukkateure!

Nach wie vor bleibt wegen Maßregelung unserer Kollegen die Firma **R. Gerschel,** Dersflingerstr. 16, für sämtliche Arbeiten **gesperrt!**
Ortsverwaltung Berlin des Zentralverbandes der Stukkateure Deutschlands. [181/10*

Achtung! Achtung!

Stuisarbeiter und Arbeiterinnen!

Buchbinder, Kartonnager u. Ledergalanterie-Arbeiter!

Die **Stuisarbeiter** befinden sich in einer **Tarifbewegung!**

Veranlaßt durch das Verhalten der Fabrikanten wurde die Arbeit niedergelegt.

Es wird versucht, von den anderen **Branchen** Arbeitskräfte heranzuziehen. 25/13*

Zuzug ist streng fernzuhalten!
Die Ortsverwaltung.

Verantw. Redakteur: Paul Büttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Für die Opfer des russischen Befreiungskampfes

gingen weiter ein:

Von der Parteipresse: Offenbach a. M., in der Expedition des „Offenburger Abendblattes“ eingegangen 23,41. Forst i. L., gesammelt in der Geschäftsstelle der „Märk. Volksstimme“ 210,—. Breslau, gesammelt durch die Redaktion der „Volkswacht“, 12. Rate 100,—. Hamburg, eingegangen in der Expedition des „Hamburger Echo“, 2. Rate 3000,—. München, durch die „Münchener Post“ 66,95. Stuttgart, gesammelt von der Expedition der „Schwäbischen Tagwacht“ 500,—.

Berlin, Sammlungen der Wahlkreise: Zweiter Kreis, Listen: 15702 3,—; 15708 4,70; 15709 7,85; 15710 11,25; 15711 0,50; 15712 3,50; 15715 7,70; 15717 3,75; 15718 5,20; 15719 16,—; 15731 8,70; 15735 7,05; 15737 4,40; 15740 5,—; 15741 9,25; 15746 6,26; 15748 7,70; 15749 Buchdruckerei H. S. Hermann 9,10; 15750 13,40; 15767 7,35; 15773 6,80; 15777 1,40; 15784 Bau Boddinstr. 9,30; 15785 desgl. 5,15; 15787 Buchdruckerei Horwitz Nachfolger 5,10; 15789 9,55; 15790 12,20; 15794 13,60; 15798 4,—; 15799 6,50; 15800 9,65; 15801 17,75; 15802 9,70; 15805 2,75; 15827 5,45; 15829 3,50; 15834 9,90; 15 835 15,40; 15 839 4,30; 15 840 2,30; 15 842 2,90; 15 847 26,50; 15 781 3,05; 15 775 8,40; 15 808 Schriftgießerei Gursch 6,60; 15 809 7,40; 15 810 3,55; 15 811 5,05; 15 812 6,05; 15 431 4,20; 15 716 1,—; 15 720 6,50; 15 721 7,40; 15 722 3,—; 15 723 4,—; 15 724 10,50; 15 725 5,15; 15 461 7,—; 15 404 10,50; 15 707 8,30; 15 408 4,50; 15 412 6,—; 15 418 11,65; 15 419 6,05; 15 420 10,95; 15 423 4,90; 15 424 5,30; 15 426 12,—; 15 435 6,60; 15 437 11,55; 15 444 1,50; 15 448 1,45; 15 449 8,40; 15 452 8,85; 15 455 3,45; 15 457 4,—; 15 002 4,—; 15 004 3,90; 15 010 4,10; 15 011 4,95; 15 012 7,60; 15 013 1,—; 15 017 1,—; 15 022 13,40; 15 034 5,80; 15 036 3,50; 15 048 10,90; 15 052 5,65; 15 053 4,70; 15 062 Breit u. Co. 19,30; 15 063 15,45; 15 064 2,80; 15 067 7,90; 15 079 15,50; 15 080 2,80; 15 088 1,—; 15 094 5,60; 15 097 5,50; 15 201 11,30; 15 202 2,75; 15 204 5,90; 15 203 6,15; 15 206 9,70; 15 210 4,05; 15 211 4,—; 15 212 4,75; 15 216 5,75; 15 218 1,70; 15 219 1,45; 15 222 12,—; 15 223 1,—; 15 224 4,45; 15 225 2,60; 15 226 12,85; 15 701 3,40; 15 703 4,70; 15 708 9,80; 15 726 5,70; 15 727 5,—; 15 728 9,20; 15 729 2,—; 15 732 6,70; 15 733 5,80; 15 742 3,60; 15 745 2,75; 15 752 3,—; 15 754 4,45; 15 755 5,80; 15 762 3,20; 15 764 5,25; 15 765 1,50; 15 768 4,—; 15 770 7,80; 15 780 3,75; 15 786 3,30; 15 791 4,15; 15 796 4,70; 15 797 2,—; 15 803 2,45; 15 804 6,65; 15 832 0,70; 15 837 0,50; 15 838 1,85; 15 841 5,75; 15 301 1,60; 15 302 5,15; 15 304 2,35; 15 317 Bautischlerei Schubert, Kreuzbergstr. 8, 11,75; 15 318 7,20; 15 322 1,—; 15 323 1,—; 15 330 1,25; 15 332 7,65; 15 345 8,95; 15 346 16,05; 15 351 2,50; 15 353 1,90; 15 355 10,05; 15 357 22,50; 15 358 5,45; 15 359 5,85; 15 360 8,50; 15 362 2,95; 15 363 6,55; 15 364 2,15; 15 366 6,50; 15 384 2,40. Summa 1052,50.

Dritter Kreis: 500,— (darunter Listen 14 134 Golde u. Raebel 23,15; 14 181 Jalousiefabrik Freese, 2. Rate 13,45; 14 300 15,20; 14 617 Joh. Delling, Buchdruckerei 6,—; 14 687 Arbeiter der Lederfabrik Salomon 4,—; 14 688 Buchbinderei H. S. Hermann 8,—).

Vierter Kreis (Südost): 1000,—.

Vierter Kreis (Osten): 1000,— (darunter Schriftgießerei Wilh. Wöllmer 21,55; J. C. Pfaff, Saal IV 12,05; Möbelfabrik Lennig u. Jahty, Saal I—III Polierer u. Maschinenarbeiter, 4. Rate 8,35; Stern, Seeliger u. Co. 16,90; Liste 10 164 12,10 (darunter Tischlerei Daum u. Kutschkau 8,50); Liste 11 211 Piano-Mechanikfabrik Fr. Krüger 8,70; Liste 11 235 desgleichen 7,65; Bau Chausseestraße, früher Eiskeller 18,80; Möbelfabrik Ende, Mai u. Co., 3. Rate 8,05; Werkstatt Friedrich, Fruchtstr. 30 20,—).

Sechster Kreis. 2023,55. Moabit: Listen 5541 1,30; 5542 4,45; 5544 2,20; 5571 5,05; 5572 3,70; 5650 4,45; 5651 31,50; 5657 7,10; 5658 2,50; 5697 11,40; 5706 2,90; 5708 5,—; 5711 5,75; 5712 1,20; 5714 11,—; 5715 4,50; 5740 4,85; 5750 4,70; 5760 2,30; 5762 3,70; 5808 8,10; 5833 David u. Grove, Charlottenburg 16,75; 5834 11,50; 5839 13,70; 5860 2,—; 5863 18,50; 5881 5,30; 5891 15,35; 5892 10,95; 5900 6,70. Oranienburger Vorstadt: Listen 4514 3,55; 4525 0,95; 4529 3,25; 4530 31,80; 4596 4,60; 4597 1,75; 4604 1,25; 4607 13,75; 4608 5,90; 4612 6,35; 4619 7,85; 4685 6,—; 4712 1,—; 4744 4,50; 4795 1,75; 4808 2,40; 4594 1,50; 4595 3,55; 4714 7; 4719 3,25. Rosenthaler Vorstadt: Listen 4033 0,75; 4066 4,15; 4064 5,—; 4074 durch Buricke 3,50; 4111 7,30; 4113 9,20; 4114 1,25; 4137 1,—; 4149 4,85; 4202 1,20; 4207 1,20; 4214 4,55; 4215 von den Maurern Bau Held u. Franke, Spandauerstr. 9 15,80; 4239 2,50; 4240 9,90; 4241 0,80; 4251 8,25; 4274 1,50; 4288 1,—; 4308 9,15; 4316 durch Perthe 3,60; 4333 2,—; 4346 12,95; 4348 5,80; 4363 4,50; 4364 9,15; 4368 6,95; 4376 21,35. Gesundbrunnen: Listen 3005 8,45; 3015 —,50; 3018 1,75; 3033 3,60; 3044 2,30; 3050 5,55; 3146 4,90; 3151 7,—; 3153 1,25; 3161 3,70; 3162 2,50; 3163 15,60; 3169 12,25; 3172 2,90; 3173 5,60; 3198 9,75; 3201 2,45; 3202 6,20; 3221 22,70; 3222 3,30; 3223 22,85; 3224 2,45; 3252 14,40; 3253 6,15; 3254 2,20; 3263 8,95; 3273 17,40; 3274 2,70; 3283 19,20; 3300 2,70; 3301 1,—; 3315 5,85; 3316 1,90; 3318 2,90; 3320 2,95; 3328 8,10; 3332 0,80; 3334 2,40; 3338 5,95; 3341 1,95; 3343 8,80; 3344 4,—; 3345 0,75; 3356 0,50; 3358 5,80; 3368 1,80; 3370 3,85; 3379 10,—; 3385 3,50; 3389 1,—; 3392 1,50; 3393 4,70; 3391 2,50; 3396 4,50; 3400 1,05; 3402 2,40; 3404 1,50; 3466 2,10; 3467 4,15; 3477 0,85; 3478 5,50; 3479 1,75; 6601 12,15; 6602 7,25; 6603 7,10; 6601 6,55; 6612 3,95; 6616 1,—; 6618 9,60; 6619 8,50; 6620 10,90; 6222 2,65; 6625 13,—; 6816 12,10; 6843 23,25; 6777 Abt. Schwittau 11,30; 6778 desgl. 15,60; 6998 Abt. Horn 2,45; 6949 Abt. Kruse 3,35; 6960 Abt. Schibus 1,85; 6982 Abt. Gießerei 9,30; 6934 Abt. Priebe 1705; 6972 Abt. Stommel 10,60. Schönhauser Vorstadt: Listen 3542 2,75; 3546 10,05; 3547 7,—; 3560 3,25; 3567 3,30; 3592 4,70; 3594 5,50; 3597 5,05; 3598 5,35; 3599 4,50; 3627 5,05; 3629 Generalversammlung in Gotha durch Fabig-Berlin 9,50; 3656 1,60; 3658 2,05; 3659 1,65; 3660 2,20; 3661 1,60; 3662 1,70; 3663 4,85; 3665 9,70; 3667 2,30; 3668 3,90; 3670 4,20; 3672 4,70; 3674 4,30; 3675 8,85; 3699 14,20; 3700 1,20; 3704 3,—; 3738 1,—; 3746 5,25; 3742 6,15; 3743 2,50; 3744 4,05; 3745 1,70; 3756 2,85; 3757 12,—; 3758 0,50; 3760 4,30; 3781 2,20; 3783 1,—; 3785 0,80; 3901 0,75; 3923 2,95; 3924 1,40; 3925 1,05; 3930 2,45; 3940 5,50; 3955 1,80; 3957 durch Puichel 11,10; 3960 1,30; 3963 Scholz u. Zoll 9,35; 3976 2,30; 3977 5,10; 3979 5,75; 3981 2,—; 3988 4,55; 3990 7,55; 3992 2,85; 3998 0,40; 6403 2,10; 6408 7,65; 6409 4,50; 6427 4,65; 6428 5,05; 6449 7,50; 6013 3,40; 6035 3,20; 6042 3,85; 6043 11,95; 6054 ges. d. Max Laut 13,30; 6071 0,50; 6078 5,20; 6109 3,40; 6144 2,50; 6150 3,80; 6197 1,—; 6224 1,05; 6232 3,65; 6271 1,50; 6289 2,90; 6290 18,50; 6294 8,55; 6297 5,40; 6300 1,40; 6314 2,70; 6316 4,65. Wedding: Listen 5017 1,70; 5066 1,—; 5075 1,50; 5081 3,60; 5101 2,50; 5103 5,55; 5106 6,10; 5109 10,70; 5120 9,20; 5138 2,75; 5139 1,—; 5140 6,15; 5169 0,85; 5184 2,—; 5186 8,25; 5191 2,40; 5193 4,75; 5195 9,70; 5196 0,50; 5197 1,75; 5212 7,45; 5231 1,20; 5235 7,80; 5237 9,60; 5238 7,30; 5239 4,75; 5242 3,65; 5246 0,75; 5250 0,25; 5262 3,45; 5270 9,50; 5273 7,10; 5281 6,55; 5282 10,90; 5284 1,10; 5285 1,65; 5290 3,80; 5293 3,—; 5297 3,95; 5298 2,05; 5305 5,40; 5310 4,90; 5314-7,15; 5382 3,70; 5385 6,30; 5391 3,95; 5393 2,20; 5396 2,30; 5397 2,50; 5402 5,10; 5405 1,45; 5406 3,25; 5419 4,20; 5425 2,—; 5430 2,50; 5431 1,—; 5432 1,50; 5433 von den Kollegen der Firma Gebrüder Bolzani 17,65; 5434 7,95; 5435 11,75; 5440 15,75; 5441 3,85; 5446 10,—; 5479 1,50; 5481 14,40; 5495 6,75; 5498 5,70; 7015 4,15; 7016 5,65; 7017 4,—; 7061 5,20; 7060 5,50. A. E.-G., Brunnenstraße: Listen 6703 Abteilung Lehmann 2,45; 6758 Abt. Priebe 14,35; 6755 Abt. Steffen 5,80; 6754 desgl. 5,05; 6930 desgl. 4,90; 6947 Abt. Pietsch 9,55; 6769 Abt. Thiedemann 10,70; 6942 Abt. Schurig 15,90; 6964 Abt. Dahdorf 4,95; 6967 Abt. Scharnow 7,85; 6966 Abt. Kienscherper 6,35; 6963 Abt. Franz 6,90; 6962 Abt. Wernicke 18,95; 6965 Abt. Becker 18,40; 6975 Abt. Nahrstedt 15,—; 6721 Abt. Kühn 3,15; 6798 desgl. 12,45; 6929 Abt. Horn 3,70; 6926 Abt. Jänicke (Ml.) 6,25; 6907 desgl. 4,40; 6927 desgl. 6,45; 6986 Abt. Vosselius 14,75; 6587 Abt. Handrock 6,25; 6760 Abt. Thieme 3,20; 6761 desgl. 4,55; 6780 Abt. Corth 15,35; 6779 Abt. Kirstein 9,80; 6776 Abt. Schwittau 12,80; 6713 desgl. 4,25; 6925 Abt. Müller 6,95.

Wahlkreis Teltow-Charlottenburg, Zentral-Wahlverein, auf Listen und Einzelbeiträge: 1668,30 (darunter Zehlendorf auf Listen 26,25; Grünau auf Listen 15,85; Rixdorf auf Listen 560,50, Bau Leipzigerstr. 10 Zerler 12,40, desgl. 8,85, Tischlerei W. Glen 12,25, Ges. d. Schack 6,—, Summa 600,—; Rixdorf Wahlverein 100,—; Steglitz auf Listen 116,65; Wannsee auf Listen 24,50; Königswusterhausen auf Listen 51,10; Rudow auf Listen 21,95; Wilmersdorf auf Listen 104,50, Putzer Bau Kriegsakademie 11,50, Schweidnitzer Paulsbornerstraße Bau Martens u. Sohn 20,95, Tellersammlung v. 8. 8. 05 9,95, Summa 146,80; Schöneberg auf Listen 515,55, Tischlerei A. Stavenow, 4. Rate 10,25, Buchdruckerei Kettenbeil, 1. Rate 11,75, desgl. 2. Rate 6,10, Buchdruckerei Schoiem 13,75, Photographen ges. d. B. Franke 5,80, Summa 563,20; bereits abgeliefert 1616,75, im ganzen 3285,05.)

Berlin, diverse: Klempner Max 1,—. Vergolder von Raschig, 5. Rate 6,20. Durch Oesterle 10,—. Von den Kollegen der Firma Eckstädt u. Robert, Brandenburgstr. 35 10,20. Möbelfabrik Otto u. Co., Elbingerstr., 2. Rate 12,—. Sechserkasse Herm. Zeye u. Co. 5,—. Franz Henschel 1,—. Rich. Henschel 0,50. Druckereihilfsarb. des „Vorwärts“, Abt. Rotationssaal, 10,—. Gesangverein Senefelder 25,—. Vereinigte Gesang- u. Sparvereine i. d. „Neuen Welt“ 11,77. Ges. am 27. Sept. bei einer roten Hochzeit 5,10. J. R. 1,—.

Sonstige Eingänge: Luckenwalde durch Emil Scharschmidt 81,65. Torgelow, O. J. 3,—. Schwarzenbach a. S., sozialdemokr. Verein 10,—. Stendal, vom Wahlverein 39,—. M.-Gladbach, ges. d. d. sozialdemokr. Wahlverein Filiale M.-G. 43,60. Bunzlau i. Schl., Wahlverein Bunzlau-Lüben 20,—. Freiburg i. Br., sozialdemokr. Verein 20,—. Meißen, Ortsgruppe M. der Parteigenossenschaft d. 7. sächs. Reichstagswahlkreises 100,—. Hamburg-Altona-Ottensen, auf Listen gesammelt 5000,—. Westliches Westfalen durch König, Dortmund, 1. Rate 1000,—. Elbing, sozialist. Arbeiter ihren Brüdern im Zarenreiche 2. Rate 20,—. Horstermark (Kr. Recklinghausen i. W.), v. Parteigenossen durch Sch., Bochum, 13,88. Johannisthal b. Berlin, Laubenverein Transvaal 10,—. Toluisa (Mexiko), deutsche Glasarbeiter (durch den Zentralverband der Glasarbeiter) 100,—. Mitterteich, vom sozialdemokratischen Verein 10,—. Aachen, durch P. C. 50. Schwiebus, v. d. Schw. Parteigenossen ges. durch d. Zentralwahlverein des Kreises Züllichau-Schwiebus 61,60. Stettin, Zentralverband der Maurer, Zweigverein St. 100,—. Züllichow, v. Verband d. Hülsarbeiter, Zahlstelle Z. 50,—. Randow-Greifenhagen Wahlkreis auf Listen ges. 90,85. Trier, gesammelt v. Parteigenossen 5,—. Wittenberge, d. d. Kreisvertrauensmann auf Listen ges. 51,30. Hann.-Münden, auf Listen gesammelt, übersandt durch F. A. 56,62. Flensburg durch C. L. 103,60. München, J. M. 10,—. Rixdorf, ges. durch Kr. in der Brauerei Happold 5,—. Darmstadt, von den Parteigenossen 2. Rate 143,—. Arnstadt, v. d. Gewerkschaftskommission 30,—. Charlottenburg, Verb. d. Bauarbeiter 5,—. Potsdam-Spandau-Osthavelland, Kreiswahlverein 3. Rate 500,—. Magdeburg, sozialdemokr. Verein 1800,—. Güstrow, vom Gewerkschaftskartell gesammelt 51,10. Marburg, A. K., Kandidat der Theologie 10,—. Weimar, sozialdemokr. Volksverein 2. Rate 25,—.

Summa 20 862,68 M. Bereits quittiert 95 528,08 M. Im ganzen 116 390,76 M.

Berlin, den 10. Oktober 1905. A. Gerisch, Lindenstr. 69.

Für die ausgesperrten Arbeiter und Arbeiterinnen der Elektro-Industrie Berlins und Umgegend

gingen ein: a Conto auf Listen gesammelt von Fricke 179,05. Gesammelt Warschauerstr. 15 6,—. Werkstattsitzung Horn u. Hummel 15,10. Liste 5983 27,35. Koll. d. Kronenfabrik v. Witte u. Pinsker, außer Schleifer, 1. Rate 13,60. Fechner, Liste 1763 16,15. Koll. der Firma Fritz Schindler 12,40. Liste 6513, d. Noack gesammelt 16,65. Koll. d. Tischlerei Schwarz u. Fröhlich 20,20. Koll. von Baschwitz, Seydelstr. 25 47,50. Koll. der Möbelfabrik Stern 25,25. Von Freund 100,—. Koll. der Möbelfabrik Röthling 26,85. Arbeiter der Klaviaturfabrik Bohn u. Co. 19,05. Ges. Abendtisch d. Rauchklubs „Neuer Hain“ M. d. A.-R.-B. 6,50. Zentr.-Verb. d. Töpfer auf Listen: Bau Gielow, Liebenwalderstraße 15,65. Liste 2705 14,25. Liste 4047 19,10. Liste 4066 7,50. Liste 4046 5,—. Liste 4035 18,50. Liste 4038 9,90. Liste 2702 durch Frohber 6,05. Liste 4056, Bau Schuppmann 14,50. Liste 2713, Bau Ledermann 11,10. Liste 2717 26,—. Bau Crefelderstr., Firma Emil Schwartz 10,—. Liste 2006 von d. Firma Steiner 30,60. Tischlerei Boyenstr. 41 11,—. Arbeiter d. Möbelfabr. Schnar u. Hanke 17,50. Pfefferberger-Ausschank d. Kahle 2,20. Schlosser. Wücke Nachf. 10,—. Verb. d. Bauarbeiter, Bez. Alt-Glienicke 20,—. Verb. d. Hafenarbeiter, Sektion d. Bretterträger 60,—. Mix u. Genest, Saal Stein 44,—. Koll. d. Firma Autrick 38,75. Bautischlerei Wegner, Wilmersdorf 70,75. Ges. d. Schäfer, Lützowstr. 107, 14,60. Daimler Motorengesellsch., Abt. 5 142,50, Abt. 3 u. 4 129,—. Fliesenleger v. Schmalisch u. Böhlow am 7. 10. 05 37,50. Neubau Reimer, Hardenbergstraße, 23,50. Gewerkschaftskartell Schöneberg Listen 62, 75, 77, 78, 81 49,05. August, laß los 7,—. Von Knauer 5,—. Arbeiter d. Möbelfabrik Eiche 19,40. Ges. d. Bergmann, Gerichtstr. 74, 18,45. Seidenschnur 15,65. Koll. v. Schuster u. Baer 50,30. Koll. d. Firma Freese 27,50. Buchdruckerei Krebs 19,10. Möbelfabrik Viktoria 15,25. Werkstatt v. Wm. Eichel, Stettinerstraße, 9,—. Prächtel, Boeckhstraße 25, 14,05. Tischlerei Gabbert, Wassertorstraße 8,80. Armin u. Tenner, Neue Königstr. 5 22,70. Tischlerei Körner, Chausseestraße 18,80. Engel u. Wegener, 1. Rate 23,50. Hölscher, Masch.-Fabrik 12,—. Waffen- und Munitionsfabrik 73,15. Buchdruckerei Drewitz 14,10. Tischlerei Baucke 8,—. Metallarbeiter-Verband, Bauanschläger, ges. 8./10. 05 74,85. Verb. Bauanschläger, Ueberschuß Dampferpartie 50,—. Paul Meyer 13,85. Dürrhölter Schölzel 43,30. Personal der Schriftgießerei u. Messinglinienfabrik Berthold 141,50. Tischlerei Lüdke, Gitschinerstraße 23,80. Arbeiter v. Kilian, Lichtenberg 82,—. Kollegen und Kolleginnen v. Falkson 26,25. Polierer v. R. O. Dischleit 8,40. Werkzeugmacher v. Prosahn 14,—. Vierprozente Tischlerei Koppermann 10,—. Bautischlerei Faber 7,15. Tischlerei Löchel 12,85. Tischlerei Lerpsewski 14,70. Kollegen v. Schneider, Stuhlbau 28,20. Desgl., Taxameterbau 57,20. Aus der übervollen Kompottschüssel einiger Elender 16,50. Stiftungsfest des Berliner Radfahrer-Vereins, gesammelt durch Seidenschur 13,75. Pianinofabrik Giese, Reinicke u. Co., außer zwei 11,60. Personal der Buchdruckerei von B. Boll 40,05. Möbelfabrik Maul, Naunynstraße, 14,—. Arbeiter der Bergmannschen Masch.-Fabrik 14,25. Arbeiter der Beermannschen Masch.-Fabrik, Liste 1998 22,95. Listen 2000, 2001, 3414, 3415, 3416, 3417, 3418, ges. v. Arbeitern der Beermannschen Masch.-Fabrik 189,90. Polster- und Dekorations-Werkstatt der Firma Gerson 33,—. Buchdruckerei „Post“ 31,05. Tapezierer der Firma Jäkel 13,—. Arbeiter-Raucher-Bund Berlin und Umgeg. 500,—. Hand, Liste 4912 12,75. Maler der Firma Redlin 21,15. Arb. d. Masch.-Fabrik Uhlmann 21,—. Arb. d. Tapetenfabr. Putzrath 6,15. Lange u. Gutzeit, Lackierer 28,25; Stellmacher 44,30. Noack u. Co. 12,50. Musikverein „Gemütlichkeit“ 9,—. Kollegen d. Firma Lind Nachfl., Geuthinerstr. 3, 39,—. Möbelfabr Barth, Urbanstr., 27,85. Kollegen v. Pinkus, Dresdenerstr., 22,20. Kammacher 10,25. Tischlerei der Firma Hüllenbeck, Listen 5107—5110 93,35. Tischlerei Rößler u. Schmidt 18,60. Kollegen v. Speierer u. Co., Marienfelde 131,35. Amoz 9,10. Buchbinderei Büttner, Oranienburgerstr. 1—3, 17,50. Arbeiter d. Firma Koch u. Bein 15,45. Neubau Wildau 12,70. Koll. der Firma Kröning 4,—. Koll. v. Gerhardt, Oranienburgerstr. 20,40. Amelung 15,85. Atelier Blumeshof 8,—. Arb. v. Schuchknecht 11,20. Arb. v. Taust 4,25. Koll. d. Metallgießerei Klette 29,65. Bautischlerei Hollstein, I. Rate 7,60. Pianofabrik Quandt d. Bischof 31,25. Koll. d. Firma Haupter, Luisenstraße 23,50. Arb. d. Mützenfabrik Fränkel u. Röhr 11,—. Koll. d. Firma Lüben d. Busse, Listen Nr. 4889—4894, 123,95. Ges. im Verein d. jugendl. Arb. 19,—. Koll. d. Firma Arnheim, Abt. Schloßbau u. Anschlägerei 85,25. Liste 5892 5,60. Liste 4552 10,—. Vom Koll. Vollmar auf Listen a konto 610,—. Ueberschuß v. allgemeinen Bundesfest Spandau 245,—. Liste 5899 9,15. Mitgl. d. Metallarb.-Krankenkasse, Fil. Friedrichsberg 30,—. Fricke auf Listen a konto 545,80. Liste 6694 24,05. Rauchklub Pfälzer, R. D. A.-R.-B. 10,—. Ges. d. Hoffmann, Pasewalkerstraße 16,10. Zentralverband der Maurer, Sektion der Putzer: Liste 3131 10,—. Liste 3115 11,50. Liste 3105 20,75. Liste 3103 38,80. Liste 3085 9,—. Liste 3080 15,—. Liste 3074 5,—. Liste 3070 12,—. Liste 3068 13,10. Liste 3065 7,—. Liste 3064 20,85. Liste 3059 11,50. Liste 3057 19,50. Liste 3056 26,75. Liste 3050 13,95. Verband der Sattler, Ortsverwaltung Berlin, auf Listen gesammelt 446,25 (darunter: Wagenfabrik Leuschner 60,—. Gasmesserfabrik Baumgarten u. Sohn 37,20. Bildhauer u. Stukkateure d. Firma Micker 13,75. Einseher Bez. 3 Moabit 13,75. Koll. d. Zyrophonwerke Ad. Lieban u. Co. 53,25. Kühnle, Liste 4551 8,75. Rote Hochzeit, Groß-Lichterfelde 4,45. Rohrleger u. Helfer der Firma Hempel u. Zimmer 17,50. Möbelfabr. Stern, Liste 5388 80,—. Riesel u. Kümmer, Tischlerei 21,50. Tellersammlung bei Fröbel durch Mors 26,60. Liste 6715 R. D. B. 23,50). Auf Listen vom Zentralverband der Maurer (Zweigverein Berlin): Liste 5511 von den Maurern und Arbeitern Bau Luisenstr. 20, 1. Rate 58,75. Liste 3019 Bau Pariser Platz, darunter 6,20 von den Bauarbeitern 27,30. Listen 3009/3010 vom Bau Lindowerstraße, Firma Mittag 41,05. Liste 3016 vom Bau Heinersdorferstr. 17 13,65. Liste 2895 Bau Schultheiß II, Firma Holland 20,85. Liste 5530 Schulbau Reinickendorf-West 12,80. Liste 5527 Bau Kriminalgericht Moabit 19,50. Auf Listen 2892 14,70, 3015 14,—, 3014 11,—, 3013 14,50. Liste 3830 vom Bau Sophienstr. 17/18 (Liste v. and. Gewerksch.) 24,70. Liste 3021 vom Bau Flotowstr. 9 17,10. Liste 3018 8,25. Liste 3023 2,70. Vom Bau Köppen, Bollankstraße, von Maurern und Bauarbeitern 13,25. Liste 5803 21,05. Liste 2850 vom Bau Elberfelderstr. 38 20,05. Liste 2854 17,40. Liste 2903 vom Haupt-Telegraphenamt Französischestraße 13,80. Liste 2901 vom Bau Patentamt, v. Maurern u. Bauarbeitern 25,45. Liste 2900 Bau Tempelhof, durch Anderich 10,90. Liste 3020 12,—. Liste 2097 Kirchenbau Birkenstraße 21,55. Liste 2994 vom Bau Birkenstraße 55 12,30. Liste 2999 15,55. Liste 2995 22,70. — Verband der Töpfer (Filiale Berlin) auf Listen: Liste 2696 Bau Pfleger, Hennigsdorferstraße 10,—. Liste 2698 Bau Zohn 10,50. Liste 2719 Bau Schwarz, Hohenlohestraße 12,50. Bau Thiele, Monumentenstraße 11,50. Liste 4050 Bau Schirmer 12,50. Liste 2715 Bau Hanaske 9,—. Liste 2711 Bau Raasch 26,15. Liste 4057 durch Kühlhorn 5,—. Liste 2873 Bau Dornbusch, Moabit 16,50. Bau Ohlemann, Mariendorf 6,25. Auf Listen 5745 10,70. 5749 5,55. 5750 17,15. 6805 8,40. 6810 9,70. Akkumulatorenwerk Rapid, Schöneberg 16,50. Siebert, Oranienstraße, erste Rate 6,—. Schütze u. Freund, Neu-Lichtenberg 29,50. Alexanderwerke, Neue Jakobstraße 50,30. Drechslerei J. H. Krohn, 1. Rate 5,25. Liste 6654 6,90. Berliner Messingwerke, Alexandrinenstraße 32,75. Hülfsarb. der „Woche“, Zahlstelle III 5,50. Tischlerei Kraft, Fürstenstraße 9,50. W. Wernicke, Grüßestraße 16,25. Männerchor „Süd-Ost“ 10,—. Tischlerei Küster, Greifswalderstraße 20,95. Liste 4560 5,55. Tischlerei Handmann, Grünauerstraße 9,85. Gesangverein „Nordstern“ 10,—. Tischlerei Sänger, Mauerstraße, 1. Rate 22,50. Liste 3028 11,75. Möbelfabrik Groschkus, 1. Rate 80,70. Personal von Hopp u. Kürzweg 24,—. Arbeiter d. F. Werner, Saal p. 26,15. Liste 5403 17,45. Former und Gießereiarbeiter Weberstr. 7 16,55. Maurer A. Schröter, Kopernikusstraße 8,—. Desgleichen 9,20. Riedel 6,85. Tischlerei Rahn, Brunnenstraße 35,10. Desgl. Vierprozente 50,—. Möbelfabrik Dibbelt u. Rothe 10,50. Möbelfabrik Vater 9,—. Dekorateure v. Dupke 9,—. Gewerkschaftskartell Spandau: Listen: 1274 7,10. 1276 11,—. 1277 6,60. 1279 17,20. 1280 13,60. 1281 29,70. 1282 10,—. 1283 2,70. 1286 11,75. 1287 8,85. 1288 14,40. 1289 6,50. 1290 6,95. 1291 18,65. 1292 10,— 1293 16,—. 1294 6,70. 1295 13,—. 1296 4,95. 1297 3,05. 1298 14,65. 2542 25,50. 2547 1095. 2555 6,—. 2556 14,30. 2557 18,25. 2558 30,40. 2559 36,50. 2563 10,60. 2566 3,45. 2568 4,10. 2569 2,20. 2570 32,15. 2571 1,50. 2573 1,25. 2574 9,—. 2575 17,10. 2576 21,25. 2577 25,80. 2579 19,55. 2581 6,85. 2589 18,65. 2593 5,20. 2594 7,55. 2596 7,60. Liste 5399 25,25. Verb. der Schmiede a Konto 200,—. Kollegen d. F. Huth u. Co. 29,25. Liste 47,55. Zimmerer der Irrenanstalt Buch 7,—. Teppichf. Salomon, Ober-Schöneweide 20,40. Akkumulatoren-Tischler Pflüger 15,80. Liste 2137 d. B. 30,05. Liste 2138 Töff-Töff 29,45. Liste 2139 C. F. 13,40. Liste 2134 C. F. 10,—. Näherei d. D. G. A. Alte Jakobstr. 8,50. Otto Fenske, Schwedterstr. 15 13,—. Tellersammlung 5. 10. bei Giersch 10,—. Listen 3487, 88 u. 89 57,95. 5982 22,05. Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik. Auf Listen: 1394 Abt. Orban 43,40. 1395 Abt. Belzer 44,75. 1396 Abt. Neubauer 33,80. 1397 Abt. Christenson 64,85. 1398 Abt. Kugelbau 46,60. 1399 Abt. Hitzler 60,95. 1400 desgl. 48,55. 1401 Abt. Heinemann 78,25. 1402 Abt. Roloff 176,60. 1403 Abt. Roloff 44,40. 1404 Restaurateur Hircher, Antonstr. 4 12,15. 1405 Abt. Hennig 92,25. 1406 Abt. Will 99,—. 1407 Abt. Revision 35,15. 1408 Abt. Betrieb 39,30. 1410 Abt. Betrieb 26,50. 1411 Abt. Groß 50,50. 1412 Abt. Bülow 91,15. 1416 Abt. Ulbrich 137,50. 1417 Abt. Lindner 53,—. 1419 Abt. Will 30,70. 1420 Abt. Bahr 103,90. 1421 Abt. Orban 92,50. 1423 Abt. Schleiferei 19,—. Abtheilung Kastenbau d. G. Berliner, Uferstraße 52,—. Gesammelt in der Schlosserherberge 14,40. Arb. d. Firma Gnegel, Kolonieſtr. 11,05. Arb. d. F. Atlas 20,50. Arb. d. F. Schuke 5,85. Bautischlerei Weiß, Schöneberg 16,50. Katholisches Vereinshaus 9,—. Fr. Henschel 2,—. R. Henschel 1,—. Schulze u. Berg 15,50. Arb. d. F. Max Busse 18,40. Arbeiter der Firma Küstermann u. Co. 22,25. Kollegen d. F. Navotny 12,60. Glenkes Bierhaus 23,55. Kollegen d. F. Hollmann 5,50. Lederwarenfabrik Neuenburgerstraße 18,55. Bautischlerei C. Richter 9,50. Pohl, Liste 3851 20,55. Bautischlerei Pohl, Liste 3850 17,40. Göblichers Tanzschule 6,—. Neumann, Liste 4251 20,65. Restaurateur Lehmann, Grimmstr. 5,—. Firma C. K. 20,—. Aus den Katakomben, Passage 8,50. Arbeiter der deutschen Nieleswerke 213,45. Verband der Schneider a Konto 100,—. Mitgl. d. Allgem. Kranken- und Sterbekasse Nr. 29, Filiale 4 63,—. Geburtstag Borsigstraße 3,25. Bäckermeister Schubert 3,—. Handelsarbeiter und Stammtisch I und II K. Nisch, Koppenstraße 14,60. Hochzeitsgesellsch. A. D. Drynke 2,—. Buchdruckerei Joleib 9,60. Schlosserabteil. Jakob 13,60. Liste 1390 22,75. Bauarbeiter vom Viktoriaspeicher 15,85. Liste 9126 14,55. Die Richardsdorfer d. Glecker 50,—. Liste 6516 15,40. Arbeiter d. F. Kärger 67,—. Nähmaschinenfabrik Gutmann, 1. Rate 24,85. Arb. d. F. Bostuda 35,50. 4 Monteure aus Essen 21,—. Katschinski 20,35. Tischlerei A. Töpke, 1. Rate 24,75. Schäfer u. Walcker Liste 4815 19,05. Desgl. d. P. Lange Liste 4813 17,85. Desgl. d. Eisemann Liste 4814 35,20. Stockfabr. Gebr. Goldmann 5,85. Möbelfabrik K. u. A. Schulz, Boxhagenerstr. 58,35. Buchdruckerei B. Paul, Wilhelmstr. 12,—. Buchdruckerei Rosenthal u. Co. 13,75. Bergas Gebr., Schillingstr. 25,45. Bau E. Weyl, Ecke Elsasserstr. 19,15. Tischlerei Kömmling 8,80. Auf Listen: 4887 23,80. 2501 13,—. 2507 14,20. 2509 22,60. 3877 10,—. 3882 11,70. 3384 20,35. 3385 12,50. 3387 16,20. 3388 30,95. 3391 9,50. 3395 17,10. 3397 33,15. 4428 24,65. 4432 5,—. 4434 14,55. Kassenbeamten: O.-Kr.-K. der Töpfer Liste 1457 1,—. O.-Kr.-K. der Gürtler Liste 1459 8,—. O.-Kr.-K. der Klempner Liste 1461 6,50. O.-Kr.-K. der Maler Liste 1463 13,—. O.-Kr.-K. der Bäcker Liste 1464 4,50. O.-Kr.-K. der Sattler Liste 1466 2,—. O.-Kr.-K. Mariendorf Liste 1474 17,—. O.-Kr.-K. d. Drechsler Liste 1475 26,—. O.-Kr.-K. d. Maschinenb. Liste 1487 22,75. O.-Kr.-K. für Wäschefabr. Liste 1489 5,10. O.-Kr.-K. d. Kaufl. rc. Liste 6720 200,—. Personal der Firma Nauck u. Hartmann 25,65. M. H. 1000,—. Töpfer von Bär, Rixdorf 8,50. Koll. d. Firma Borsig a Konto 1000,01. Koll. v. Panzer, Badstraße 77,30. Koll. v. Arnheim, Schrankbau 20,70. Ritter, Grünauerstraße 19 9,—. Koll. v. Arnheim, Safes u. Schrankbau 31,95. Koll. d. Maschinenfabrik Hummel 54,—. Hencke 23,—. Koll. v. F. Gäbert (dar. v. Hummel 5,—) 94,50. Listen 4706 u. 4707 32,25. Koll. v. Golz u. Brantmann 26,25. Koll. v. Fritze m. Budiker v. Rummelsburg, 1. Rate 17,—. Koll. v. Hasse, Lindowerstraße 91,55. Koll. v. Bolzani 100,—. Liste 3882 16,80. Kellerarbeiter, Sektion Handels- u. Transportarbeiter 10,—. Stellmacher der Wagenfabrik Dittmann 23,—. Schlosser von Dittmann 23,05.

Bereits quittiert 25 474,74 M., hierzu 15 181,56 M., Gesamtsumme **40 656,30 M.**

Weitere Sendungen werden entgegengenommen im Gewerkschaftsbureau von 11—1 und 6—8 Uhr, Sonnabends und Montags von 4—8 Uhr im Saal III.

Postsendungen sind an A. Körsten, Engel-Ufer 15, zu richten.

Der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission.

Siebente (außerordentliche) Generalversammlung des Deutschen Werftarbeiter-Verbandes.

(Abgehalten am 9. Oktober und folgende Tage in Bremerhaven.)

Die Generalversammlung tritt um 9¼ Uhr morgens im Saale des Gasthofs „Zur Eiche“ zusammen. Anwesend sind 27 Delegierte, zwei Vertreter des Vorstandes, ein Vertreter des Verbandsausschusses sowie von der Generalkommission der Genosse Silberschmidt-Berlin. Nach einer kurzen Begrüßungsansprache durch den Obmann des Lokalkomitees, Schlüter, eröffnet der Verbandsvorsitzende Oellerich die Verhandlungen. Als einziger Verhandlungsgegenstand steht auf der

Tagesordnung:

„Auflösung des Verbandes und Anschluß der Mitglieder an andere Organisationen.“

Nach Erledigung der sonst üblichen geschäftlichen Angelegenheiten erhält das Wort zum einleitenden Referat

Oellerich (Verbandsvorsitzender): Ein gedruckter Geschäftsbericht von seiten des Vorstandes liegt nicht vor. Die Situation, in der sich der Verband zurzeit befindet, wird klar genug beleuchtet werden, wenn ich den der im Juni d. J. stattgefundenen ordentlichen Generalversammlung vorgelegten Geschäftsbericht für die letztverflossenen paar Monate mündlich ergänze.

Es sind im Laufe des Jahres fast sämtliche Mitgliedschaften in mehr oder minder starkem Maße an Lohnbewegungen beteiligt gewesen; einige Orte sogar mehrere Male, so daß, wenn man dies in Betracht zieht, über 100 Proz. der Mitglieder sich im Kampfe befunden haben. Und unter diesen Kämpfen waren sehr schwere. Der Flensburger Streik hat beispielsweise über 15 Wochen gedauert. Daß selbst eine finanzkräftige Organisation, wie es der Werftarbeiter-Verband zu Anfang des Jahres war (er verfügte über einen Kassenbestand von fast 20 M. pro Mitglied), eine derartige Belastung auf die Dauer nicht auszuhalten vermag, liegt auf der Hand. Der Vorstand hat dann auch nicht mehr Kämpfe bewilligt, als die Kassenverhältnisse gestatteten. Die Taktik des Vorstandes ging darauf hinaus, im verflossenen Halbjahr zunächst auf den Werften, wo noch die tägliche Arbeitszeit 10 Stunden überstieg, den Zehnstundentag durchzudrücken. Die für diesen Zweck inszenierten Bewegungen wurden gut und planmäßig vorbereitet und endeten auch ohne Ausnahme nach höchstens kurzem Kampfe mit vollem Erfolg. Mit der großen Neptunwerft in Rostock wurde sogar ein Tarifvertrag abgeschlossen; das ist das erste Mal, daß eine deutsche Werft eine Gewerkschaft als vertragsfähigen Faktor anerkannte. Andererseits wurde aber der Verband durch andere Gewerkschaften in Kämpfe verwickelt, die von vornherein aussichtslos waren und auch höchst unglücklich verliefen, dabei aber die Kosten des Werftarbeiter-Verbandes völlig erschöpften. In erster Linie ist hierher zu rechnen der Flensburger Streik. Auch dort waren die Verhältnisse so ungünstig für einen Kampf, daß jeder einsichtige Mensch den Arbeitern eine sichere Niederlage vorher sagen konnte. Die in Frage kommenden Organisationsleiter waren sich auch einig, daß alles aufgeboten werden müsse, um den Streik zu vermeiden. Nur die Vertreter des Metallarbeiter-Verbandes, die zwar auch bezüglich der Aussicht auf Erfolg den Standpunkt der übrigen Gewerkschaftsleiter teilten, handelten bei der Inszenierung der Lohnbewegung unsolidarisch. Mitgliedern freie Hand!“ Am nächsten Morgen wurde die Botmitgliedern freie Hand!“ Am nächsten Morgen wurde diese Botschaft von den an der Sitzung, wo diese Erklärung gefallen, beteiligt gewesenen Vertrauensleuten des Metallarbeiter-Verbandes auf der Werft publik gemacht, es wurden in der Frühstückspause in den

Werkstätten Versammlungen abgehalten, Abstimmungen vorgenommen und im Laufe des Vormittags noch liefen die Arbeiter, soweit sie streiken wollten und konnten, aus der Werft hinaus. Stehen blieben etwa 600 Arbeiter, Lehrlinge usw.; also nahezu ein Drittel der auf der Werft überhaupt Beschäftigten. Die Werft war also durchaus imstande, alle dringenden Arbeiten zu erledigen, zumal sie vorzügliche technische Einrichtungen besitzt. Andererseits waren die von den Arbeitern, namentlich unter Anweisung des Bezirksleiters vom Metallarbeiter-Verband, Gotthusen-Hamburg, ausgearbeiteten und ohne Vorwissen der übrigen Verbandsvorstände eingereichten Forderungen derartige, daß ein so planlos begonnener und so unvollkommener Streik, wie der in Rede stehende, die Werft niemals veranlassen konnte, die Forderungen zu bewilligen. Man forderte beispielsweise außer Lohnerhöhungen bei Akkordarbeiten die Sicherung eines Akkordüberschusses von 30 Proz. usw. Dabei konnte die Werftleitung in Flensburg Jahresverdienste erzielen, wie auf keiner anderen deutschen Werft. Alles in allem war, wie bemerkt, an einen Erfolg nicht zu denken. Und so bemühten sich denn die Leiter der beteiligten Verbände, den Streik möglichst schnell zu beenden. Dabei tanzten aber auch wiederum die Metallarbeiter außer der Reihe, respektive waren sie es, die die Mitglieder anderer Verbände zum Widerstand gegen ihre Führer aufreizten.

Zu derselben Zeit gingen auch die im Metallarbeiter-Verband organisierten Kesselschmiede der Schiffswerften in Bremerhaven mit Lohnforderungen vor, obgleich ursprünglich von den maßgebenden Personen unter den beteiligten Verbänden vereinbart worden war, daß bis zur Beendigung des Flensburger Kampfes weitere Kämpfe, insbesondere in Bremerhaven vermieden werden sollten. Die Forderungen der Kesselschmiede waren nicht übertrieben. Auch die Werftleitungen machten Zugeständnisse, so daß es sich nur um ein ganz winziges Kampfobjekt handelte. Trotzdem trieben die verantwortlichen Leiter der Kesselschmiede die Dinge bis zur Aussperrung sämtlicher Arbeiter der großen Werften in den Unterweserorten, in Bremen und in Vegesack. Wegen zirka 100 Kesselschmieden, die die Werften durch Streik zwingen wollten, ihre Zugeständnisse noch um einige Pfennige zu erhöhen, mußten 8—10 000 Arbeiter aufs Straßenpflaster fliegen. Und dabei wußten die Metallarbeiter ganz genau, daß der Kampf zuungunsten der Arbeiter ausfallen mußte; wenn nicht aus anderen Gründen, so doch, weil der stark beteiligte Werftarbeiter-Verband infolge der vielen bereits überstandenen Kämpfe nicht mehr finanzkräftig genug war, um eine wochen- oder monatelange Machtprobe, an der etwa ein Drittel der gesamten Mitglieder beteiligt waren, aushalten zu können. Diese Dinge waren den Metallarbeitern bekannt. Und es handelte sich für die verantwortlichen Leiter der Bewegung auch weniger um einen Erfolg gegenüber dem Unternehmertum, vielmehr sollte durch den Kampf nur der Werftarbeiterverband aktionsunfähig gemacht werden. Das hat der Bezirksleiter Gotthusen (Metallarbeiter) gegenüber dem Bezirksleiter des Holzarbeiter-Verbandes, Genossen Röske, auch unzweideutig genug erklärt. Und der Geschäftsführer der Metallarbeiter in Bremerhaven hat zu einem hier im Saale anwesenden glaubwürdigen Kollegen ohne Scheu gesagt: „Wenn Euch Flensburg nicht das Genick umdreht, geben wir Euch in Bremerhaven noch etwas zu knacken, dann wirds wohl kommen!" Auch bei der Beendigung des Flensburger Streiks hat man seitens der Metallarbeiter noch mit den perfidesten Mitteln gearbeitet, um den unglücklichen Kampf zu verlängern, so daß schließlich die übrigen Verbände gezwungen waren, die Unterstützung den Streikenden zu entziehen. Vollends schofel war das Benehmen der Leiter des Metallarbeiter-Verbandes, die die Aussperrung an der Unterweser durch Aufhebung des Kesselschmiedestreiks aus der Welt schaffen mußten. Diese verbreiteten geflissentlich, der Kampf würde zweifellos mit einem Siege geendet haben, wenn er nicht lediglich wegen Betreiben des bankrotten Werftarbeiter-Verbandes hätte abgebrochen werden müssen. Der Geschäftsführer der Bremerhavener Metallarbeiter versuchte dann noch, die Ortsverwaltungen anderer Gewerkschaften scharf zu machen zur Einreichung von Foederungen auf den Werften, nur um das begonnene Werk der Vernichtung vollständig zu machen.

Nun, das letztere ist den Leuten auch so gelungen. Wie aus der letzten Quartalsabrechnung ersichtlich, sind die Kassen völlig erschöpft. Die ausgeschriebene Extrasteuer hat eine nennenswerte Besserung der Finanzlage nicht ergeben. Wir sind somit nicht in der Lage, unsere Mitglieder nötigenfalls ausreichend zu unterstützen. Zwar haben wir in einer Konferenz von Vertretern der Vorstände der für die auf Werften beschäftigten Arbeiter in Frage kommenden Gewerkschaften ersucht, auf unsere momentan ungünstige Finanzlage bei der Inszenierung von Streiks Rücksicht zu nehmen. Man hat uns auch einiges Entgegenkommen gezeigt, bindende Versprechungen konnten aber natürlich nicht abgegeben werden. Neuerdings drohen uns vielmehr schon wieder Differenzen. Die Mitglieder befinden sich also ständig in Gefahr, in Kämpfe verwickelt zu werden, ohne Unterstützung zu erhalten. Aus diesem Grunde fühlen sich Vorstand und Ausschuß veranlaßt, den Mitgliedern die Auflösung des Verbandes und den Anschluß an andere Organisationen dringend nahe zu legen.

Vorstand und Ausschuß sind dementsprechend sich auch über die Vorarbeiten einig geworden und hat der Vorstand, um möglichst eine Zersplitterung der einzelnen Branchen zu vermeiden, Unterhandlungen mit den Verbandsvorständen der Holz- und Metallarbeiter über etwaige Uebertrittsbedingungen gepflogen.

Der Vorstand des Holzarbeiter-Verbandes hat sich auch sofort bereit erklärt, den etwa korporativ übertretenden Holzarbeitern die Mitgliedschaft im Werftarbeiterverband auf die Unterstützungseinrichtungen des Holzarbeiter-Verbandes voll anzurechnen, obgleich dies im Statut des letzteren gar nicht einmal vorgesehen ist. Auch will der Holzarbeiter-Verband den Schiffszimmerern bei etwaigem Uebertritt betreffs Sektionsbildung Konzessionen machen.

Der Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes hat indes alle Zugeständnisse abgelehnt. Obgleich diesem Verbande wohl die Mehrheit der Mitglieder zuzuteilen wäre, will er den Mitgliedern nur drei Viertel der geleisteten Wochenbeiträge anrechnen. Bei korporativem Uebertritt will der Metallarbeiter-Verband die Werftarbeiter also schlechter stellen, als bei Einzelübertritt, wo schon laut Statut die volle Mitgliedschaft angerechnet wird. Außerdem will der Metallarbeiter-Verband auch den Werftarbeitern weder Sektionsbildung gestatten, noch ihnen eine besondere Rubrik in der „Metallarbeiter-Zeitung" einräumen. Ebenfalls wurde die Uebernahme der Beamten abgelehnt, im übrigen aber die Uebernahme des Verbandes mit Aktiven und Passiven von dem Ergebnis einer vorherigen Prüfung der Bücher des Werftarbeiter-Verbandes abhängig gemacht.

Unter diesen Umständen glaubten Vorstand und Ausschuß, daß ein korporativer Uebertritt zum Metallarbeiter-Verband nicht durchführbar ist. Der Vorstand hat sich deshalb in letzter Stunde auch noch an den Fabrikarbeiter-Verband gewendet. Dieser hat indes die Aufnahme der Mitglieder grundsätzlich abgelehnt, hauptsächlich um die Reibungsflächen zwischen dem Metallarbeiter-Verband und sich nicht zu vergrößern. Die übrigen in Frage kommenden Branchenverbände werden den übertretenden Werftarbeitern die bisherige Mitgliedschaft voll gutbringen. Deshalb empfehlen Vorstand und Ausschuß den Mitgliedern, soweit sie Holzarbeiter, zum Holzarbeiter-Verband, den übrigen Mitgliedern zu einer für ihren Beruf passend erscheinenden Organisation überzutreten.

Nach einigen kurzen Erklärungen aus den Reihen der Delegierten, die sich auf Meinungsäußerungen von im Saale anwesenden Metallarbeitern beziehen, wird in die Mittagspause eingetreten.

Die Nachmittagssitzung wird um 2 Uhr mit der Verlesung eines vom Geschäftsführer der Bremerhavener Metallarbeiter eingelaufenen Briefes eröffnet. Der Schreiber glaubt, weil die von ihm schriftlich erbetene Zulassung mit beratender Stimme vom Vorstand des Werftarbeiter-Verbandes auf der Generalversammlung nicht befürwortet worden ist, dem Vorstand ein schlechtes Gewissen zum Vorwurf machen zu können; er behauptet weiter, daß Oellerich die mit dem Metallarbeiter-Verband gepflogenen Unterhandlungen nicht objektiv dargestellt habe; insbesondere sei der Metallarbeiter-Verband laut eines neueren vom Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes an den Schreiber gerichteten Briefes bereit, den Werftarbeitern die bisher geleisteten Beiträge voll anzurechnen. Schließlich ersucht der Briefschreiber nochmals, ihm das Wort zur Verteidigung und zur Klarstellung zu geben.

Nach einer langen Geschäftsordnungsdebatte wird beschlossen, dem Schreiber des Briefes das Wort zu erteilen, sofern er von seinem Vorstand autorisiert ist, zur Frage des Uebertritts bündige Erklärungen abzugeben. Zu letzterem ist der Briefschreiber jedoch nicht befugt.

Sodann gibt der Hauptkassierer Heinrichsen einen kurzen Ueberblick über den Stand der Finanzverhältnisse des Verbandes. Daraus ist zu entnehmen, daß voraussichtlich bei Auflösung des Verbandes ein Kassenbestand von 2000 bis 6000 Mark vorhanden sein wird, mithin die Uebernahme des Verbandes mit Aktiva und Passiva keinerlei Risiko für den Metallarbeiter-Verband bedeutet hätte, was diesem auch mitgeteilt worden ist.

In der hernach einsetzenden sehr lebhaften Diskussion sprechen die Delegierten ausnahmslos im Sinne des Referats; doch wird mehrfach die Tatsache konstatiert, daß aus praktischen Gründen schließlich einsichtige Mitglieder sich dem Metallarbeiter-Verband anschließen müssen. Befürchtet wurde indes, daß die meisten Mitglieder sich bei dieser Frage zuviel vom Gefühl leiten lassen werden, weil sie das ihnen nach Ansicht der Generalversammlung zugefügte Unrecht nicht verwinden können und deshalb dem Metallarbeiter-Verband auch durch Generalversammlungsbeschluß nicht zuzuführen sind, zumal dieser Verband jetzt einen so schroffen Standpunkt betreffs der Uebertrittsbedingungen eingenommen hat. Ueberdies könne man absolut nicht sagen, daß die Form der Industrieverbände zweckmäßig für die Werftarbeiter sei. Darum müsse man dem Vorschlage des Vorstandes zustimmen und den Nichtholzarbeitern freie Hand lassen.

Silberschmidt (Vertreter der Generalkommission) betonte demgegenüber, daß es unter den gegebenen Umständen doch Pflicht der Generalversammlung sei, Schritte für den möglichst geschlossenen Uebertritt zum Metallarbeiter-Verband einzuleiten. Insbesondere, weil ja laut an den Geschäftsführer des Metallarbeiter-Verbandes in Bremerhaven gerichteten Schreibens der Vorstand dieser Organisation jetzt Konzessionen nicht abgeneigt sei, namentlich aber die bisherige Mitgliedschaft den Werftarbeitern auch bei korporativem Uebertritt anrechnen wolle. Der Werftarbeiter-Verband habe zweifellos großes für die Werftarbeiterschaft geleistet und da kann es einem in die Seele wehe tun, wenn man eine solche Organisation, in der so viel Mühe und Arbeit verkörpert, dem Zug der Zeit zum Opfer fallen sehe. Aber es lasse sich nicht ändern. Die großen Verbände der Metall- und Holzarbeiter seien der Meinung, daß eine andere Kampfestaktik auf den Werften Platz greifen müsse. Es sei notwendig, dem Werftkapital die Spitze zu bieten und die Kämpfe einmal gründlich durchzuringen. Weil dabei aber der Werftarbeiter-Verband wegen Mangel an Rückenstärke im Binnenlande nicht mitmachen könne, müssen die Mitglieder sich anderen Verbänden anschließen. Deshalb dürfte es angebracht sein, den Vorstand zu beauftragen, event. unter Hinzuziehung der Generalkommission mit dem Metallarbeiter-Verband zu unterhandeln, den Mitgliedern aber unter allen Umständen den korporativen Uebertritt zu empfehlen.

Schließlich fand en Antrag Annahme, demzufolge der Vorstand auf telegraphischem Wege die Unterhandlungen mit dem Vorstand auf telegraphischem Wege die Unterhandlungen mit dem Vor-

Darauf wurden die Verhandlungen um 6 Uhr nachmittags auf den nächsten Morgen vertagt.

Gerichts-Zeitung.

Die Geheimnisse eines Zahnateliers wurden gestern in einer lange sich ausdehnenden Verhandlung vor dem Schwurgericht des Landgerichts I unter Ausschluß der Oeffentlichkeit erörtert. Der Zahnkünstler Legarth, der seit einer Reihe von Jahren im Osten Berlins ein Zahnatelier betreibt, war seinerzeit unter dem dringenden Verdacht des Sittlichkeitsverbrechens in Haft genommen, dann aber gegen eine Kaution von 5000 M. wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Er wurde beschuldigt, im Sinne des § 176 St.-G.-B. eine in einem willenlosen oder bewußtlosen Zustande befindliche Frauensperson mißbraucht zu haben. Belastungszeugin war ein gut beleumundetes, einfaches Mädchen, welches zu dem Angeklagten gekommen war, um sich einen Zahn plombieren zu lassen. Sie mußte sich auf den Operationsstuhl setzen, fiel aber während der kunstgerechten Manipulationen des Angeklagten in einen vorübergehenden, ohnmachtsähnlichen Zustand der Bewußtlosigkeit. Diese Situation soll der Angeklagte benutzt haben, um ein unsittliches Attentat auf seine Patientin zu verüben. Als diese wieder zum Bewußtsein zurückkehrte, will sie an dem Zustand der Kleidung des Angeklagten sofort gemerkt haben, was mit ihr vorgegangen. Ihr eigener Körperzustand ließ in der Folge keinen Zweifel darüber, daß sie der Mutterschaft entgegen ging. Der Angeklagte, der von Rechtsanwalt Dr. Schwindt verteidigt wurde, bestritt entschieden die schwere Beschuldigung der Belastungszeugin und der Verteidiger hatte eine Reihe von Schutzzeugen geladen, darunter die eigene Ehefrau des Angeklagten. Das junge Mädchen blieb jedoch bei der Beschuldigung; ihre Versicherung, daß sie bewußterweise mit keinem Manne zu tun gehabt habe, wurde durch das gute Leumundszeugnis, welches ihr von mehreren Personen gegeben wurde, gestärkt. Die Verhandlung gestaltete sich stellenweise ganz dramatisch. So wurde in einem gegebenen Augenblick der Operationsstuhl des Angeklagten herbeigeschafft und im Saal aufgestellt, das Mädchen mußte sich darauf setzen, der Angeklagte sich seinen Operationskittel anziehen und so wurde den Geschworenen vor Augen geführt, wie die Situation, in welcher das Verbrechen inszeniert worden sein soll, gewesen war. Die den Geschworenen gestellte Aufgabe war eine besonders schwierige. Die Beweisaufnahme konnte erst in später Nachmittagstunde geschlossen werden.

Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage und verneinten die Frage nach mildernden Umständen. Das Urteil lautete deshalb auf drei Jahre Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren. Zugleich beschloß der Gerichtshof die sofortige Verhaftung des Angeklagten.

Konflikt zugunsten eines Amtsvorstehers. Ein geselliger Verein für Tyrstrup und Umgegend, der einen dänischen Namen führt, hielt auch Gasträume für seine Mitglieder, welche seinerzeit der Oekonom Skovlund verwaltete. Gegen Skovlund führte nun der Amtsvorsteher Valentiner zu Tyrstrup einen Prozeß auf Entziehung der Schankkonzession. Skovlund beantragte damals die Vernehmung des Kaufmanns Hansen aus Christiansfeld als Zeugen. Der Amtsvorsteher ließ darauf durch seinen Anwalt dem Bezirksausschuß Schleswig ein Schriftstück zugehen, worin erklärt wurde, Hansen sei ein minderwertiger Zeuge, er sei wegen betrügerischen Bankrotts bestraft und sei dem Trunke ergeben. Erst später stellte der Amtsvorsteher durch Nachfrage bei der Staatsanwaltschaft fest, daß nur einfacher Bankrott vorlag und berichtigte sich entsprechend zu den Akten. Auch meinte er jetzt — augenscheinlich kriegte er es mit der Angst zu tun —, H. sei nur öfter dem Trunke ergeben gewesen. — Herr Hansen verklagte den Amtsvorsteher Valentiner wegen Beleidigung. Bevor es aber in diesem Strafprozeß zu einer öffentlichen Verhandlung kam, erhob die Regierung den Konflikt und verlangte die gänzliche Einstellung des Verfahrens gegen den Amtsvorsteher. Dieser habe seine Amtsbefugnisse nicht überschritten. Er habe lediglich die Erfüllung der ihm als Ortspolizeibehörde obliegenden Pflichten zu fördern gesucht, indem er als Kläger dem Bezirksausschuß Material unterbreitete, welche das Gericht in den Stand setzen sollte, die Ergebnisse der Zeugenvernehmung richtig zu würdigen. Nur wenn der Privatbeklagte wider besseres Wissen oder in beleidigender Form seine Angaben gemacht hätte, könnte gegen ihn strafrechtlich vorgegangen werden.

Der Vertreter des Privatklägers Hansen betonte vor dem Ober-Verwaltungsgericht, daß Valentiner mit Aufstellung seiner ersten Behauptungen doch leichtfertig verfuhr. Was die behauptete Minderwertigkeit als Zeuge angehe, so ließe sich eine solche nur darauf stützen, daß jemand mit seinem Zeugnis einmal leichtfertig umgegangen sei. Davon sei hier nicht die Rede.

Das Ober-Verwaltungsgericht erklärte den Konflikt der Regierung für begründet und entschied, daß das Verfahren gegen den Amtsvorsteher endgültig einzustellen sei. Begründend wurde ausgeführt: Wenn Valentiner ohne Pflichtverletzung die behaupteten Tatsachen aussprechen konnte, so habe er auch aussprechen dürfen, daß der Zeuge minderwertig sei. Hier sei nun nach dem Anschreiben des Privatbeklagten an die Gerichte und nach seinen Erklärungen zur Sache anzunehmen, daß seine Aeußerungen seiner pflichtgemäßen Ueberzeugung entsprachen. Eine Ueberschreitung seiner Amtsbefugnisse liege somit nicht vor und das Verfahren sei endgültig einzustellen.

Nochmals die Stiefel des Herrn v. Dossow. Zu der „Berichtigung" des Herrn v. Dossow in dieser Angelegenheit erklärt uns unser Gewährsmann, daß er das, was er über die Verhandlung nach den Behauptungen des Leutnants Kriebel und seines Verteidigers berichtet hat, vollinhaltlich Punkt für Punkt aufrechterhalte und die ihm von dem Polizeiinspektor unterschobene tendenziöse Entstellung mit aller Entschiedenheit zurückweise. Auch der Rechtsbeistand Kriebels, dem er jenen Verhandlungsbericht vorgelegt habe, habe ihm bestätigt, daß der Bericht wahrheitsgemäß sei. Sehr auffällig erscheinen muß es, daß Herr v. Dossow die Hallenser-Presse nicht mit seiner Berichtigung beglückt hat. Wie man unserem Gewährsmann mitteilt, wird Leutnant Kriebel nunmehr wieder gegen v. Dossow klagen, weil dieser ihn in der angeblichen Berichtigung beschuldigt hat, er, Kr. habe eine ehrlose Handlung begangen. Im übrigen wird sich auch nächstens das Stadtverordneten-Kollegium recht eingehend mit Herrn v. Dossows Lackreitstiefel beschäftigen.

Ein Konsumvereinstöter vor Gericht. Aus Halle berichtet man uns unterm 11. Oktober: Schlecht abgeschnitten hat heute vor dem Schöffengericht der bekannte Konsumvereinstöter Prof. Suchsland, der gegen den Reichstags-Abgeordneten Genossen Thiele wegen Preßbeleidigung klagte. Suchsland hätte in einer Versammlung Lagerhaltern von Konsumvereinen den Vorwurf der Bestechlichkeit und der Unterschlagung gemacht. Als er darauf von dem Vereine der Lagerhalter aufgefordert wurde, Beweise zu erbringen, entschuldigte er sich mit lendenlahmen Ausreden. Hierauf veröffentlichte Redakteur Thiele einen Artikel im „Volksblatt", in dem er Suchsland vorwarf, dieser verleumde erst und zeige sich dann als Drückeberger. Herr Suchsland hatte den Staatsanwalt zum Einschreiten ersucht; er war auf den Privatklageweg verwiesen worden. Genosse Thiele hatte wegen Beleidigung Widerklage gegen Suchsland erhoben, weil Suchsland ihm öffentlich durch die Presse vorgeworfen hatte, Thiele habe einen Volkskalender aus pekuniären Gründen herausgegeben und persönlich 5000 M. dabei verdient. Dann habe Thiele ihn, Suchsland, in einer Versammlung niedergeschrien, um die Gegenrede Suchslands nicht hören zu wollen. Thiele konnte in der vierstündigen Verhandlung nachweisen, daß Suchsland ihn ohne Grund verdächtigt hat. Auch ein Regierungsbauführer Heyne, früherer Logenbruder Suchslands, bekundete, daß Suchsland in einer Logenangelegenheit mit Unwahrheiten operiert hat. Das Gericht verurteilte Suchsland wegen Beleidigung Thieles zu 30 M. Geldstrafe und brachte in der Urteilsbegründung zum Ausdruck, daß der Wahrheitsbeweis bezüglich der Behauptung, Herr Suchsland habe sich der Drückebergerei und gewissermaßen auch der Verleumdung schuldig gemacht, erbracht worden sei. Thiele wurde allerdings, aber nur mit Rücksicht auf seine wegen Preßvergehens erhaltenen Vorstrafen zu 300 M. Geldstrafe verurteilt.

Wegen unbefugter Veranstaltung einer Ausspielung bezw. Steuerhinterziehung hatte sich gestern der Kaufmann Carl Schlegel, Inhaber des Versandgeschäfts Bach u. Co., vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Der Angeklagte vertrieb vom Oktober v. J. ab eine aus vier Bänden bestehende sogenannte „Hausbibliothek", zu welcher u. a. ein Kochbuch und ein Bürgerliches Gesetzbuch gehörten, zum Gesamtpreise von 2 M. Um Käufer anzulocken, erließ er große Reklame-Inserate, in welchen er mitteilte, daß die Käufer der Hausbibliothek, die gleichzeitig eine mit der Annonce veröffentlichte Bilderaufgabe lösten, Anrecht auf Teilnahme an einer Prämienverteilung haben sollten, zu welcher der Angeklagte 500 Prämien angekauft habe. Die Aufgabe bestand in der richtigen Auflösung eines Vexierbildes unter dem Titel „Wo ist die Mama?" Man mußte in dem Bilde die versteckte Figur der Mama herausfinden und mit Bleistift ganz genau umrändern, wenn man Anspruch auf eine Prämie erringen wollte. Als Prämien waren u. a. ein Piano, ein Regulator, ein Zweirad, eine Wringmaschine und neben noch anderen größeren Gewinnen zahlreiche kleinere Gewinne angegeben. Die Bewerbungen gingen ganz massenhaft ein und zeigten, daß die „Hausbibliothek" sich eines kolossalen Absatzes erfreute. Die eingehenden Lösungen wurden sortiert und die als richtig befundenen in ein besonderes Fach gelegt. Dann trat eine Art hoher Rat zusammen, bestehend aus dem Angeklagten und mehreren im Geschäft angestellten Damen; diese prüften, welches wohl die besten Lösungen wären, und auf ihren Vorschlag wurde den einzelnen je nach der Vortrefflichkeit der Lösung eine der zur Verfügung stehenden Prämien zuerkannt. — Staatsanwalt Fiege hielt dies für eine unbefugte Veranstaltung einer Ausspielung und einen Verstoß gegen das Stempelgesetz und beantragte 500 M. Geldstrafe. Rechtsanwalt Leonh. Friedmann führte dagegen aus, daß hier nur von einer Auslobung im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches die Rede sein könne, da die Lösung der Aufgabe, die erst zur Teilnahme an der Prämienverteilung berechtigte, keineswegs leicht, sondern recht schwer gewesen sei. Der Gerichtshof schloß sich der Auffassung des Staatsanwalts an und erkannte auf 500 M. Geldstrafe.

Ein gefährlicher Kinderfreund wurde gestern in der Person des Geschäftsführers Friedrich Leitzow der 3. Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Der des Verbrechens wider den § 176,3 St.-G.-B. angeklagte L. war Geschäftsführer in einem größeren Warenhause in Moabit. Hier fiel es auf, daß der Angeklagte mit schulpflichtigen Mädchen, die in dem Warenhause Einkäufe machten, in einer mehr als freundlichen Weise verkehrte und ihnen kleine Geschenke machte. Dies geschah besonders bei einer Schülerin R. Durch eine anonyme Anzeige wurde schließlich die Kriminalpolizei aufmerksam gemacht, die weitere Ermittelungen anstellte, die dazu führten, daß der Kriminalwachtmeister Riedel einen Schutzmann beauftragte, den Angeklagten unter dem Verdacht des wiederholten Sittlichkeitsverbrechens zu verhaften. Der hiermit betraute Beamte begab sich in die Geschäftsräume des Warenhauses und fragte nach dem Angeschuldigten, der ihm persönlich nicht bekannt war. Zufällig traf er auf diesen selbst und teilte ihm den Grund seines Erscheinens mit. Der Angeklagte verleugnete sich mit einer gewissen Kaltblütigkeit und teilte dem Beamten mit, „Leitzow wäre soeben zu Tisch gegangen und komme erst in zwei Stunden wieder." Nach diesem Bescheide entfernte sich der Schutzmann, um erst nach zwei Stunden wieder zu kommen. In der Zwischenzeit raffte L. seine Wertsachen zusammen und entfloh nach London. Erst durch einen Steckbrief gelang es, den gefährlichen Kinderfreund festzunehmen. — Der Gerichtshof bedachte den Angeklagten mit Rücksicht auf dessen bisherige Unbescholtenheit und das offene Geständnis mit einer Gefängnisstrafe von nur sechs Monaten.

Mordversuch an einem Pastor. Vor dem Schwurgericht in Hamburg gelangte am Mittwoch und Donnerstag ein Prozeß zur Verhandlung, dem ein Mordanschlag auf den Pastor Körner von der St. Pauli-Kirche zugrunde liegt. Angeklagt dieses schweren Verbrechens ist der bisher noch völlig unbescholtene jetzige Reisende Isermann, der in den letzten Jahren von Schicksalsschlägen aller Art schwer heimgesucht worden ist. Bis zum Jahre 1898 als Schauermann bei der Amerika-Linie tätig, fing er mit seinen Ersparnissen in Höhe von 2000 M. eine Krämerei an, die nach einiger Zeit gut reussierte. 1902 wurde der rastlos schaffende Mann von einem in sittlicher Beziehung nicht einwandsfreien Mädchen beschuldigt, sich an diesem vergangen zu haben, was sich als unwahr herausstellte. Wie es in solchen Fällen immer der Fall zu sein pflegt, so blieb auch hier etwas hängen: viele Kunden, namentlich solche, die Kinder haben, hielten sich von J. fern, dessen

Geschäft nun rapide zurückging. Hinzu kam noch, daß seine Frau erkrankte, und er entschloß sich daher, sein vor kurzem noch so blühendes Geschäft für 3000 M. zu verkaufen. Er erstand darauf eine Schankwirtschaft, die so schlecht ging, daß er, von allen Mitteln entblößt, mit seinen zwei kleinen Kindern das Lokal im Stich lassen mußte, nachdem seine Frau im Krankenhause verstorben war. Nun suchte er sich kümmerlich als Reisender durchzuschlagen und bemühte sich um eine Anstellung in Dresden, um wieder einen eigenen Hausstand führen und seine bei den Schwiegereltern untergebrachten Kinder zu sich nehmen zu können. Die Erlangung dieser Stelle war mit Schwierigkeiten verknüpft, weshalb er zu deren Beseitigung nach Dresden zu reisen beabsichtigte. Da es ihm hierzu an dem nötigen Reisegeld fehlte, suchte er am 26. Oktober 1904 der Pastor Körner auf, der früher Arme mit Bons zur Entnahme von Waren zu Isermann geschickt hatte. Er schilderte dem Pastor seine Absicht und bat um 5 M. Reisegeld. Der Pastor hielt die Stellung nicht für günstig und überreichte J. eine Mark mit dem Bemerken, er solle sich um einen anderen Posten bemühen, wobei er ihm behülflich sein wolle. J. verließ erregt das Pastorat und fand einige Schritte entfernt eine eiserne Schienenlasche, mit der er den Pastor abermals aufsuchte, ihn bittend, ihm ein Zeugnis auszustellen. Als der Pastor dieses ausfertigte, zog J. die Lasche hervor und versetzte ihm damit vier oder fünf Schläge auf den Kopf, so daß der Getroffene, laute Hülferufe ausstoßend, zu Boden stürzte. Auf die Hülferufe eilte Frau Körner hinzu, die das Dienstmädchen zu einem Schutzmann schickte und den Täter beim Genick packte. Als dieser hinauseilte, geriet er am Türeingang in Haft. Der Verletzte wurde nach einigen Wochen wiederhergestellt. Der jetzt 42 Jahre alte Angeklagte ist beinahe ein ganzes Jahr von mehreren Physici und hervorragenden Psychiatern auf seine geistige Verfassung untersucht worden; ein Teil der Sachverständigen hält ihn für zurechnungsfähig, ein anderer Teil erachtet die Voraussetzungen des Strafbefreiungsparagraphen für vorliegend. Der Angeklagte will an dem genannten Tage durch die Abweisung so erregt gewesen sein, daß er nur unklare Vorstellungen von der Affäre habe. Wie bekundet wird, hat der unglückliche Mann seit der falschen Beschuldigung unter einem psychischen Druck gestanden und hat wiederholt an epileptischen Anfällen gelitten, die ebenfalls erst von dieser Zeit datieren.

Briefkasten der Redaktion.

F. J. 19. Petroleum hin und her. Sehr mühsam und zeitraubend festzustellen. Auffindbar in einer größeren Bibliothek. Nachschlagen unter „Statistik des Deutschen Reiches“ und zwar unter „Großhandels- und Börsenpreise“. Das muß man selbst machen. Uns fehlt es an Zeit dazu. — **100.** Städtisch. Wo Quittung? — **Stralau Sch.** Frage unklar. Antwort unmöglich. — **Pauli 10.** Das Sekretariat der Gewerkschaftskommission zu Berlin, Engel-Ufer 15 part., gibt darüber beste Auskunft. — **Arbeiter-Bildungsschule.** Quittung? Rat durch H. Lemmé, Freiligrathstr. 3. — **D. 11.** Spielfragen erledigt die Redaktion nicht. — **Mayer.** (Dichter?) 1. In mein B. 2. Auch inhaltlich falsch, weil bei Mondschein „Flut“, nicht Ebbe in der Nasse sein müßte. 3. Wenden Sie sich an einen Poeten von Profession. — **St. 10.** Ja. — **H. 101.** Nein. — **P. 177.** Ja. **C. 100.** Eine Quadratrute hat etwa 14 Quadratmeter, ein Morgen hat 180 Quadratruten.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet: abends 7 Uhr.

Gesetz. 1. Ja. 2. Wenden Sie sich an die Versicherungsanstalt Kölnischer Park oder an das Polizeirevier. Ersteres ist vorzuziehen. — **P. O. 16.** Ja. Eine Klage auf Erfüllung des Versprechens, einen Ofen setzen zu lassen und auf Schadenersatz hat Aussicht auf Erfolg. — **C. 10.** Der Antrag auf Erlaß eines Zahlungsbefehls ist an das Gericht des Wohnsitzes des Schuldners zu richten. Beispiele und Anleitung dazu finden Sie Seite 597/98, 542 des in den öffentlichen Bibliotheken ausliegenden „Arbeiterrechts“. Die Kostenhöhe richtet sich nach der Objekthöhe. — **21c.** Spielen mehrere gemeinsam ein Los und haben nicht vereinbart, daß für den Fall nicht rechtzeitiger Zahlung der Säumige ausscheidet, so bleibt der Säumige mit den aus der Spielkompagnie folgenden Rechten und Pflichten Mitspieler. — **L. 100.** Ob bestimmte Pflichten aus Ihrem Vertrage folgen, ist ohne Einsicht in denselben nicht zu beantworten. — **A. G. 3.** Soweit ohne Einsicht in den Vertrag die Sachlage sich übersehen läßt, hätte ein Einspruch etwa zu einem Viertel der geforderten Summe vielleicht Aussicht auf Erfolg. — **H. K. 100.** 1. Ist nichts anderes vereinbart, so können Sie bei monatlicher Mietszahlung bis am 15. zum Ersten kündigen. 2. Ausgeklagte Forderungen verjähren in 30 Jahren. Die Verjährungsfrist beginnt von jeder Pfändung ab von neuem. — **A. A. 17.** Unfallzuschuß. Mit dem Unfallzuschuß verhält es sich folgendermaßen. Vom Beginn der fünften Woche nach Eintritt des Unfalls bis zum Ablauf der 13. Woche hat unter Umständen der Arbeitgeber an die Krankenkasse den sogenannten Unfallzuschuß zu zahlen. Nicht der Arbeitgeber, sondern die Kasse hat diesen Unfallzuschuß an den Unfallverletzten zu zahlen. Wann wird Unfallzuschuß gezahlt? Beträgt das Krankengeld weniger als ⅔ des bei der Berechnung desselben zugrunde gelegten, also im allgemeinen des ortsüblichen Tagelohnes, so ist das Krankengeld bis auf diese ⅔ zu erhöhen; die Differenz zwischen diesen ⅔ und dem Krankengelde zahlt der Unternehmer an die Krankenkasse zurück. Dieser Unfallzuschuß ist vom 29. Tage nach Eintritt des Unfalles (der Unfalltag zählt nicht mit) ab zu zahlen. Beträgt das gesetzliche oder statutenmäßige Krankengeld, das der Verletzte aus einer oder mehreren Krankenkassen zusammen zu beanspruchen hat, bereits ⅔ des bei der Berechnung des Krankengeldes zugrunde gelegten Arbeitslohnes oder mehr, so steht dem Verletzten ein Anspruch auf Unfallzuschuß nicht zu. Ist der Verletzte in einem Krankenhause untergebracht und hat er Angehörige, dessen Unterhalt er bisher aus seinem Arbeitsverdienste bestritten hat, so ist demselben ein Unfallzuschuß dann insoweit zu leisten, als das neben der Kur und Verpflegung gewährte Krankengeld ⅔ des bei der Berechnung des Krankengeldes zugrunde gelegten Arbeitslohnes nicht erreicht. Ob Ihnen ein Unfallzuschuß zusteht, richtet sich also nach Ihren Kassenstatuten, der Höhe des Krankengeldes und seiner Grundlage. In der Regel wird der „ortsübliche Tagelohn“ der Berechnung des Krankengeldes zugrunde gelegt. Auf der Kasse erhalten Sie zutreffenden Bescheid: die Kassenverwaltung hat kein Interesse an der Vorenthaltung des Unfallzuschusses, zumal sie diesen von dem Unternehmer ersetzt erhält. — **C. M. 86.** Nein. — **H. S.** Ja. — **100 Ober-Schöneweide.** Zum Unterhalt seiner Schwiegermutter ist der Schwiegersohn gesetzlich nicht verpflichtet. Warten Sie eine etwaige Klage ab. — **M. H. 10.** Innerhalb eines Jahres. — **Streit A. B.** A. hat recht. — **H. Z. 7.** 1. Einer Privatklage würde die Annahme der Wahrnehmung berechtigter Interessen hindernd im Wege stehen. 2. Leider ist solche Eintragung zulässig. — **Tausend.** Ja.

Witterungsübersicht vom 12. Oktober 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	767	Still	—	Regen	8	Haparanda	763	SW	2	heiter	—2
Hamburg	768	Still	—	Nebel	2	Petersburg	766	NW	1	bedeckt	6
Berlin	767	NO	1	bedeckt	8	Scilly	773	NNO	4	bedeckt	12
Frankf. a. M.	768	N	1	bedeckt	7	Aberdeen	769	WSW	1	wolkig	11
München	768	W	5	bedeckt	2	Paris	771	NO	1	bedeckt	3
Wien	767	WSW	4	wolkig	5						

Wetter-Prognose für Freitag, den 13. Oktober 1905.

Ein wenig wärmer, vorherrschend wolkig mit leichten Regenfällen und mäßigen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 13. Oktober.

Anfang 7½ Uhr:

Opernhaus. Manon.
Schauspielhaus. Der Schwur der Treue.
Neues. Ein Sommernachtstraum.
Westen. Der Opernball.
Deutsches. Das Käthchen von Heilbronn.

Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater.) Flachsmann als Erzieher.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater). Augen rechts. Hierauf: Zum Einsiedler.
Berliner. Andolosia.
Zentral. Zur indischen Witwe.
Lessing. Die Erziehung zur Ehe. Die sittliche Forderung.
Residenz. Die Höhle des Löwen.
Walhalla. Eine tolle Nacht.
Kleines. Hidalla.
Trianon. Madame Torera.
Lustspielhaus. Der Familientag.
Thalia. Bis früh um Fünfe!
Carl Weiß. Der Weltumsegler wider Willen.
Luisen. Kean.
Deutsch-Amerikanisches. Aber, Herr Herzog!
Kasino. Der Adelsnarr.
Apollo. Ein Abend in einem amerikanischen Tingel-Tangel. — Am Hochzeitsabend. — Spezialitäten.
Metropol. Auf — ins Metropol!
Herrnfeld. Die Meyerhains.
Wintergarten. Rosario Guerrero. Spezialitäten.
Belle-Alliance. Spezialitäten.
Folies Caprices. Nach dem Zapfenstreich. Soll und Haben. — Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Passage. Robert Koppel. Marshall, der Mann mit den Hüten. Georg und Gusti Edler.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Im Lande der Mitternachtssonne. Hörsaal 5—7 Uhr: Dr. Schwahn: Die Vorausberechnung der Himmelserscheinungen.
Invalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Berliner Theater. Charlottenstr. 90/92. **Andalosia.** Dramatisches Gedicht in 5 Akten von Florian Endll. Anfang 8 Uhr. Morgen u. folg. Tage: Andalosia. Sonntag nachm. 3 Uhr: Andalosia.

Neues Theater. Anfang 7½ Uhr. **Ein Sommernachtstraum.** Morgen u. folgende Tage: Ein Sommernachtstraum.

Kleines Theater. Abends 8 Uhr: **Hidalla.** Sonnabend: Hidalla. Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Lore. Hierauf: Der zerbrochene Krug. Abends 8 Uhr: Hidalla. Montag: Nachtasyl.

Carl Weiß-Theater. Gr. Frankfurterstr. 132. **Der Weltumsegler wider Willen.** Anfang 8 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung. Sonnabend nachm.: Kinder-Vorstellung: Die sieben Raben. Abends: Der Widerspenstigen Zähmung.

Urania Taubenstr. 48/49. 8 Uhr: **Im Lande der Mitternachtssonne.** Hörsaal 5—7 Uhr: Dr. Schwahn: Die Vorausberechnung der Himmels-Erscheinungen.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM. Friedrichstr. 165. **Joëls Traum.** !! Pompeji !! Die Ehre des Vaters! Restaurant: Dresdener Sänger.

Theater des Westens. Station Zoolog. Garten. Kantstr. 12. Freitag: 4. Vorstellung im Freitags-Abonnement: Der Opernball. Sonnabend nachm. 3 Uhr, kl. Preise: Nathan der Weise. Abends 7½ Uhr zum erstenmal: Die Zauberflöte. Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise: Der Troubadour. Abends 7½ Uhr: Der Opernball. Montag: Der Opernball.

Trianon-Theater. Heute und folgende Tage: **Madame Torera** (Madame L'ordonnance). Schwank in 3 Akten v. Jules Chancel. Deutsch von Max Schoenau. Anfang 8 Uhr. Sonntag nachm.: Das Ende der Liebe.

Apollo-Theater. Nur noch einige Tage! Letzte Woche! Ein Abend in einem amerikanischen Tingel-Tangel. Dazu: Hochzeitsabend und Spezialit. Sonntag, den 15. Oktober, nachm. 3 Uhr, bedeutend ermäßigte Preise: Amerikanischer Tingel-Tangel und das große Spezialitäten-Programm.

Walhalla-Theater. Weinbergsweg 19/20. Direktion: Richard Schultz. Heute und folgende Tage: **Eine tolle Nacht.** Vorher: Gr. Spezialitäten-Programm. Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Lustspielhaus. Abends 8½ Uhr: **Der Familientag.**

Residenz-Theater. Direktion: Richard Alexander. Heute und folgende Tage: Anfang 8 Uhr: **Die Höhle des Löwen.** Schwank in 3 Akten v. M. Hennequin und P. Bilhaud. Sonntag nachm. 3 Uhr: Herkulespillen.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Freitag, abends 8 Uhr: Flachsmann als Erzieher. Komödie in drei Aufzügen von Otto Ernst. Sonnabend, abends 8 Uhr: Ein Wintermärchen. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Der Traum ein Leben. Sonntag, abends 8 Uhr: Krieg im Frieden.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.) Freitag, abends 8 Uhr: Augen rechts. Komödie in 3 Akten v. Jon Lehmann. Hierauf: Zum Einsiedler. Lustspiel in 1 Aufz. v. Benno Jacobson. Sonnabend, abends 8 Uhr: Flachsmann als Erzieher. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Fuhrmann Henschel. Sonntag, abends 8 Uhr: Flachsmann als Erzieher.

Hasenheide. **Neue Welt.** Hasenheide.

Sonntag, den 15. Oktober 1905

::: Große Wohltätigkeits-Matinee ::: zum Besten der 2342b **Streikenden u. Ausgesperrten der in der Elektro-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen** veranstaltet von dem Gesangverein „Sorgenfrei“, M. d. A.-S.-B. und dem Musikverein „Echo“, Rixdorf.

Eröffnung 11 Uhr. Entree 20 Pf. Anfang 12 Uhr.

XI. Berliner Saison. **Zirkus Busch.** Komischer Galaabend. **Mexiko.** Große Ausstattungs-Pantomime aus dem mexikanischen Pflanzerleben. Besonders hervorzuheben: Der hochinteressante Bärenrutsch. **Die Helden vom Yalu u. Port Arthur** in ihren milit. Infanterie-Exerzitien. Japanische Infanterie. Ausgesuchte Repräsentanten der Armee des Mikado. Vier Soeurs Atletas. Zwergclown François mit dem Zwergpferd. The 3 Brooklyns als lustige Scherenschleifer.

Metropol-Theater Präzise 8 Uhr zum 35. Male: **!Auf – in's Metropol!** Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Kapellmeister Max Roth. In Szene gesetzt vom Direktor Richard Schultz. Walden a. D. × Miß Clifford a. D. Bender × Giampietro. Josephi × Massary × Frid-Frid. Steidl × Lilly Walter. Rauchen in all. Räumen gestattet. Anfang 8 Uhr.

Palast-Theater. Burgstr. 24, 2 Min. v. Bh. Börse. Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf. Das sensationelle Oktoberprogramm. **Serra Compagnie** Berlins bester Illusions-Akt und elf erstklassige Nummern. Dazu: **Ein Kater.** Schwank in 1 Akt. Familienkarten sind in allen Barbier-, Friseur- u. Zigarrengeschäften sowie im Theaterbureau unentgeltlich zu haben. Voranzeige! Sonntag, 15. Okt., nachm. präzise 3 Uhr: Gastspiel des William Löwe-Ensembles: Der Hüttenbesitzer. Schauspiel in 5 Akten von G. Ohnet.

Zirkus Albert Schumann. Zum 16. Male: Sensationeller Erfolg. Die gr. Novität! Der Tag des **Englischen Derby.** Das Leben und Treiben nach dem Original, auf das glänzendste inszeniert vom Dir. Alb. Schumann. Einstudiert vom Ballettmeister Pratesi. I. Akt: Im Rennstall des Lord Beatherdon. II. Akt: a) Der Favorit. b) Das Rennen. c) Huldigung des Siegers. III. Akt: Auf dem Heimweg. Vorher: Das vorzügliche Programm. U. a.: Neu! Herr Hauser, der unkomische Humorist. Das einzig existierende einen halben **Saltomortale schlagende Pferd.** Die höchst originellen **Damen-Luft-Ringkämpfe.** 12 Engländerinnen u. Amerikanerinnen. Die phänomenalen John und Louis Boller mit ihren noch nie gesehenen **Vor- und Rückwärts-Saltomortalen** auf dem Zweirad. Direktor Alb. Schumanns neueste Monsterdressuren ꝛc.

Luisen-Theater. Abends 8 Uhr: **Kean.** Sonnabend: Der jüngste Leutnant. Sonntag nachm.: Wilhelm Tell. Abends: Kean. Montag: Das Erbe.

Kasino-Theater Lothringerstr. 37. Täglich 8 Uhr. **Glänzender Erfolg! „Der Adelsnarr.“** Neu! Rheingold-Trio. Asta mit dressiertem Pfau ꝛc. ꝛc. Sonntagnachmittags 4 Uhr: „Ein Sohn des Volkes.“

Bernhard Rose-Theater Gesundbrunnen, Badstraße 58. Heute Freitag, den 13. Oktober cr.: **Die Blinde von Paris** oder: Die Rückkehr des Verbannten. Schausp. in 5 Abt. v. F. Herrmann. Anf. 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr. Preise der Plätze: Entree 30 Pf., numerierter Pl. 50 Pf. Sonntag nachm. 3 Uhr, bei kleinen Preisen: Die Blinde von Paris.

Gebrüder **Herrnfeld-Theater.** Zum 173. Male: **Die Meyerhains.** Komödie in drei Akten mit den Autoren Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen. Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr. In Vorbereitung: Der Familientag. Eine Erbschaftskomödie von Anton und Donat Herrnfeld.

Fröbels Allerlei-Theater Schönhauser Allee Nr. 148. Jeden Sonntag, Montag, Mittwoch: Konzert, Theater u. Spezialitäten. Stets wechselnde Spielfolge. N. d. Vorstell.: Gr. Extra-Tanz. Anfang Sonntags 6 Uhr. „ Wochentags 8 Uhr.

W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16. **Eva.** Schauspiel in 4 Akten von R. Voß. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Sonnabend: Herbstvergnügen der Stellmacher. Zur Aufführung gelangt: Der Bettelstudent von Berlin.

Theater Folies Caprice Budapester Possen-Theater 132 Linienstr. 132 Ecke Friedrichstraße. **Nach dem Zapfenstreich.** Militär-Humoreske von Satyr. Vorher: **Soll und Haben** und der ausgezeichnete **Spezialitätenteil.** Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Sonntag nachmittag 3 Uhr: Vorstellung zu halben Preisen.

Bardes Vereins-Säle. Neue Königstraße 7. Fahrverbindungen nach allen Stadtteilen. Empfehle meine Säle für Versammlungen, Gewerkschaftssitzungen und für Vereinsfestlichkeiten. Kulante Bedienung. Adolf Barde.

Wir empfehlen

Parteitags-Protokolle

die ein reiches Material zur Geschichte der Partei, ihrer Kämpfe, ihrer Grundsätze, ihrer Taktik bieten. Nachstehend heben wir die Hauptpunkte der Verhandlungen aus der jeweiligen Tagesordnung in summarischer Inhaltsangabe hervor.

Vergriffen sind die Protokolle von 1892, 1896, 1901—1903.

Halle.	1890.	Neuorganisation; Programmrede Liebknechts; Stellung zu Streiks und Boykotts; Auseinandersetzung mit den „Unabhängigen“. M. —,50
Erfurt.	1891.	Festsetzung des Programms; Programmentwürfe; Ausschluß der „Unabhängigen“; Taktik der Partei. M. —,50
Köln.	1893.	Gewerkschaftsbewegung; Antisemitismus; Wahlrecht und Beteiligung an preußischen Landtagswahlen. M. —,40
Frankfurt.	1894.	Budgetbewilligungsfrage in den Landtagen; Agrarfrage; Trusts, Ringe und Kartelle. M. —,25
Breslau.	1895.	Agrarprogramm; Hausindustrie. M. —,30
Hamburg.	1897.	Preußische Landtagswahlen; Militarismus. Broschiert M. —,35
Stuttgart.	1898.	Koalitionsrecht; Bergarbeiterschutz; Preußische Landtagswahlen; Zoll und Handelspolitik. Broschiert M. —,35, gebunden M. —,60
Hannover.	1899.	Bernstein-Debatte; Zuchthausvorlage; Militärfrage. Broschiert M. —,50
Mainz.	1900.	Weltpolitik; Verkehrs- und Handelspolitik; Taktik bei den Landtagswahlen; Anhang: Bericht über die Frauenkonferenz. Broschiert M. —,50
Bremen.	1904.	Maifeier; Amsterdamer Kongreß; Organisationsfrage; Fall Schippel; dritte Frauenkonferenz. Broschiert M. —,70, gebunden M. 1,—
Jena.	1905.	Neuorganisation; Massenstreik; Maifeier; Jugenderziehung. Broschiert M. —,70, geb. M. 1,—

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69. 235/15

Blitz-Schnell kommt man mit der Hochbahn bei Weingarten, Gitschinerstr. 72, Station im Hause. Empfiehlt: **1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots, 1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,** auch für korpulente Herren passend. Dieselben sind von feinen Kavalieren und Reisenden, die nur einen Monat ihre Garderobe tragen. 38682* Fahrgeld wird vergütet. ● Bitte auf Hausnummer zu achten.

Möbel-Magazin. Fr. Janitzkow, Polsterwaren. Eigene Tischlerei. (43132*) NW., Turmstr. 45. Eigene Werkstatt.

WINTERGARTEN

Rosario Guerrero
Spanische Tänzerin.
Gebrüder Artois, kom. Reckkünstler.
Die mysteriösen Husaren.
Ludwig Amann, Mimiker.
Harndins Wundersterne.
Colle de Lossé Duo, Drahtseilakt.
London bei Nacht, Pantom. v. Karno.
Lina Marrder, die Goldamazone.
„In Japan", Ballettdivertissement.
Collins und Hart, amerikanische Exzentriks.
Nora Moore, englische Sängerin.
Der Biograph.

Belle-Alliance
Theater-Variété.
Eröffnungs-Programm.
Sensation Berlins.
Anfang 8 Uhr.
Liane Leischner.
Rosa u. Johan, Pariser Duett.
Leo Billward, urkom. Jongleur.
„Fidelios", humor. Quartett.
James u. MaudThomas, Equilibr.
Wohlfried-Sextett.
Geschw. Mertens.
The belle Astoria u. d. Negertänzer.
Edi Blum, der Liebling Berlins.
Renards sibirische Hunde.
The 3 Onleys, plast. Marmor-Gruppen.
Sol-Do, italienische Minstrels.
Vorverkauf ohne Aufschlag bei A. Wertheim und an der Theaterkasse v. 10—2 u. 6 Uhr.
Sonntags 2 Vorstellungen
Nachm. 3 Uhr: Halbe Preise.
Jeder Besucher 1 Kind frei.

Passage-Theater.
Anfang der Abendvorstell. 8 Uhr.
Kolossaler Erfolg!
Robert Koppel
in seinem neuen Repertoire.
Marshall
der Mann mit den Hüten.
Georg u. Gusti Edler
Tyroler.
14 erstklassige Nummern.

Deutsch-Amerikanisches Theater.
8 Uhr: Gastspiel Adolf Philipp.
Zum 42. Male:
ABER, HERR HERZOG!
Jeden Sonntagnachmittag 3 Uhr: Halbe Preise!
„Ueber'n großen Teich."

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater
Frankfurter-Allee 85.
Der ganze Osten lacht Tränen über
Die Berliner Range.
Posse mit Gesang.
Neu! Der kleine Mann und die große Frau
sowie 20 Spezialitäten-Nummern.

Colosseum
Dresdenerstraße 97.
16 humoristische Spezialitäten
Bendix.
Littke Carlsen.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr bei 10 Pf. Entree auf jedem Platze.
Verteilung von Geschenken.
Täglich im Konzertsaal 8 Uhr.
Sonntags ab 3 Uhr 2 Kapellen.
„Schrammeln" Ungarn und Nahasänger.
Ende des Konzerts 1 Uhr.

ELYSIUM.
Kommandantenstr. 3-4.
Vollständig neu renoviert.
Auftreten v. 36 erstklassigen intern. Spezialitäten.
Geöffnet von 10 Uhr früh bis 12 Uhr nachts.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich
in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.

Sanssouci, Kottbuserstr. 4a

Dir. W. Reimer.
Sonnt., Mont., Donnerst.: Im glänzend renov. und elektr. beleucht. Etablissem.
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
und Tanzkränzchen.
Sonntag Beginn 5 Uhr, wochentags 8 Uhr.
Dienstag und Mittwoch: Gastsp. d. Loewe-Ensembl.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.

Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

Otto Pritzkows
Berliner
Abnormitäten-Theater
Münzstr. 16.
Skelett-Mensch
der einzig existierende, ohne Konkurrenz, 22 Jahre alt, 55 Pfd. schwer.
Mne-Mno-Mni???
Entree 20 Pf.

Breuer' Festsäle
zur Königsbank,
Große Frankfurterstr. 117.
Jed. Freitag: Original-
Harburger Sänger.
(Dir. C. Frick u. F. Karche-Krause.)
Anf. 8½. Entree 30 Pf. Inhab. von Vorzugskart. 20 Pf. Kinder 10 Pf.
Nachher: Tanz-Kränzchen.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41,
Spezialarzt für 29/14*
Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4

Achtung! **IV. Berliner** Achtung!
Reichstags-Wahlkreis.

Freitag, den 13. Oktober, abends 8½ Uhr, in der „Urania", Wrangelstr. 10—11:

Partei-Versammlung.

Tages-Ordnung: 262/4*
Fortsetzung der Diskussion über den Parteitag zu Jena.
Recht zahlreichen Besuch erwarten **Die Vertrauensleute.**

Freie Vereinigung der Bauarbeiter Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 15. Oktober, vormittags 10 Uhr, im „Englischen Garten", Alexanderstr. 27c:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal 1905 und Bericht der Revisoren. 2. Diskussion. 3. Antrag des Vorstandes wegen Aenderung der Statuten. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht jedes Kollegen zu erscheinen.
Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt.
Der Vorstand.
J. A.: Hermann Norgel.
31/8

Vereinigung der Zimmerer Deutschlands.

Bureau: Berlin C. 54, Dragonerstr. 15, H. I. — Telephon: Amt III. Nr. 5028.

Sonntag, den 15. Oktober cr., vormittags 10 Uhr, in den „Industrie-Festsälen", Beuthstraße Nr. 20:

Außerordentliche Versammlung des Vereins der Zimmerer Berlins u. Umgegend.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kameraden A. Juppenlatz über: „Wandlungen innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung und die Stellung unserer Organisation zu den letzten Ereignissen". 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
258/10 Der Vorstand. J. A.: A. Juppenlatz.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

(E. H. 29, Hamburg) Filiale Berlin V.
Sonnabend, den 14. Oktober, abends 8½ Uhr, bei Patt, Dragonerstr. 15:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht. 2. Aufnahme von Mitgliedern in die für die Frauen unserer Mitglieder gegründete Sterbekasse. 3. Verschiedenes.
Zahlstellen sind geschlossen. Beiträge werden in der Versammlung entgegengenommen. 25175
Mitgliedsbuch legitimiert.
Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Tischler-Verein zu Berlin.

E. H. Nr. 89.
Sonnabend, den 14. Oktober, abends 8½ Uhr, Melchiorstr. 15:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Kassenbericht vom dritten Vierteljahr 1905. Vortrag des Herrn Stripp über: „Maxim Gorki" mit Rezitationen aus seinen Werken. — Ausgabe der Billetts zum 34. Stiftungsfest in „Sanssouci", Kottbuserstr. 4a.
Das Quittungsbuch legitimiert.
199/7 **Der Vorstand.**

Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgegend.

(E. G. m. b. H.)
Aktiva — Bilanz-Konto am 30. Juni 1905. — Passiva

Aktiva			Passiva		
An Waren-Konto	M.	54 919,97	Per Geschäftsanteil-Konto	M.	69 906,87
„ Kassa-Konto	„	15 072,49	„ Reservefonds-Konto	„	8 026,01
„ Bank-Konto	„	19 878,08	„ Sparfonds-Konto	„	56 747,35
„ Effekten-Konto	„	2 770,20	„ Lieferanten-Konto	„	24 362,58
„ Städtische Sparkassen-Konto	„	1 013,07	„ Kautions-Konto	„	5 220,40
„ Inventar-Konto Bestand M. 30 559,12, 10 % Abschreibung „ 3 055,91		27 503,21	„ Dispositionsfonds-Konto	„	522,52
„ Debitoren-Konto I	M.	4 627,64	„ Dividenden-Konto	„	1 306,20
„ Stammanteil-Konto	„	5 181,—	Reingewinn	„	18 081,48
„ Fastagen-Konto	„	769,70			
„ Gasanstalts-Konto	„	565,—			
„ Darlehn-Konto	„	51 572,05			
„ Bau- und Sparvereins-Konto	„	300,—			
	M.	184 172,41		M.	184 172,41

Der Vorstand.
Max Menzel Paul Müller F. Tuhauer O. Rietz O. Reißmann.

Cigarrenhandlungen

liefert zu Originalpreisen
alle gangbaren Cigaretten
(Garbáty, Phänomen, Josetti, Manoli, Bolero, Kapitän etc.) 46042*
die seit Jahren hier eingeführte Firma
Carl Röcker, Grüner Weg 112.
(Fernsprecher: Amt VII, 3361.)
Spezialität:
Dänischer Kapitän-Kautabak, gesetzlich geschützt.
Nordhäuser Kautabak, stets frisch.
Rauch- und Schnupftabake, billigst.

Josetti Cigaretten
Erstklassige deutsche Fabrikate.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Bürstenmacher.

Sonnabend, 14. Oktober, abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Pfeffer, Rosenthalerstr. 57:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Fortsetzung der Diskussion über die Konferenz. 2. Bericht über die Statistik. 3. Diskussion. 4. Branchenangelegenheiten.
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in der Versammlung zu erscheinen.
Die Branchen-Kommission.

Sonntag, den 15. Oktober, vormittags 10 Uhr, in Ahrens Brauerei, Turmstr. 25—26:

Bezirks-Versammlung für Moabit

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Simon Katzenstein über: Genossenschaft und Produktion. 2. Diskussion. 3. Verbands- und Werkstatt-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes. 94/11
Der Einberufer.

Branche der Kistenmacher.

Sonnabend, den 14. d. Mts., findet bei Boeker, Weberstr. 17, unser diesjähriges

Herbstfest

statt. Einen zahlreichen Besuch erwartet **Der Obmann.**

Zur Beachtung! Die Ortsverwaltungssitzung fällt heute aus!

Verband der Sattler.

Ortsverwaltung Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die

Branchen-Versammlungen

an folgenden Tagen stattfinden:
Geschirrbranche: Mittwoch, den 18. Oktober.
Treibriemenbranche: Achtung! Des Stiftungsfestes wegen fällt die Versammlung am 14. Oktober aus und findet dafür am 21. Oktober statt.
Taschen-, Koffer- und Galanteriebranche: Donnerstag, den 19. Oktober.
Linoleumleger und Teppichnäher: Donnerstag, den 19. Oktober.
Wagenbranche: Mittwoch, den 18. Oktober.
Achtung! Die Versammlungen der Wagenbranche finden nicht mehr in den „Armin-Hallen", sondern regelmäßig bei Augustin, Oranienstr. 103, statt.
Eisenmöbel und Lederstuhlpolsterer: Mittwoch den 18. Oktober.
Sektion Charlottenburg: Dienstag, den 17. Oktober.

Achtung! **Militärsattler!** Achtung!

Montag, den 16. Oktober, in den „Armin-Hallen":

Außerordentliche Branchenversammlung.

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder in allen diesen Versammlungen erwartet 157/14 **Die Ortsverwaltung.**

Sonnabend, den 14. Oktober, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

Feier des 17. Stiftungs-Festes.

Auftreten von Horsts Norddeutschen Humoristen und Quartettsängern. — Konzert. — Reigenfahren, ausgeführt d. Mitgl. d. Berl. Arb.-Radf.-Vereins — Großer Ball. Daran teilnehmende Herren zahlen 50 Pf. nach.
Anfang präzise 8½ Uhr. Entree 30 Pf.
Um rege Beteiligung ersucht **Das Vergnügungskomitee.**

Zentralverband der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter Deutschlands.
Verwaltungsstelle Berlin I.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser altes, treues Mitglied, der Hausdiener
Hugo Schultz
am 11. d. M. plötzlich verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der Emmaus-Gemeinde, Rixdorf, Hermannstraße, aus statt. 71/14
Recht rege Beteiligung der Kollegen erwartet
Die Ortsverwaltung I.

Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.
Verwaltungsstelle Berlin I.
Hierdurch diene den Mitgliedern zur Nachricht, daß der ausgesperrte Hülfsarbeiter der A. E.-G., Kollege
Otto Schwiethal
verstorben ist. 71/13
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Freitag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Friedensgemeinde, Nordend-Nieder-Schönhausen, aus statt.
Um recht zahlreiche Beteiligung bittet **Die Ortsverwaltung.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie dem Schöneberger Wahlverein für die mir gewordene Unterstützung meinen herzlichsten Dank.
Witwe **Berta Kradel**
25265 und Kinder.

Achtung! Achtung!
Einladung
zur
Delegierten-Ergänzungswahl
zum Montag, den 23. Oktober, im Restaurant Noack, Wilhelmsgarten, in Tempelhof, Berlinerstraße 9.
Zu wählen sind **6 Kassenmitglieder.**
Die Wahl findet von 5½ Uhr bis 7 Uhr abends statt. Wahlberechtigt und wählbar sind nur diejenigen Kassenmitglieder, welche großjährig und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind. 275/1
Als Legitimation ist das Krankenkassen-Quittungsbuch mitzubringen.
Tempelhof, den 11. Oktober 1905.
Der Vorstand
der gemeinsamen Orts-Krankenkasse
für Tempelhof und Hasenheide.
W. Kunze, Vorsitzender.

„Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein"
Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität".
Touren am Sonntag, 15. Oktbr.:
1. Abt. früh 6 Uhr nach Luckenwalde, mittags 1 Uhr nach Teltow (Bielenhagen). Start Bülowstr. 59.
2. und 7. Abt. früh 9 Uhr nach Schenkendorf, bei Groß-Beeren, Pflichttour. Start an den bekannten Plätzen.
3. Abt. mittags 1½ Uhr Familientour nach Hirschgarten (Wilhelmshof). Start Mariannenpark.
4. Abt. früh 8 Uhr nach Biesenthal (Flora), mittags 2 Uhr nach Französisch-Buchholz (Kühne). Start Andreasplatz.
5. Abt. früh 7 Uhr nach Liepnitzsee (Forsthaus), mittags 2 Uhr nach Französisch-Buchholz (Kühne). Start Elysium.
6. Abt. früh 9 Uhr Streifzüge im Osten. Start Oberbergerstraße 30 (Genossenschaft).
8. Abt. mittags 1 Uhr Damentour nach Hennigsdorf (Grohe). Start Waldstr. 8. Herrentour Streifzüge im Nordwesten. Start 1 Uhr Kriminalgericht.
9. Abt. mittags 1 Uhr Start bei Bieke, Schillingstr. 22. Tour wird dort bekannt gemacht.

Große Betten 12 M.
(Oberbett, Unterbett, zwei Kissen) mit gereinigten neuen Federn bei Gustav Lustig, Berlin S., Prinzenstraße 46. Preisliste kostenfrei. Viele Anerkennungsschreiben.

4524L*
Ein Riesenposten
Mocketplüsch
130 Cmtr. breit, à Meter, von Mk. 4,65 an
haltbarster buntfarbiger Möbelstoff. Reste spottbillig!
Proben franko.
Teppichhaus
Emil Lefèvre,
BERLIN S. **Oranienstr. 158.**

Verantw. Redakteur: Paul Büttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition: Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1983.

Nr. 240. Freitag, den 13. Oktober 1905.

Inserate Sechsgespaltene Kolonelzeile 20 Pfg. Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Lichtenberg. Sonnabend, den 21. Oktober, veranstaltet der Wahlverein in den Gesamträumen der Herren Gebr. Arnhold, Frankfurter Chaussee 5, sein diesjähriges Künstlerfest. Ein reichhaltiges und gut gewähltes Programm verbürgt einen genußreichen Abend. Billetts sind bei den Bezirksführern und in der Spedition, Kronprinzenstr. 50 zu haben.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Mitgliederversammlung der Zahlstelle der Vereinigung der Maler 2c. in Charlottenburg hörte zunächst einen Vortrag des Herrn Ingenieur Walter Behrendt über die Bedeutung der von der Wildenschaft der Technischen Hochschule inszenierten „Freie Fortbildungskurse für Arbeiter“. Die Darlegungen des Referenten gipfelten in einem Appell zum Eintritt in diese Kurse, wo der Arbeiter, ganz gleich welchen Alters, sich elementare Kenntnisse auf den notwendigsten gebräuchlichsten Gebieten des täglichen Lebens erwerben kann. Nach dem beifällig aufgenommenen Vortrage erstattete Jost als Beisitzer zum Gewerbegericht Bericht über dessen Tätigkeit in der Zeit vom 1. April 1904 bis 31. März 1905. Eine wesentliche Diskussion knüpfte sich an den Bericht nicht. Die hierauf von Nebel gegebene Abrechnung vom Sommerfest ergab an Einnahme 156,50, an Ausgabe 133,95 M., so daß ein Ueberschuß von 22,55 M. zu verzeichnen ist. — Nunmehr erläuterte Flemming die einzelnen Positionen des neuen Lohntarifs, der an die in Betracht kommenden Innungen von Berlin, Charlottenburg, Rixdorf, Groß-Lichterfelde und Friedrichsberg-Rummelsburg eingereicht wird. Er wie die nachfolgenden Redner traten für eine noch weitere Stärkung der Organisation ein, damit es auch diesmal möglich werde, den neuen Tarif auf friedlichem Wege vollends durchzuführen.

Eine Petition, die sich auf die Säuglings-Fürsorgestellen bezieht, hat der Charlottenburger Aerzteverein an die städtischen Behörden gerichtet. Die Herren haben folgende Wünsche:

1. Es möge für die leitenden Aerzte der Fürsorgestellen eine Dienstanweisung erlassen werden, in der ausgesprochen wird, daß seitens dieser Aerzte eine ausschließlich auf die Ernährung der Säuglinge bezügliche beratende, aber keine behandelnde Tätigkeit ausgeübt werde. 2. Die städtischen Behörden wollen dafür sorgen, daß die Fürsorgestellen nicht auch von dem Teil der Bevölkerung in Anspruch genommen werden, der seinen wirtschaftlichen Verhältnissen nach imstande ist, selbst für die zweckentsprechende Ernährung der Säuglinge und für deren ärztliche Beratung zu sorgen. 3. Die städtischen Behörden mögen dahin wirken, daß in den Fürsorgestellen nur eine solche Milch verabfolgt werde, welche nach den sanitätspolizeilichen Bestimmungen als Säuglingsmilch bezeichnet werden darf.

Zur Begründung der Forderungen wird angeführt:

ad 1. Wie mit jeder sozialhygienischen Einrichtung sind mit der der Säuglings-Fürsorgestellen Schädigungen der Aerzte verbunden. Diese Schädigungen ertragen die Aerzte willig, wenn sie davon überzeugt sind, daß dem Gemeinwohl genützt wird. Ist dies aber fraglich, so kann der Aerztestand, dessen Lage, wie bekannt, eine sehr schwierige ist, verlangen, daß man auch auf ihn als einen wichtigen Bestandteil der städtischen Bevölkerung Rücksicht nimmt, und daß namentlich den jungen Aerzten die Erwerbsverhältnisse nicht unnötigerweise erschwert werden. Dies geschieht jedoch, wenn in den Fürsorgestellen nicht ausschließlich eine beratende, sondern, wie es nachgewiesen und zugestandenermaßen vorgekommen ist, auch eine behandelnde Tätigkeit seitens der leitenden Aerzte ausgeübt wird. Dies müßte durch eine Dienstanweisung an letztere festgelegt werden.

ad 2. Eine Kontrolle der wirtschaftlichen Verhältnisse der Besucher der Fürsorgestellen findet bisher nicht statt. Es ist daher möglich und nachweislich vorgekommen, daß wirtschaftlich gut gestellte Personen diese gemeinnützige Einrichtung benutzen, die ausschließlich, wie in Berlin, nur für die bedürftige Bevölkerung geschaffen sein sollte.

ad 3. Die in den Fürsorgestellen verabfolgte Milch entspricht unzweifelhaft nicht den Anforderungen, die an eine einwandsfreie Säuglingsmilch zu stellen sind. Ob überhaupt der Erfolg, den man von den Fürsorgestellen erwartete, erreicht worden ist, erscheint nach der Tatsache, daß der aufgestellten Statistik zufolge 48 Proz. der Besucher nach ein- bis zweimaligem Besuche von den Fürsorgestellen fortgeblieben sind, zweifelhaft.

„Ueber alle diese Punkte würde eine Beratung mit den Aerzten eine Klärung herbeigeführt haben. Deshalb bitten wir die städtischen Behörden, in Zukunft bei ähnlichen Einrichtungen den Charlottenburger Aerzteverein als Vertreter der hiesigen Aerzteschaft zur Beratung zuziehen zu wollen, der stets bereit sein wird, bei hygienischen Fragen mitzuwirken.“

Wir haben die Petition deshalb ausführlich wiedergegeben, weil sie in ihren ersten beiden Punkten ein Zeugnis ablegt von dem kurzsichtigen Standpunkt der Vertreter der Aerzteschaft. Zunächst ist es überhaupt zweifelhaft, ob die Errichtung der Säuglings-Fürsorgestellen eine Schädigung der Aerzte bedeutet, denn die Personen, die von dieser Einrichtung Gebrauch machen, gehören zum weitaus größten Teil jenen Kreisen an, die sonst auf ärztliche Hülfe überhaupt verzichten würden. Aber selbst wenn eine Schädigung vorliegt, hätten die Aerzte alle Ursache, derartige soziale Einrichtungen zu fördern, denn das Interesse auf die Gesamtheit steht höher als das auf einzelne Erwerbszweige. Wir geben ohne weiteres zu, daß namentlich die jungen Aerzte schwer um ihre Existenz zu kämpfen haben. Umsomehr sollten die Aerzte endlich zu der Einsicht kommen, daß sie, wenn anders sie wirklich ihre Lage bessern sollen, nicht gegen Windmühlen kämpfen dürften, sondern sich einreihen müßten in die Schar der Kämpfer um die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, der einzig und allein die Schuld an der Notlage der Aerzte beizumessen ist.

Charlottenburg, seine Geschichte und seine Kunst ist das Thema des ersten diesjährigen Charlottenburger Volkskunstabends am Sonntag, den 15. d. M., abends 8 Uhr, in der Kaiser Friedrichschule am Savignyplatz. Erste Kräfte haben sich zur Verfügung gestellt. Karten a 0,50 M., einige numerierte Plätze a 1 M. sind in allen Charlottenburger Buchhandlungen, im Dürerhaus, Kronenstr. 18 und im Verein zur Förderung der Kunst, Genthinerstr. 17, I zu haben.

Schöneberg.

Bürgerlicher Wahlterrorismus. Man schimpft in bürgerlichen Kreisen so gern auf den Arbeiterterrorismus. Wie aber bei jener Gesellschaft die Mandatsjägerei mit obligater Verbindlichkeit betrieben wird, dafür liefert uns die augenblickliche Wahlkampagne im zehnten Bezirk zu Schöneberg ein anmutiges Beispiel. Neben den beiden Mandaten der dritten Abteilung steht auch eines der ersten Abteilung zur Neuwahl. Von dieser sind im genannten Bezirk 56 Wähler vorhanden. Durch Zufall ist uns zu Ohren gekommen, daß ein früherer Stadtrat, der seinerzeit nicht mehr ins Magistratskollegium gelangen konnte, jetzt als Stadtverordneter kandidiert und sich 50 Wähler durch Unterschrift verpflichtet haben soll, am Tage der Wahl ihm die Stimme zu geben. Ob man den Mut haben wird, dies ebenfalls als „Terrorismus“ zu bezeichnen? Bei den Wahlen zur dritten Abteilung will man dem bürgerlichen Stadtverordneten und Hausbesitzer Schellack, der Anfang dieses Jahres als Ersatzmann eingetreten war, sogar mit einem bürgerlichen Gegenkandidaten kommen, und zwar in der Person des Stadtv. Treugebrodt, der dafür aber als „ein Vertreter berechtigter Interessen“ gilt. In voller Erinnerung steht noch, daß gerade jener Herr vor kaum einem Jahre durch plötzlich erfolgte Niederlegung seines Mandats und Annahme eines Mandats in einem anderen Bezirke von sich reden machte.

Weil er nicht in allen Stücken so will, wie seine bürgerlichen Kollegen, soll dem Stadtv. Turnlehrer Zobel, der nicht reaktionär ist, die Wiederwahl ins Stadtparlament erschwert werden. In gewissen Kreisen — sollte da nicht der allgewaltige Haus- und Grundbesitzerverein dahinter stecken? — sucht man für die Kandidatur des Mittelschullehrers Kunze Stimmung zu machen; mit diesem hofft man den verhaßten bisherigen Vertreter aus dem Felde zu schlagen.

Die Sozialdemokraten werden die Augen offen halten.

Zehlendorf.

Nachwirkungen des Kirchenbaues. Anfang dieses Monats wurde in Zehlendorf eine neue, architektonisch übrigens ganz erträgliche Kirche eingeweiht. Die alte, ein kleines nettes, altmärkisches Bauwerk, sollte den „modernen“ Ansprüchen nicht mehr genügt haben, insbesondere für den stark wachsenden Ort zu klein geworden sein. Dabei wird allgemein und glaubwürdig versichert, daß selbst diese kleine Kirche bei den Gottesdiensten gähnend leer und nur an besonderen Festtagen einigermaßen gefüllt gewesen sei. Trotzdem das dringende Bedürfnis nach der neuen, großen, in der es, wenn die erste Neugier und Sensation der Thron- und Altarerhaltenden gestillt sein wird, vermutlich bald ebenso leer wie in der alten sein wird. Gleichwohl wurde die Einweihung natürlich mit dem jeden Berliner wohlbekannten üblichen Pomp und Zeremonien vollzogen. Ein Prinz, die „Spitzen“ der Behörden, Vertreter des „hohen“ Konsistoriums, alle Lokalgrößen waren dabei. Nur die Ehrenkompagnie fehlte. Noch jetzt ist der Ort, soweit die bürgerlichen Kreise in Betracht kommen, voll von den Nachwirkungen dieser „Feier“. Ein Ordenssegen ist in den Ort eingezogen, das Lokalblättchen ist voll Rühmens. Nur ein Doppeltes ist bei alledem wohlweislich verschwiegen worden, was wir deshalb hier nachträglich feststellen wollen, nämlich daß erstens von nun an die Kirchensteuern erheblich erhöht werden sollen, eine sehr erfreuliche Tatsache für alle opferbereiten Christenherzen in den Tagen der Fleischnot, und zweitens daß gelegentlich der Einweihungsfeierlichkeiten 21 Mitglieder unseres hiesigen sozialdemokratischen Wahlvereins und eine Frau ihren Austritt aus der Landeskirche erklärt und vollzogen haben.

Potsdam.

Zur Gewerbegerichtswahl in Potsdam kommt für die Arbeiterschaft einzig die Liste Nr. 2 in Betracht, die folgende Arbeitnehmernamen enthält: 1. Maurer Wilhelm Werner, 2. Arbeiter Hugo Krakau, 3. Schneider C. Rüdiger, 4. Tabakarbeiter Max Flohr, 5. Schlosser Otto Matthies, 6. Kutscher Karl Wieting, 7. Steinmetz Karl Jähnert, 8. Töpfer Otto Rogge, 9. Schneider Reinh. Albrecht, 10. Arbeiter Franz Nennhaus.

Der Wahltermin ist festgesetzt: für die Beisitzer der Arbeitnehmer auf Dienstag, den 24. Oktober cr., von 11—1 Uhr vormittags und von 6—8 Uhr nachmittags; für die Beisitzer der Arbeitgeber auf Mittwoch, den 25. Oktober cr., von 11—1 Uhr vormittags. Das Wahllokal für beide Wahlen befindet sich im Rathause, 1 Treppe, Zimmer 16. Zur Wahl werden nur diejenigen Personen zugelassen, welche in die Wählerlisten eingetragen sind. — Die Stimmabgabe bleibt auf die in den Vorschlaglisten enthaltenen Namen beschränkt.

Im Kasernenhof verschüttet. Auf dem Kasernenhof des 3. Ulanenregiments in Potsdam hat sich gestern ein bedauerlicher Unfall ereignet. Der 13jährige Gemeindeschüler Gustav Trenne hatte durch seine Schwester, die Frau eines Vizewachtmeisters, Zutritt zum Kasernenhof gefunden und vertrieb sich gestern seine Zeit damit, mit einem kleinen Mädchen Höhlen und Tunnels in einen Sandhügel zu graben. Der eine Tunnel war so groß, daß der Knabe hindurchzukriechen versuchte. In der Mitte des Tunnels brach der Sand in sich zusammen und verschüttete den Knaben, der später als Leiche aus dem Sand herausgezogen wurde.

Pankow.

Parteiversammlung in Pankow. Am Mittwoch fand hier eine öffentliche Versammlung statt, welche von zirka 150 Personen besucht war. Genosse Taubmann-Weißensee gab einen umfangreichen Bericht vom Parteitage in Jena und wies darauf hin, daß dieser Parteitag den Gegnern eine arge Enttäuschung brachte. Wenn der Parteitag auch nicht alle Wünsche der Genossen von Nieder-Barnim erfüllt habe, so könne man doch mit dem zufrieden sein, was erreicht worden ist. Nachdem Taubmann die einzelnen Punkte der Tagesordnung des Parteitages gestreift und die dazu gehörigen Resolutionen verlesen hatte, meinte er, es müsse jetzt Aufgabe eines jeden Parteigenossen sein, ernstlich zu agitieren. In der Diskussion nahm zunächst Genosse Kubig das Wort, um einige ergänzende Mitteilungen zu machen. Die Genossen Freiwaldt, Witte und Neumann sprachen sich im Sinne des Referenten aus; zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung hat den Bericht vom Parteitage mit Genugtuung entgegengenommen und erklärt, daß die Arbeiten, welche in Jena geleistet wurden, nur zum Nutzen und Wohl des deutschen Proletariats sein können. — Sodann kritisierte Genosse Koths das hierorts bestehende System, daß die Steuerbehörde bei den einzelnen Arbeitgebern Nachfrage über den Verdienst der Arbeiter hält; er meinte, die Gewerkschaften müßten die Arbeitgeber veranlassen, in Zukunft keine Auskünfte mehr zu erteilen. Zum Schluß machte Gen. Freiwaldt noch auf unsere Parteispedition aufmerksam und ersuchte die Genossen, fleißig zu agitieren, damit sich die Zahl der Abonnenten bald erhöht und das erste Tausend erreicht wird.

Stralau-Rummelsburg.

Wohl selten hat sich ein Vorort so schnell entwickelt, wie Stralau-Rummelsburg. Vor drei Jahren war erst eine Einwohnerzahl von 17 000 vorhanden und Anfang Oktober dieses Jahres zählte man 33 332 Einwohner. Der letzte Umzug brachte allein einen Zuwachs von etwa 3000 Personen. Eine erfreuliche Entwickelung nimmt hier auch die Arbeiterbewegung. Die Mitgliederzahl des Wahlvereins hat sich in kurzer Zeit fast verdoppelt, die Gewerkschaftsbewegung ist hier eine äußerst rührige und auch der Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands, welcher hier eine Zahlstelle errichtete, hat einen guten Boden gefunden. Während früher nur 4 Mitglieder der Zahlstelle Berlin angehörten, sind jetzt bereits 30 Genossen dem Verbande beigetreten. Allerdings liegen die Verhältnisse für die Schankwirte wohl nirgends so ungünstig wie hier. Die Steuerlast ist fast unerträglich; der Gemeindesteuerzuschlag beträgt 150 Proz., die Gewerbesteuer 240 Proz., die Betriebssteuer 150 Proz. Die Biersteuer mit 65 Pf. für 100 Liter, die Lustbarkeitssteuer kommt hinzu, und sogar eine Musikautomatensteuer gibt es in der Höhe von 36 M., so daß der Schankwirt hier 300—400 M. mehr Steuer bezahlt wie in Berlin. Der Verein wird in nächster Zeit in eine rege Agitation gegen diese Steuerverhältnisse eintreten. Die nächste Versammlung findet heute, Freitag, nachmittags 5 Uhr, bei Tempel, Alt-Boxhagen 56 statt.

Der Wahlverein Rummelsburg delegierte, nachdem er sich mit dem Parteitage beschäftigt hatte, die Genossen Berger, John, Höhne, Janssen, Schultz und Müller zur Kreiskonferenz.

Berliner Nachrichten.

Der Choleraherd bei Berlin.

Gestern teilten wir nach der „Voss. Ztg.“ einiges über die Zustände mit, unter denen die Cholera in der Nähe von Stolpe an der Nordbahn ausgebrochen ist. Wir können diese Mitteilungen heute ergänzen; sie geben ein Bild von der unumschränkten Macht, die die Agrarier selbst in der Nähe der Reichshauptstadt in Preußen ausüben und von der Gewissenlosigkeit, mit der die maßgebende Schicht in Preußen den Lebensinteressen der Gesamtbevölkerung entgegenhandeln darf. Das Gut, auf welchem der Krankheitsherd sich gebildet hat, ist im Besitz eines Kammerherrn v. Veltheim. Von diesem hohen preußischen Hofbeamten hat ein preußischer Hauptmann a. D. namens R. Gravenstein das Gut seit zwei Jahren in Pacht. Während der vorige Pächter am Orte beliebt war und nur einheimische Arbeiter beschäftigte, glaubte Herr Gravenstein mit Ausländern viel profitabler zu fahren. Vor einigen Wochen sind für ihn etwa achtzig Männer, Frauen und halberwachsene Kinder aus Galizien am Orte angekommen; Leute, die kein Wort Deutsch können und auf einer nach unseren Begriffen außerordentlich niedrigen Kulturstufe stehen. Mögen diese zum Kartoffelbuddeln herangeholten Ausländer an sich schon den Begriff der Reinlichkeit kaum anders als vom Hörensagen kennen, so wurden sie durch die Zustände auf dem Gute förmlich gezwungen, schlimmer zu hausen als ein ordentlicher Landwirt es seinen Schweinen zumuten mag.

Das Dach des Arbeiterwohnraumes ist so schadhaft, daß der Regen ungehindert ins Innere Zutritt hat; die Fensterscheiben sind vielfach durch alte Lumpen ersetzt, und wenn die Leute nach des Tages Last und Mühen endlich nach Hause kommen, so müssen sie sich in einem stinkenden Raume, wo von Ventilation nicht gut die Rede sein kann, auf altem Stroh zur Ruhe legen, oft ohne etwas ordentliches im Leibe zu haben. Männer, Frauen und Kinder von 13—14 Jahren wühlen in diesem Schlafraum durcheinander; man kann sich vorstellen, was da in demselben christlichen Junkerstaat, der bereits durch die geistvolle Satire des „Simplizissimus“ die gute Sitte gefährdet sieht, sich für ein Wandel herausbilden mag. Die Leute sind in dieser Pesthöhle derart mit Ungeziefer behaftet, daß Einwohner des Dorfes, die in dem Hause auf kurze Zeit beschäftigt waren, ihre liebe Not hatten, sich von den unwillkommenen Gaben zu befreien. Aber selbst das notwendigste, das Wasser, wird in dem Menschenstall in einem Zustande gebraucht, der selbst unter sonst erträglichen Verhältnissen mit Naturnotwendigkeit Krankheiten hervorrufen muß. Der Brunnen in der Nähe des Schnitterhauses hat den ganzen Sommer über kein Wasser gegeben und ist erst vor etwa drei Wochen in Stand gesetzt worden. Der Boden ringsherum ist mit allerhand Unrat förmlich übersät und zu allem fließt am Hause auch noch ein Jauchegraben vorüber, der das Gift in den nicht einmal richtig abgepumpten Brunnen durchsickern läßt. Das ekelhafteste Wasser von der Welt muß von den Galiziern zum Waschen und Trinken benutzt werden.

Der Pächter des Gutes, Hauptmann a. D. Gravenstein, ist jetzt natürlich in tausend Aengsten. Er hat dieser Tage folgendes Rundschreiben an seine Kundschaft versandt:

> Meiner geehrten Kundschaft teile ich hierdurch ergebenst mit, daß von den bei mir beschäftigten ungarischen Schnittern einige Leute — wahrscheinlich an Cholera — erkrankt sind. Diese Leute sind sofort in die Cholerabaracke bei Oranienburg gebracht. Der Rest dieser Leute, die absolut gesund sind, befindet sich unter dauernder ärztlicher Kontrolle und ist durch Gendarmen dafür gesorgt, daß sie mit niemand in Berührung kommen. Mit der Molkerei des Rittergutes haben und hatten diese Leute niemals etwas zu tun und ist es daher gänzlich ausgeschlossen, daß durch die Milch irgend wie Krankheitserreger übertragen werden. Die Medizinalbehörde hat daher auch ohne weiteres den Milchverkauf gestattet. Indem ich meiner geehrten Kundschaft hiervon Kenntnis gebe, bitte ich, mir das bisher geschenkte Vertrauen in dieser für mich besonders schweren Zeit zu bewahren.

Nach den Versicherungen, die wir von Einwohnern des Dorfes Stolpe erhalten, muß hier ein Irrtum des Herrn Gravenstein berichtigt werden. Wenn er sagt, daß die jetzt unter ärztlicher Kontrolle stehenden Ausländer mit der Molkerei niemals etwas zu tun hatten, so mag das insoweit zutreffen, als sie nicht bei der Milchbereitung beschäftigt sind. Wohl aber war und ist es vielleicht heute noch unvermeidbar, daß die Milchkutscher mit den Schnittern in Berührung kommen; die Beantwortung der Frage, ob bei dem grauenhaften Schmutz im Schnitterhause nicht doch Krankheitskeime der Milch zugeführt wurden, möge gewissenhaften Sachverständigen vorbehalten bleiben.

Zurzeit drängt die höchste Not natürlich die preußische Regierung zu Sicherheitsmaßnahmen. Daß sie von Erfolg seien, wollen wir im Interesse der Bevölkerung hoffen. Aber das, was jetzt ge-

schieht, nachdem das Unheil ausgebrütet, hätte längst geschehen sollen. Und, so gestehen wir weiter, die in Stolpe geübte Einzelmaßnahme ist insoweit von geringem Werte, als ähnliche Zustände, wie dort, noch auf mancher anderen Stelle des platten Landes herrschen mögen. Das Gut des Kammerherrn v. Veltheim liegt zwei Meilen von hier, also fast unter den Augen der Reichshauptstadt. Wenn hier Schmutz und Elend gefährlicher Art an der Tagesordnung war, wie mag es da erst in den Schnitterhäusern des eigentlichen Junkerparadieses aussehen, wo der Gutsherr selbst Polizei ist und sozusagen mit vollendeter Gewissenlosigkeit seinem Profit nachgehen darf? So schlimme Sünden das städtische Hausagrariertum auf dem Gewissen hat, so notwendig vor allem in den Mietskasernen der Reichshauptstadt eine strenge Wohnungskontrolle ist, so können hier die Mißstände doch unmöglich so schlimm sein als im Herrschaftsgebiet des preußischen Agrariertums, dessen Habgier die einheimischen Landbewohner in die Stadt treibt und dessen Patriotismus sich in der systematischen Heranziehung von Ausländern klassisch bekundet.

* * *

Die Cholera auf dem Gute Stolpe hat sich weiter ausgedehnt. Donnerstag waren an Cholera erkrankt zwei Knaben im Alter von 15 und 14 Jahren sowie ein Arbeiter, bei dem die Seuche schon Mittwoch festgestellt war. Die Frau dieses Mannes liegt mit ihrem dreijährigen Söhnchen zwar krank danieder, beide sind sogenannte Bazillenträger, doch ist bei beiden die Cholera nicht ausgebrochen. Nicht verwandt mit dem cholerakranken Arbeiter sind die beiden vorhin erwähnten Knaben, die an der Seuche schwer danieder liegen. Ein anderer Arbeiter wurde gestern in die Baracke des Krankenhauses zu Oranienburg eingeliefert. Dort befinden sich auch die vorher aufgeführten Kranken. Weiter wurde festgestellt, daß bei der am Mittwoch unter verdächtigen Erscheinungen verstorbenen Arbeiterfrau Cholera nicht vorlag. Auf dem Gute selbst, wo eine besondere Cholerabaracke eingerichtet ist, sind gestern sieben erwachsene Arbeiter und Arbeiterinnen als choleraverdächtig erkrankt unter besondere Beobachtung gestellt worden.

Der Schloßpark in Buch

soll nunmehr dem Publikum geöffnet werden. Gelegentlich der diesjährigen Etatsberatung nahm die Stadtverordneten-Versammlung einen darauf hinzielenden Antrag unserer Genossen Heimann, Bruns und Borgmann an; und jetzt hat die Deputation für die städtischen Rieselfelder beschlossen, den Park im unteren Teile herrichten zu lassen und nur im oberen Teile, am Schloß, einen kleinen Platz für die Gutsbewohner abzugrenzen, so daß so ziemlich der ganze Park dem Publikum zur Verfügung steht. Durch Plakattafeln soll auf den Park aufmerksam gemacht und sollen ferner die Anlagen dem Schutze der Besucher empfohlen werden. Außerdem will man beim Magistrat die Anstellung eines ständigen Wächters beantragen. Neben den königlichen Gärten in Potsdam gibt es wohl in der ganzen Mark Brandenburg keinen schöneren Park als den in Buch, und mancher Bewohner des Nordens, der erst einmal dort gewesen ist, dürfte dies herrliche Stück Erde immer von neuem wieder aufsuchen.

Ein anderer Beschluß noch ist gefaßt worden, der für die Bewohner des Nordens ebenfalls von Interesse ist. Es handelt sich um die Erhaltung des Waldes bei Buch. Obwohl der Wald seinerzeit zur Anlegung von Rieselfeldern gekauft wurde, sollen doch die Bäume nicht weiter niedergelegt werden. Vielmehr will die Stadt einzelne Flächen neu aufforsten, so daß ein geschlossener Waldkomplex von 1800 Morgen Größe entsteht. Diese Sorge um den Wald war aus ethischen Gründen schon notwendig, da der Fiskus systematisch in der Umgegend von Berlin abholzen läßt und durch sein volksfeindliches Treiben höchstens die Interessen der Grundstücksspekulanten fördert.

Mitten durch den Wald soll die neu anzulegende Kreischaussee von Französisch-Buchholz und Schönerlinde führen. Die Stadt Berlin gibt hierzu den Grund und Boden her und zahlt außerdem noch 31 000 M. Beitrag.

Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß den hauptsächlichen Anlaß zur Erhaltung des Waldes die bereits errichteten und erst in Aussicht genommenen städtischen Bauten bilden. Diese Bauten kosten der Stadt etwa 35 bis 40 Millionen Mark. Sind sie fertig, dann wird sich erst völlig zeigen, welch ein Gewinn in der Erhaltung des Waldes von Buch liegt. Vorab dürfen wir wohl die Hoffnung aussprechen, daß die Bewohner des Nordens die neue Erholungsstätte fleißig und mit gebührender Pietät in Anspruch nehmen werden.

Die „Uebergangenen". Die Witwe Albertine Kittel geborene Cuno hat, wie seinerzeit gemeldet, die Stadtgemeinde Berlin zur Universalerbin eingesetzt. Die Nachlaßmasse sollte dem Fonds der bereits bestehenden Beishanschen Stiftung für hülfsbedürftige Berliner Privatlehrer und Lehrerinnen einverleibt werden. Da meldeten sich, wie es leider häufig zu geschehen pflegt, zwei „Uebergangene", Kinder eines verstorbenen Neffen der Erblasserin, welchen, wenn ein Testament nicht vorhanden wäre, nach der gesetzlichen Erbfolge der Nachlaß der Frau Kittel hätte zufallen müssen. Die „Uebergangenen" sind ein Gelegenheitsarbeiter in Hamburg und eine Hausreinigerfrau in Berlin, welche beide in sehr ärmlichen Verhältnissen leben. Der Oberpräsident hat die Herbeiführung der landesherrlichen Genehmigung zur Annahme der Erbschaft an die Bedingung geknüpft, daß die beiden „Uebergangenen" mit je 5000 Mark abgefunden werden. Mit Rücksicht auf die hülfsbedürftige Lage der Leute und weil sich aus dem Testament nicht ergibt, ob sie aus Absicht gänzlich übergangen worden sind, haben sich die städtischen Behörden bereit erklärt, jene Bedingung zu erfüllen.

Aus der „Simon, Hermann und Ella Boehm-Stiftung" werden alljährlich am 10. Januar, 31. Mai, 12. Juni und 5. August einmalige Unterstützungen in Höhe von 100 bis 400 M. an solche alleinstehende, ganz oder teilweise erwerbsunfähige weibliche Personen gewährt, die noch nicht der öffentlichen Armenpflege anheimgefallen sind. Insbesondere sollen aber auch Familien unterstützt werden, die ihres Ernährers beraubt sind und denen durch Gewährung einer Unterstützung die Möglichkeit zur Begründung oder Wiederaufrichtung einer Existenz geboten wird. Das zinstragend angelegte Vermögen der Stiftung beträgt zur Zeit 204 017,91 M. Aus den Einnahmen dieser Stiftung sind im Jahre 1905 insgesamt 71 Unterstützungen im Gesamtbetrage von 7926 M. gezahlt worden. Die Stiftung steht unter Verwaltung eines Kuratoriums, an welches Gesuche um Unterstützung aus den Mitteln dieser Stiftung zu richten sind.

Havanna-Schuß.

Für Raucher dürfte eine Gerichtsentscheidung von Interesse sein, welche Rechtsanwalt Dr. Lubszynski in der Monatsschrift „Unlauterer Wettbewerb" mitteilt. Dem Inhaber einer Partiewarenhandlung war vom Amtsgericht verboten worden, in öffentlichen Anpreisungen seine Zigarren — 100 Stück für 2,50 M.! — als „Havanna-Schuß" zu bezeichnen. Das Berufungsgericht hat indes entschieden, daß jene Anpreisung nicht geeignet sei, den Anschein eines besonders günstigen Angebots hervorzurufen, und demzufolge die Klage des Schutzverbandes gegen unlauteren Wettbewerb abgewiesen. Der Sachverständige hatte erklärt, daß es in vielen Geschäften üblich sei — drei Pfennig-Zigarren als „Havanna-Schuß" zu verkaufen! In der Urteilsbegründung heißt es u. a.: „Ein Raucher, der Zigarren zu 2,50 Mark oder 3 Mark das Hundert kauft, weiß ganz genau, daß in diesen Zigarren kein Havannatabak, überhaupt kein besserer, überseeischer Tabak, sondern in der Hauptsache inländischer Tabak enthalten ist; derselbe wird auch, wenn er solche Zigarren nicht in einem Zigarrengeschäft, sondern in einer Partiewaren-Halle kauft, keine bessere Qualität erwarten." Es komme ihm nur darauf an, eine preiswerte Zigarre zu erhalten und das sei die vorliegende; daß der Käufer durch die Anpreisung in einen falschen Glauben versetzt werden konnte, sei nicht nachweisbar rc. Rechtsanwalt Dr. Lubszynski bemerkt hierzu: Wollte man diese Sache verallgemeinern, so müßte man zu der Konsequenz gelangen, daß gerade die größten Unwahrheiten der Verfolgung entzogen bleiben, weil sie vom verständigen Publikum am wenigsten geglaubt werden. Dann könnte man auch „Talmi" als Gold bezeichnen, denn auch hierbei müsse sich ja das verständige Publikum sagen, daß echte Sachen für einen so geringen Preis nicht zu haben seien!

Im Großhandel bezeichnet man als Havannazigarren keineswegs solche Zigarren, die ausschließlich aus Havannatabak angefertigt sind. Unerläßliche Bedingung ist nur, daß das Deckblatt aus Havanna besteht; des leichteren Brandes wegen wird die Einlage zumeist mit anderen überseeischen Tabaken gemischt. In Detailgeschäften jedoch wird dieser Grundsatz selten beobachtet. Weltbekannte Berliner Firmen verkaufen zu Preisen, für die sich sehr wohl auch eine Havannazigarre herstellen ließe, ungescheut Zigarren mit Sumatradeckblatt. Tabakkenntnisse sind auch unter Gewohnheitsrauchern verhältnismäßig wenig verbreitet; macht aber ein Kenner den Verkäufer auf die Irreführung aufmerksam, so hat dies kaum einen Zweck, da der Mann fast nie Fachkenntnisse besitzt und beleidigt tut, wenn seine berühmte Firma einer unreellen Handlung bezichtigt wird. In dieser Hinsicht wäre manchem Zigarrenfabrikanten etwas mehr Gewissenhaftigkeit anzuraten.

Was zu erwarten war. Die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft hat gestern in einem Schreiben dem Magistrat angezeigt, daß sie sich der für die Prüfung des neuen 60 Millionen-Planes gestellten Bedingung, das Recht der Stadt auf Uebernahme des Bahnkörpers und Betriebes der bisherigen Linien mit Ablauf des Jahres 1919 anzuerkennen, nicht fügen und sich den von der städtischen Verkehrsdeputation geltend gemachten Rechtsanschauungen nicht anschließen könne. Es ist jetzt Pflicht der Staatsbehörden, der Großen Berliner in ihrem Kampfe gegen die Stadt Berlin mit altgewohntem Eifer beizustehen. Sollte dieser Eifer, was an sich ja schwer anzunehmen ist, irgendwie versagen, so hat die „Große" ein Recht, die Staatsbehörden daran zu erinnern, daß sie doch auch in den Kämpfen gegen die Arbeiterschaft dem Großkapital alle nur erdenkbare Unterstützung leihen.

Der Herausgeber der „Heiratszeitung", Podzus, war, wie wir seinerzeit berichteten, in dem Strafverfahren, welches auf Anzeige des Prof. Dr. v. Bamberg gegen ihn anhängig gemacht worden war, wegen fahrlässigen Meineids und strafbaren Eigennutzes vom hiesigen Landgericht I verurteilt worden. Auf die vom Rechtsanwalt Dr. Richard Schmidt eingelegte Revision hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache zur anderweitigen Verhandlung an die Strafkammer zurück. Das Gericht schloß sich nach dem Ergebnis der erneuten Verhandlung der Ansicht des Verteidigers dahin an, daß der Angeklagte in gutem Glauben gehandelt habe. Es erfolgte daher die Freisprechung.

Heilsarmee und Staatsanwalt. Das „Berl. Tgbl." meldet: Im Reiche der Heilsarmee kriselt es bekanntlich seit längerer Zeit. Der großen Reklameschau auf dem Tempelhofer Felde folgten Enthüllungen, die der Verein ehemaliger Heilsarmee-Offiziere veröffentlichte und die ein besonders ungünstiges Licht auf die Finanzwirtschaft der Armee warfen. Langatmige Entgegnungen, die die Armeeleitung drucken ließ, konnten die Vorwürfe in keiner Weise entkräften. Im Gegenteil, das Unheil zog sich noch dichter zusammen. Jetzt scheint sich auch der Staatsanwalt näher mit der Heilsarmee zu befassen. Er ließ gestern bei dem Verfasser einer gegen die Heilsarmee gerichteten Broschüre anfragen, ob der Verein ehemaliger Heilsarmee-Offiziere die Strafverfolgung beantrage.

Spielende Schlächtergesellen. Unerwarteten polizeilichen Besuch erhielt gestern abend eine in der Dragonerstraße an der Ecke der Schendelgasse belegene Gastwirtschaft. In der Mulackstraße befinden sich eine Herberge und ein Arbeitsnachweis für Schlächter. Der Kriminalpolizei war zur Kenntnis gekommen, daß gewerbsmäßige Spieler in den Gastwirtschaften der Nachbarschaft stellungslose Schlächtergesellen ausbeuteten. Gegen abend um 9½ Uhr umstellten 16 Kriminalbeamte vom Polizeipräsidium und 8 Schutzleute die in der Dragonerstraße an der Ecke der Schendelgasse belegene Gastwirtschaft und nahmen 58 Gäste nach der Wache. 52 wurden von dort nach dem Verhör wieder entlassen, 6 dagegen wurden unter dem Verdacht des gewerbsmäßigen Glücksspiels der Kriminalpolizei zugeführt. Der Wirt will von verbotenen Spielen nichts gesehen haben.

Vielleicht benutzt die heute leider noch nicht besonders starke Gewerkschaftsorganisation der Schlächter diesen Vorfall zur Agitation. Es ist ja eine bekannte Tatsache, daß Spielleidenschaft und andere Laster besonders massenhaft unter Schlächtern und Bäckern angetroffen werden, also unter Arbeitern, die noch der alten patriarchalischen Ausbeutung unterworfen sind und dank dem Einfluß der Meister den segensreichen Einfluß der Gewerkschaftsorganisation noch nicht kennen gelernt haben.

Ein schwerer Unfall ereignete sich gestern auf der Britzer Versuchsstation für drahtlose Telegraphie. Der auf dieser Station beschäftigte Monteur Emil Hütel aus der Linienstr. 16 in Berlin war gestern vormittag damit beschäftigt, Kupferrohr zu biegen. Er hatte es zu diesem Zweck mit Kolophonium gefüllt. Als Hütel nun das Rohr wieder über die Flamme hielt, platzte es plötzlich mit einem lauten Knall und ein großer, heftiger Feuerstrahl schoß dem Monteur in das Gesicht. Die ganze Gesichtshaut hing in Fetzen herunter. Das rechte Auge wurde so schwer verbrannt, daß es verloren ist, das linke hoffen die Aerzte retten zu können. In besinnungslosem Zustande wurde der Schwerverletzte in die Rixdorfer Augenklinik gebracht.

Mit der Heugabel erstochen. Einem entsetzlichen Unfall ist der 17 Jahre alte Sohn Paul des Arbeiters Lehmann aus der Schönhauser Allee 80 zum Opfer gefallen. Der junge Mann half mit dem ebenso alten Sohn Willi des Molkereibesitzers Schulze, einem Hausgenossen, dem Fuhrherrn Bernetat, der auf dem Hofe des Grundstücks seine Stallungen hat, beim Heuabladen. Schulze stand auf dem Heuboden an der Luke und warf dem weiter entfernt stehenden Lehmann jedesmal eine Gabel voll von der Ladung zu. Plötzlich brach Lehmann mit einem gellenden Aufschrei zusammen. Die rechte Zinke der Gabel des Schulze war ihm in das linke Auge eingedrungen und durch die Schädeldecke aus dem Kopfe wieder herausgetreten. Der Verunglückte, der sich wohl gebückt haben muß, als Schulze ihm eine Gabel voll zureichte, wurde bewußtlos vom Boden getragen und nach dem Lazarus-Krankenhause gebracht. Dort ist er jetzt nach vierzehntägigem Schmerzenslager gestorben. Er war das älteste von neun Kindern.

Die auf dem Bau Bernauerstraße 81 beschäftigten Maurer teilen uns mit, daß ein armer Handelsmann mit Zigarren auf dem Bau hausieren gegangen und hierbei in Krämpfe gefallen sei. Der Polier sorgte dann für Unterbringung des Kranken, seine Zigarren aber wurden auf dem Bau in Verwahrung genommen. Da der Mann unbekannt ist, ersuchen die Maurer ihn auf diesem Wege, seine Ware bei Krahlisch, Schönhauser Allee 133a, Seitenfl. 1 Tr., abzuholen.

Einer Leuchtgasvergiftung wären in der städtischen Irrenanstalt Dalldorf in der Nacht zu gestern beinahe einige Personen zum Opfer gefallen. Im Zimmer 24 des Hauses I war der Gashahn nicht ordentlich verschlossen gewesen und der Pfleger Nietschke sowie fünf Kranke hatten sich zur Ruhe begeben, als das Zimmer sich allmählich mit Gas füllte. Der Zufall wollte es, daß der Pfleger Rogge erst spät nach Hause kam. Dieser öffnete sofort die Fenster und rettete so die Bewohner des Zimmers vorm Vergiftungstode.

Ein Opfer der Benzine. Der Stadtälteste von Berlin, Geheime Baurat Hermann Blankenstein, der jetzt in Charlottenburg, Kalkreuthstr. 4 wohnt, hat gestern einen bedenklichen Unfall erfahren. Der 73jährige Herr wurde abends vor dem Hause Potsdamerstr. 22 von einer Kraftdroschke angefahren und umgestoßen. Er klagte über heftige Schmerzen im rechten Knie und mußte in einer Droschke nach seiner Wohnung gefahren werden.

Ein junger Lebemann wurde vorgestern abend im Zirkus festgenommen. Der 17 Jahre alte Kontorist Karl Bläsing, der bei einer Firma in Steglitz angestellt war, hatte früher schon einmal in einem anderen Geschäft eine Veruntreuung begangen, um den großen Mann zu spielen. Vorgestern erhob er für die Steglitzer Firma in Berlin auf einen Check 1200 Mark, lieferte aber das Geld nicht ab, sondern ging damit in eine Mädchenkneipe in der Augustastraße. Hier lebte er flott, gab Wirtin, Kellnerin und Gästen zu trinken, was sie nur verlangten. Das Trinkgeld, das die Kellnerin erhielt, war fürstlich. Nachdem er eine große Zeche gemacht hatte, lud der Lebemann Wirtin und Kellnerin ein, mit ihm den Zirkus zu besuchen. Als die beiden Damen erwiderten, daß ihre Garderobe wenig zu einem Zirkusbesuch in so vornehmer Gesellschaft passe, führte Bläsing beide zunächst in ein Geschäft in der Rosenthalerstraße und ließ sie von Kopf bis zu den Füßen neu einkleiden. Dann ging es nach dem Zirkus. Dort saß aber zufällig schon der Prokurist aus Steglitz, ohne daß Bläsing ihn sah. Er ließ den jungen Mann in einem geeigneten Augenblick unauffällig festnehmen und nun war es mit der Herrlichkeit vorbei und die beiden Damen wunderten sich, daß ihr Kavalier auf einmal verschwunden war, wußten es sich nicht zu erklären und gingen etwas enttäuscht nach Hause. Noch mehr aber erstaunten sie, als gestern morgen zwei Kriminalbeamte kamen und von beiden die neuen Garderoben abholten. Die Kellnerin, die die Nacht bei der Wirtin geblieben war, mußte erst Ersatz holen lassen und sich bis auf das unterste Gewand wieder umkleiden.

Ein schwerer Straßenbahnunfall trug sich gestern vormittag an der Ecke der Adalbert- und Oranienstraße zu. Dort wollte der 19jährige Chauffeur B. Kunz aus der Glogauerstr. 4 mit einem Motordreirad an einen Kohlenwagen vorbeifahren, als im selben Augenblick ein Straßenbahnwagen der Linie 11 daherkam. Er wurde von der Elektrischen erfaßt und gegen den Kohlenwagen gepreßt, wobei das Dreirad in Trümmer ging und K. selbst schwere innere Verletzungen und Beinquetschungen erlitt. Der Verunglückte wurde auf der nahen Rettungswache in der Adalbertstraße verbunden und dann in die Wohnung seiner Eltern geschafft. Wer die Schuld an dem bedauerlichen Unfall hat, ist noch nicht festgestellt.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania wird am Dienstag, den 17. Oktober, der Geologe Herr Dr. Wehrli aus Zürich einen Vortrag über die Alpen- und Wüstenfahrten halten, welche Kapitän Leo Spelterini im Ballon in den letzten Jahren unternommen hat. Bei dieser Gelegenheit werden die hochinteressanten Originalaufnahmen des Kapitän Spelterini vorgeführt werden.

Zum Besten der streikenden und ausgesperrten Arbeiter und Arbeiterinnen in der Elektro-Industrie veranstaltet der Gesangverein „Sorgenfrei" (M. d. A.-S.-B.) mit dem Musikverein „Echo"-Rixdorf eine Matinee am nächsten Sonntag im großen Saale der Neuen Welt, Hasenheide. Anfang des Konzerts 12 Uhr, Entree 20 Pf. Billetts sind in den mit Plakaten belegten Handlungen sowie an der Kasse zu haben. Da der Eintrittspreis nur gering ist, so ist wohl ein zahlreicher Besuch zu erwarten.

Vermischtes.

Hausfriedensbruch auf offener Straße. Der Bezirksamtmann Pracher in Mallersdorf (Nieder-Bayern), der Schwiegersohn des ehemaligen Finanzministers Riedl, hat die Entdeckung gemacht, daß man auf offener Straße einen Hausfriedensbruch begehen kann. Einem Gemeindebevollmächtigten, der im vorigen Jahre Schnee auf die Straße schaufeln ließ, um sie für Schlitten befahrbar zu machen, drohte er, ihn wegen Hausfriedensbruchs zur Anzeige zu bringen. Dieser und ähnliche Uebergriffe veranlaßten die sozialdemokratische Partei, in dem im Bezirksamt Mallersdorf gelegenen Marktflecken Pfaffenberg eine Versammlung einzuberufen, die der Bezirksamtmann mit allen Mitteln zu hintertreiben suchte. Er gab an die Bürgermeister einen Erlaß heraus, in dem er verlangte, daß die Versammlungsplakate wegen Aufreizung zum Klassenhaß zu konfiszieren seien, er versuchte, den Saal abzutreiben, und als ihm dieses nicht gelang, ließ er den Saal, in dem allwöchentlich Tanzmusik stattfindet, untersuchen, ob er nicht baufällig sei. Als auch dieses Mittel versagte, ließ der Bezirksamtmann von drei Gendarmeriestationen die abkömmliche Mannschaft zusammenkommen und stationierte sie neben dem Versammlungslokal, um gegebenenfalls „eingreifen" zu können. Die Versammlungsbesucher waren vernünftig genug, hierzu keinen Anlaß zu geben. Der Referent der Versammlung, der Redakteur der „Münch. Post" Gruber, deckte eine Reihe von Eigenmächtigkeiten des Bezirkspaschas auf, er verwies darauf, daß der Bezirksamtmann ohne Recht einen Gemeindebevollmächtigten vom Amte suspendiert hatte, daß er ohne gesetzlichen Grund die Ausstellung einer Jagdkarte verweigerte, daß er bei der Eidesabnahme rauche, in seiner Amtsstube eine Anzahl Hunde halte, aber die Bauern anfahre, wenn beim Betreten des Amtslokals ihre Stiefel nicht gewichst sind, daß er eine mit 45 Unterschriften versehene Petition, statt sie dem Distriktsrate vorzulegen, in den Papierkorb warf, ja daß er den Pfaffenberger Armen die sozialdemokratische Versammlung entgelten lassen wollte, indem er meinte, die Pfaffenberger Gemeinde brauche keine Zuschuß, denn sie habe für Versammlungen übriges Geld. Eine die Haltung des Bezirksamtmannes verurteilende Resolution fand einstimmige Annahme, und die Ankündigung, daß demnächst eine sozialdemokratische Versammlung mit politischem Thema stattfinden werde, wurde von der von Bauern des Bezirks besuchten Versammlung mit lautem Beifall aufgenommen. Die Agitation, die der Bezirksamtmann gegen die Sozialdemokratie veranstaltete, hat also für diese gute Früchte getragen. Von dem Bezirksamtmann aber wundert uns, daß er in Bayern und nicht in Preußen zu Hause ist.

Wasserstand am 10. Oktober. Elbe bei Aussig + 0,67 Meter, bei Dresden — 0,70 Meter, bei Magdeburg + 1,90 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 2,20 Meter. — Oder bei Ratibor + 1,21 Meter, bei Breslau Oberpegel + 4,90 Meter, bei Breslau Unterpegel — 1,52 Meter, bei Frankfurt + 1,34 Meter. — Weichsel bei Brahemünde + 2,42 Meter. — Warthe bei Posen + 0,40 Meter. — Netze bei Usch — Meter.

Charlottenburg.
F. Kunstmann,
nur Wallstr. 1
Uhren und Goldwaren.
Großes Lager
Billige Preise.
Reparaturen schnell und billig.
169B*

Dr. Schünemann,
Spezial-Arzt für [4102Q*
Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten,
Seydelstr. 9, dicht am Spittelmarkt.
Wochentags ½12—½3, ½6—½8.

Vereinsfahnen und Vereinsabzeichen etc. Bm. Marg. Grillenberger, Nürnberg, Unschlittplatz 2.

Verantw. Redakteur: Paul Büttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.